2014

JAHRESBERICHT PERSPEKTIVEN 2015

ANNUAL REPORT PERSPECTIVES 2015



Zahlen und Fakten Facts and Figures



612

Mitarbeiter_innen employees



2.800

Veranstaltungen in Deutschland events in Germany

220.000

Teilnehmer_innen participants



56.000 lfm

Archivbestand running metres documents *

1.000.000

Publikationen im Bibliotheksbestand volumes in the library



106

Auslandsbüros foreign offices



2.868

Studierende und Promovierende graduate, undergraduate, and PhD students



340

Veröffentlichungen in Deutschland publications in Germany



Standorte in Deutschland offices in Germany

320

davon aus dem Ausland come from abroad



152.949.600 e

Etat (2013) budget (2013) 2014 JAHRESBERICHT PERSPEKTIVEN 2015 PERSPECTIVES 2015



Inhalt Content

VORWORT

06 Vorwort *Preface*

12 2014 in Bildern *2014 in Pictures*

PRESSESPIEGEL

40 Die Friedrich-Ebert-Stiftung im Spiegel der Presse

ARBEITSBEREICHE

- **54** Politische Bildung und Beratung
- 55 Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Deutschland
- 58 Die Internationale Arbeit der FES
- 60 Die Auslandsbüros der FES

- **62** Wissenschaftliche Arbeit
- 65 Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 66 Unselbständige Stiftungen und Sondervermögen

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

04 Für Soziale Demokratie

Committed to Social Democracy

STRATEGISCHE ZIELE

- 17 Erneuerung der Sozialen Demokratie
- 23 Friedliche und sozial gerechte Globalisierung
- 28 Gerechte Wirtschafts- und Sozialordnung
- 32 Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik
- 36 Zusammenhalt und politische Teilhabe

- **68** Organisationsplan der Friedrich-Ebert-Stiftung
- 70 Jahresabschluss zum 31.12.2013
- **76** Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen
- **77** Mitglieder des Vorstandes
- **77** Mitglieder des Vereins

ANHANG

- **78** Mitglieder des Kuratoriums
- 78 Mitglieder des Auswahlausschusses
- **79** Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten
- 86 Anschriften
- 88 Impressum

Für Soziale Demokratie Committed to Social Democracy

Wer wir sind

Die 1925 gegründete FES ist die traditionsreichste politische Stiftung in Deutschland. Reichspräsident Friedrich Ebert gab ihr den Namen; seinem politischen Vermächtnis verdankt die Stiftung ihre Entstehung und Aufgabenstellung.

Als eine parteinahe politische Stiftung orientieren wir unsere Arbeit an den Grundwerten der Sozialen Demokratie: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Das verbindet uns ideell mit der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften. Als gemeinnützige Einrichtung gestalten wir unsere Arbeit eigenständig und unabhängig.

Was wir anstreben

- Eine freie und solidarische Gesellschaft mit gleichen Chancen der politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Teilhabe – unabhängig von Herkunft, Geschlecht oder Religion.
- Eine lebendige und starke Demokratie.
- Eine nachhaltig wachsende Wirtschaft mit Guter Arbeit für alle.
- Einen Sozialstaat, der vorsorgend mehr Bildung und bessere Gesundheit ermöglicht, aber auch Armut bekämpft und die großen Lebensrisiken absichert.
- Ein Land, das in Europa und in der Welt Verantwortung für Frieden und sozialen Fortschritt übernimmt.

Was wir tun

Wir fördern und stärken die Soziale Demokratie vor allem durch

- <u>Politische Bildungsarbeit</u> zur Stärkung der Zivilgesellschaft. Unsere Informations-, Orientierungs- und Qualifizierungsangebote motivieren und befähigen zu einem erfolgreichen politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagement. Wir verbessern die Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger an gesellschaftlichen Diskussions- und Entscheidungsprozessen;
- Politikberatung: Wir entwickeln Strategien zu zentralen Fragen der Wirtschafts-, Sozial- und Bildungspolitik sowie zu Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. An den Schnittstellen von Wissenschaft und politischer Praxis gestalten wir den öffentlichen Diskurs für eine gerechte und zukunftsfähige Wirtschafts- und Sozialordnung auf nationaler, europäischer und globaler Ebene;
- Internationale Zusammenarbeit: Mit Auslandsbüros in über 100 Ländern unterstützen wir eine Politik für friedliche Zusammenarbeit und Menschenrechte, fördern den Aufbau und die Konsolidierung demokratischer, sozialer und rechtsstaatlicher Strukturen und sind Wegbereiter für freie Gewerkschaften und eine starke Zivilgesellschaft. Im europäischen Einigungsprozess engagieren wir uns intensiv für ein soziales, demokratisches und wettbewerbsfähiges Europa;
- <u>Begabtenförderung</u> unter besonderer Berücksichtigung von Studierenden und Promovierenden aus einkommensschwachen Familien und solchen mit Migrationshintergrund. Dadurch tragen wir zu mehr Bildungsgerechtigkeit bei;
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie: Mit dem Archiv, unserer Bibliothek und zeitgeschichtlichen Projekten halten wir die historischen Wurzeln von Sozialdemokratie und Gewerkschaften lebendig und unterstützen die gesellschaftspolitische und historische Forschung.

About us

The Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is the oldest political foundation in Germany with a rich tradition in Social Democracy dating back to its foundation in 1925. The foundation owes its formation and its mission to the political legacy of its namesake Friedrich Ebert, the first democratically elected German President.

The work of our political foundation focuses on the core ideas and values of Social Democracy – freedom, justice and solidarity. This connects us to Social Democracy and free trade unions. As a non-profit institution, we organise our work autonomously and independently.

Our goals

We promote

- a free society, based on the values of solidarity, which offers all its citizens the same opportunities to participate on political, economic, social and cultural levels, regardless of their origin, sex or religion
- a lively and strong democracy; sustainable economic growth with decent work for all
- a welfare state that provides more education and improved healthcare, but at the same time combats poverty and provides protection against the challenges that life throws at citizens
- a country that is responsible for peace and social progress in Europe and in the world

What we do

We support and strengthen Social Democracy in particular by means of:

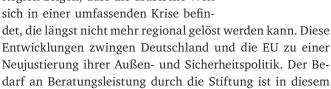
- political educational work to strengthen the civil society.
 Our political education programs in Germany motivate, enable, inform and qualify citizens to successfully engage in political, trade union and civil spheres. We improve citizens' participation in social discussions and decision-making processes.
- Think Tanks: We develop strategies on the core issues of economic, social and educational policies as well as on key issues that advance democracy. At the crossroad where think tanks, academia and political practitioners meet, we create a public discourse for a just and sustainable economic and social order on a national, european and worldwide level.
- <u>international cooperation</u>: With our international network of offices in more than 100 countries, we support a policy for peaceful cooperation and human rights, promote the establishment and consolidation of democratic, social and constitutional structures and are pioneers for free trade unions and a strong civil society. We are actively involved in promoting a social, democratic and competitive Europe in the European integration process.
- <u>support for talented young people</u> with scholarship programs, in particular for students and doctoral candidates from low-income families or with a migrant background. This is our contribution to increasing educational democracy.
- the collective memory of Social Democracy: Our archive, library and contemporary history projects keep the historical roots of Social Democracy and the trade unions alive and provide support for sociopolitical and historical research.

Vorwort *Preface*

Liebe Leserin, lieber Leser,

die krisenhafte Entwicklung in der Ukraine und im Nahen Osten hat 2014 die deutsche und europäische Politik gefordert. Der Ukraine-Konflikt hat Europa an den Rand einer neuen Eiszeit geführt. Ein Vierteljahrhundert Frieden und Sicherheit mit Russland scheinen gefährdet. Der Vormarsch der Terrormiliz »Islamischer Staat« in Syrien und im Irak und die Destabilisierung der Region zeigen, dass die arabische Welt sich in einer umfassenden Krise befin-

Bereich stark angestiegen.



Die Fähigkeit, Vertreter_innen aus Politik und Wissenschaft – oft kurzfristig – zusammenzuführen, gehört zu unseren Stärken. Quer durch Europa und über den Atlantik wurde über Lösungsansätze nachgedacht. In Moskau und Kiew bot die FES Politiker_innen aus Deutschland und der EU Gelegenheit, Positionen auszutauschen und gemeinsame Interessen auszuloten. Friedenspolitische Initiativen haben wir auch im Nahen und Mittleren Osten unterstützt. Als eine der letzten internationalen Organisationen versuchen wir in Syrien mit der Initiative »Bada'il« (»Alternativen«) unter schwierigsten Bedingungen Konzepte der zivilen Konflikttransformation zu erarbeiten. Dazu wurden in den Gebieten außerhalb der Kontrolle des Regimes syrische Trainer_innen ausgebildet.

Friedens- und Sicherheitsfragen standen auch wegen der Debatte um die internationale Verantwortung Deutschlands im Fokus unserer Arbeit. Auf dem großen sicherheitspolitischen Forum, der Tiergartenkonferenz, diskutierten einflussreiche Partner und Gäste aus Deutschland, Polen, Russland, Schweden, Frankreich, Großbritannien und den USA, wie Sicherheit, Freiheit, Stabilität und Frieden weltweit garan-



Kurt Beck, Ministerpräsident a. D.Vorsitzender der Friedrich-Ebert-Stiftung
President of the Friedrich-Ebert-Stiftung



Dr. Roland Schmidt Geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung Secretary General of the Friedrich-Ebert-Stiftung

tiert werden können. Aus früheren Krisen lassen sich wertvolle Erkenntnisse für die heutige Politik gewinnen. In verschiedenen Projekten haben wir uns deshalb mit dem Ausbruch des Ersten Weltkriegs beschäftigt. Ergänzend bot das Archiv der sozialen Demokratie mit dem »blog.sozialdemokratie1914.de« Einblicke in den damaligen Alltag der Arbeiterbewegung mit Bildern, Berichten, Zeitungsmeldungen und Tagebucheinträgen.

Expertise als globaler Think Tank

Das Interesse an einer wertegeleiteten Debatte zu Fragen der europäischen und internationalen Politik ist deutlich gestiegen. Einen zeitgemäßen Zugang bietet das neue Online-Magazin »ipg-journal.de«. Diese Plattform vermittelt einen spezifisch sozialdemokratischen Blickwinkel durch Beiträge und Interviews mit führenden Sozialdemokrat_innen. Mit Ban Ki Moon, Lula da Silva, Henry Kissinger und Felipe Gonzales konnten wir zudem internationale Persönlichkeiten als Autoren gewinnen, ergänzt durch renommierte Stimmen aus der Wissenschaft wie Joseph Stieglitz, Jeffrey D. Sachs und Udo E. Simonis. Über Beiträge von FES-Mitarbeiter_innen bringt »ipg-journal.de« wirkungsvoll auch unsere Expertise als globaler Think Tank in den öffentlichen Diskurs. In nur einem Jahr wurden weit mehr als eine halbe Million Seitenbesuche registriert.

Dear reader,

the critical developments in Ukraine and in the Middle East in 2014 challenged German and European policy. The Ukraine conflict has led Europe to the brink of a new ice age. The quarter-century peace and security with Russia seem jeopardised. The advance of the «Islamic State» terrorist militia in Syria and Iraq and the destabilization of the region show that the Arab world is experiencing a full-blown crisis that can no longer be solved regionally. These developments compel Germany and the EU to realign their foreign and security policy. The demand for the Foundation's consultancy services has increased sharply in this area.

The ability to bring together representatives from politics and science — often at short notice — is one of our strengths. Possible solutions are being considered across Europe, and across the Atlantic. In Moscow and Kiev, the FES offered politicians from Germany and the EU an opportunity to exchange positions and explore common interests. We have also supported peace policy initiatives in the Middle East. As one of the last international organizations in Syria, we are trying with the initiative «Bada'il» (Alternatives) to develop concepts of civil conflict transformation, under the most difficult conditions. For this purpose, Syrian trainers are being educated in areas outside of the regime's control.

Peace and security issues were also at the focus of our work because of the debate about Germany's international responsibility. At the big security forum, the Tiergarten Conference, influential partners and guests from Germany, Poland, Russia, Sweden, France, the United Kingdom, and the United States discussed how security, freedom, stability, and peace can be guaranteed worldwide. Valuable lessons for current policy can be learned from previous crises. Thus, in various projects we have addressed the outbreak of the First World War. In addition, the Social Democracy Archive offered insight into the daily life of the labour movement at the time with the "blog.sozialdemokratie1914.de", which features pictures, reports, newspaper announcements, and diary entries.

Expertise as a global Think Tank

The interest in a values-led debate on issues of European and international policy has increased significantly. The new online magazine «ipg-journal.de» offers a contemporary approach. This platform provides a specific social democratic perspective through contributions and interviews with leading social democrats. With Ban Ki Moon, Lula da Silva, Henry Kissinger, and Felipe Gonzales, we were also able to attract international personalities as authors, complemented by renowned voices from science, including Joseph Stiglitz, Jeffrey D. Sachs, and Udo E. Simonis. Through contributions by FES staff members, «ipg-journal.de» effectively brings our expertise as a global think tank into public discourse. In just one year, more than half a million visits were registered.

Also in 2014, our staff members abroad were regularly asked by policymakers and the media for their assessments of the current situation, particularly in Greece and the crisis areas in Eastern Europe and the Middle East. Being able to offer this expertise and to carry out targeted events with the right participants was thus possible because the over 100 FES offices work closely with our project partners on political and social issues. Abroad and in Germany, politics and society profit from the trust and the global partner network that has grown over the years through the local presence.

In 2014, we opened two new FES offices in Bangladesh and Myanmar, thus reinforcing our commitment in Asia. An official Memorandum of Understanding with the government of Myanmar forms the basis of our future work. This development rewards the perseverance — despite numerous setbacks — with which we have accompanied the political development of the country since 1991. The conditions for cooperation with our reform-oriented partner spectrum have improved distinctly. Nobel Peace Prize winner Aung San Suu Kyi, who visited the FES during her stay in Germany, has high hopes for the Foundation's critical scrutiny of the 2015 elections.

Auch 2014 wurden unsere Mitarbeiter_innen im Ausland regelmäßig von Politik und Medien um ihre Einschätzungen zur aktuellen Lage gebeten, vor allem in Griechenland und den Krisengebieten in Osteuropa und dem Nahen Osten. Diese Expertise zu bieten und Veranstaltungen gezielt mit den richtigen Teilnehmer_innen durchzuführen, war deshalb möglich, weil die über 100 FES-Büros mit unseren Projektpartner_innen zu Themen der Politik und Gesellschaft eng kooperieren. Vom Vertrauen und dem globalen Partnernetzwerk, das durch die Präsenz vor Ort über die Jahre wächst, profitieren Politik und Gesellschaft dort wie hier.

2014 haben wir in Bangladesch und Myanmar zwei neue FES-Büros eröffnet und damit unser Engagement in Asien verstärkt. Die Grundlage für unsere künftige Arbeit bildet ein offizielles Memorandum of Understanding mit der Regierung von Myanmar. Diese Entwicklung belohnt die Beharrlichkeit, mit der wir – trotz zahlreicher Rückschläge – die politische Entwicklung des Landes seit 1991 begleiten. Die Bedingungen für die Zusammenarbeit mit unserem reformorientierten Partnerspektrum haben sich deutlich verbessert. Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi, die während ihrer Deutschland-Aufenthaltes die FES besuchte, setzt Hoffnungen auf die kritische Begleitung der Wahlen 2015 durch die FES.

Gewerkschaftspolitische Projekte auf globaler und regionaler Ebene

Schwerpunkte der Arbeit des neuen Stiftungsbüros in Dhaka sind die Gewerkschaftskooperation und die Entwicklung einer vertrauensvollen Sozialpartnerschaft in Bangladesch. Wie notwendig diese Arbeit ist, zeigen die katastrophalen und ausbeuterischen Arbeitsbedingungen in der Textilbranche des Landes. Die FES ist die einzige deutsche politische Stiftung vor Ort und die einzige gewerkschaftsnahe Institution, die über ein weltweites Büro-Netzwerk verfügt. Die lokale Arbeit verbinden wir mit gewerkschaftspolitischen Projekten auf globaler und regionaler Ebene. Denn Gewerkschaften bei ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung, gerechte Löhne und die Durchsetzung

von Arbeitsnormen zu stärken verstehen wir als Kernauftrag. Dabei werden nicht nur arbeitsbezogene Themen vorangetrieben. So wurde zum Beispiel in Lateinamerika mit den Gewerkschaften eine regionale Entwicklungsagenda erarbeitet und der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet vor mehr als 2.000 Gästen präsentiert.

Traditionell fördern wir auch in Deutschland den Dialog mit Gewerkschaften. Unsere Veranstaltungen in den Bundesländern boten Bürger_innen und Fachleuten Gelegenheit, sich mit aktuellen arbeitsmarktpolitischen Fragen wie dem Mindestlohn auseinanderzusetzen. Gerechtigkeit in der Arbeit, Wirtschaftspolitik und nachhaltige Entwicklung, ein faires und stabiles Finanzsystem, ein leistungsfähiger Staat, wirksame Sozialpolitik und viele andere Themen standen auf der Agenda fast aller FES-Arbeitseinheiten. In über 40 Expertisen und Kurzanalysen der Publikationsreihen »WISO Diskurs« und »WISO direkt« haben wir zu aktuellen Themen – etwa dem Freihandelsabkommen TTIP oder der Energiewende – informiert und konkrete politische Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Stärkung der europäischen Identität

Für die Soziale Demokratie ist ein friedliches, freies, wirtschaftlich erfolgreiches und soziales Europa ein zentrales Ziel. In unserer Arbeit haben europapolitische Themen deshalb stets einen hohen Stellenwert. Eine wesentliche Voraussetzung für das Gelingen des europäischen Projekts ist die Stärkung der europäischen Identität. Die Europäische Union lebt von der Akzeptanz und vom Engagement ihrer Bürger_ innen. Die Wahlen zum Europäischen Parlament haben wir mit Projekten im In- und Ausland begleitet. Besonders bei vielen jungen Menschen konnte dadurch Interesse für europäische Themen geweckt werden. Trotzdem war der Ausgang der Wahlen angesichts geringer Wahlbeteiligung und der Ergebnisse europakritischer Parteien ernüchternd. Im Nachgang haben wir Spitzenpolitiker_innen und Fachleute eingeladen, um Schlussfolgerungen aus den Ergebnissen der Europawahlen zu ziehen.

Gewerkschaften bei ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung, gerechte Löhne und die Durchsetzung von Arbeitsnormen zu stärken verstehen wir als Kernauftrag.

We understand strengthening trade unions in their struggle for better working conditions, more participation, fair wages, and the enforcement of labour standards as a core mission.

Trade union policy projects at global and regional levels

The focal points of the work of the new FES office in Dhaka are trade union cooperation and the development of a trustful social partnership in Bangladesh. The catastrophic and exploitative working conditions in the country's textile industry show how crucial this work is. The FES is the only German political foundation on-site and the only union-affiliated institution that has a worldwide office network at its disposal. We connect the local work with trade union policy projects at global and regional levels; because we understand strengthening trade unions in their struggle for better working conditions, more participation, fair wages, and the enforcement of labour standards as a core mission. In doing so, not only are work-related topics promoted. Thus, for example, a regional development agenda was developed with the unions in Latin America and presented to the Chilean President Michelle Bachelet in front of more than 2,000 guests.

Traditionally, we also encourage dialogue with trade unions in Germany. Our events in the federal states offered citizens and experts the opportunity to engage with current labour market policy issues, such as the minimum wage. Employment justice, economic policy and sustainable development, a fair and stable financial system, an efficient state, effective social policy, and many other issues were on the agenda of almost all FES work units. In more than 40 expert reports and short analyses from the publication series «WISO Diskurs» and «WISO direkt», we have informed readers about current issues — such as the free trade agreement TTIP or the energy transition — and highlighted concrete political options.

Strengthening of the European identity

For Social Democracy, a peaceful, free, economically successful, and social Europe is a key objective. In our work, therefore, European issues always have high significance. An essential condition for the success of the European project is the strength-

ening of the European identity. The European Union thrives on the acceptance and commitment of its citizens. We have provided support for elections to the European Parliament, with projects at home and abroad. For many young people, in particular, interest in European issues could be awakened as a result. Nevertheless, the outcome of the elections was sobering in light of low voter turnout and the results for eurocritical parties. In the aftermath, we invited leading politicians and experts to draw conclusions from the European elections results.

With the new, Foundation-wide project, «Policy for Europe», we want to promote the positioning of Social Democracy in Europe, and once more emphasize strongly in the public debate that «more Europe» is a worthwhile political vision. The concerns of citizens should also receive increased attention. With the second major project, «Good Society—Social Democracy 2017plus», the FES wants to contribute to the programmatic development of Social Democracy. Because freedom, justice, and solidarity — the core values of Social Democracy — have to be filled with life and concrete policy. The project supports the debate on basic values, aims to promote democracy and democratic participation, engages with new growth and formative financial policies, and promotes good work and social progress.

Future of party democracy

State and local elections were held in several federal states. The low voter turnout and increasing political distance have also focused key questions in our country on the development of democracy. Hence, a series of events dealt extensively with the future of party democracy, parliamentarism, the role of opinion polls, and the relationship between the media, constitutional jurisdiction, and politics.

Over 1,000 attendees participated in the legal policy congress, «Demokratisierung von Gesellschaft und Arbeitswelt» (Democratization of Society and the Working Environment), which was organized jointly with the DGB and the Hans Böckler Foundation. At the congress, Federal Justice Minister Heiko Maas, Michael Sommer, journalist and author Heribert Prantl,

Mit dem stiftungsweiten, neuen Projekt »Politik für Europa« wollen wir die Positionierung der Sozialen Demokratie in Europa voranbringen und wieder verstärkt in die öffentliche Debatte tragen, dass »mehr Europa« eine lohnenswerte politische Vision ist. Auch die Sorgen der Bürger_innen sollen verstärkt thematisiert werden. Mit dem zweiten großen Projekt »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus« will die FES zur programmatischen Weiterentwicklung der Sozialen Demokratie beitragen. Denn Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die Grundwerte der Sozialen Demokratie, gilt es mit Leben und konkreter Politik zu füllen. Das Projekt begleitet die Grundwertedebatte, will Demokratie und demokratische Teilhabe fördern, sich mit neuem Wachstum und gestaltender Finanzpolitik beschäftigen sowie gute Arbeit und sozialen Fortschritt vorantreiben.

Zukunft der Parteiendemokratie

In mehreren Bundesländern fanden Landtags- und Kommunalwahlen statt. Die geringe Wahlbeteiligung und zunehmende Politikdistanz haben auch in unserem Land Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung in den Fokus gerückt. Eine Reihe von Veranstaltungen beschäftigte sich deshalb intensiv mit der Zukunft der Parteiendemokratie, mit dem Parlamentarismus, mit der Rolle der Demoskopie und dem Verhältnis von Medien, Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik.

Über 1.000 Teilnehmer_innen nahmen am Rechtspolitischen Kongress teil, der gemeinsam mit dem DGB und der Hans-Böckler-Stiftung organisiert wurde. Bundesjustizminister Heiko Maas, Michael Sommer, der Journalist und Autor Heribert Prantl und andere prominente Gäste diskutierten den Reformbedarf zur »Demokratisierung von Gesellschaft und Arbeitswelt«. Der Kongress, der seit 1965 Grundsatzfragen einer sozialdemokratisch geprägten Rechtspolitik erörtert, führt Politik, Gewerkschaften, Wissenschaft und Praxis zusammen.

Chancengerechtigkeit in der Bildung ist nicht nur ein sozialdemokratisches Kernanliegen, sondern auch das Leitmotiv der FES-Studienförderung. Eine umfassende Evaluation in 2014 machte deutlich, wie erfolgreich und nachhaltig die FES-Förderung die Lebens- und Berufswege der jungen Menschen, insbesondere der Erstakademiker_innen, beeinflusst hat.

Die Digitalisierung stellt neue Anforderungen an die Kommunikation, an die öffentliche Präsenz und den effizienten Wissenstransfer. Zentrale Instrumente der Kommunikation müssen auch in der FES hinsichtlich ihrer Zielsetzung und Wirksamkeit überprüft und weiterentwickelt werden. Die in den Vorjahren eingeleiteten notwendigen Schritte wurden 2014 fortgeführt und intensiviert. Zugleich blieb die Nutzung unserer Kommunikationskanäle intensiv: Mit über 52.000 Fans in Facebook und Twitter wurde die FES von Pluragraph.de, einer Plattform für Social-Media-Analyse, im Oktober auf Platz 2 unter 91 Think Tanks gerankt.

Das hohe Interesse an unserer Arbeit, die Wertschätzung unserer Partner und die Evaluierungen unserer Maßnahmen durch unabhängige Instanzen bestärken uns in unserer Arbeit. Sie geben uns auch wichtige Hinweise, wie wir unser Engagement weiter verbessern können. Im Netzwerk der Sozialen Demokratie ist die FES mit allen ihren Initiativen und Beiträgen als Denkfabrik und als politisches Bildungswerk nach wie vor stark gefragt und gefordert. Allen daran Beteiligten sei hierfür herzlich gedankt.

Ihre

Kurt Beck, Ministerpräsident a.D.

Vorsitzender

Dr. Roland Schmidt

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied

Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die Grundwerte der Sozialen Demokratie, gilt es mit Leben und konkreter Politik zu füllen.

Freedom, justice, and solidarity — the core values of Social Democracy — have to be filled with life and concrete policy.

and other prominent guests addressed the need for reform. The congress, which since 1965 has discussed the fundamental issues of a legal policy shaped by Social Democracy, brings together politicians, trade unions, science, and praxis.

Equal opportunity in education is not only a social democratic core concern, but also the guiding principle of the FES Scholarship Programme. A comprehensive evaluation in 2014 made it clear how FES support has successfully and sustainably influenced the life and career paths of young people, especially first-generation academics.

Digitization places new demands on communication, public presence, and the efficient transfer of knowledge. Key communication tools also have to be reviewed and further developed in the FES with regard to their objectives and effectiveness. The required steps introduced in previous years were continued and intensified in 2014. At the same time, the use of our communication channels remained vigorous: With over 52,000 fans on Facebook and Twitter, in October the FES was ranked number 2 out of 91 think tanks by Pluragraph.de, a platform for social media analysis.

The high interest in our work, the appreciation of our partners, and the evaluations of our measures by independent bodies encourage us in our work. They also give us important information on how we can improve our commitment. In the network of Social Democracy, the FES — with all its initiatives and contributions — is still in great demand and needed as a think tank and political training institute. Therefore, our sincere thanks to everyone involved.

Yours

Kurt Beck, Minister President, Retired *President*

Dr. Roland SchmidtSecretary General











- 01 DenkraumArbeit: Im Rahmen der Entwicklung eines Leitbilds »Progressive Arbeitspolitik« wurde gemeinsam mit der SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi ein Blick auf die strategische Lage 2017plus geworfen. (Foto: FES)
- 02 Gast bei der der FES-Washington: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel erörterte mit führenden amerikanischen Ökonomen in Washington die langsame Erholung der Weltwirtschaft sowie die Rolle Deutschlands in Europa. (Foto: FES)
- 03 Im Rahmen einer Generalaudienz im Vatikan übergab der Leiter des FES-Regionalbüros in Regensburg, Harald Zintl, Papst Franziskus das von der FES herausgegebene Buch »Deutsche Sozialdemokratie in Bewegung: 1848, 1863, 2013«. (Foto: Fotografia Felici)
- 04 Bestandaufnahme der gesetzlichen Pflegeversicherung: Malu Dreyer, Ministerpräsidentin des Landes Rheinland-Pfalz, plädierte für neue Formen der Pflege. (Foto: Bollhorst)
- OS Schreibwerkstatt in Brüssel: 13 Nachwuchsjournalist_innen hatten Gelegenheit in Hintergrundgesprächen die ganze Bandbreite der Positionen pro und contra TTIP auszuloten. (Foto: Bittner)
- 06 Plädierte für mehr Anerkennung ostdeutscher Problemlösungsstrategien: Brandenburgs ehemaliger Ministerpräsident Matthias Platzeck. (Foto: Waldek)
- 07 Beim Europäischen Gespräch 2014: Der FES-Vorsitzende Kurt Beck machte sich für eine deutliche soziale Ausrichtung der europäischen Einigung stark. (Foto: HorstWagner.eu)
- 08 Auszeichnung für langjähriges und beharrliches Engagement für Frauenrechte: Fartuun Adan, Direktorin des Elman Peace and Human Rights Center, Mogadischu/Somalia erhielt den Menschenrechtspreis 2014 der FES. (Foto: Börner)
- Freude über die Anerkennung ihres Engagements für Frieden in Kolumbien: Die Preisträgerinnen des Premio Nacional de Paz. (Foto: Krapp)
- 10 Engagement für »mephisto 97.6«, das Lokal- und Ausbildungsradio der Universität Leipzig: Konstantin Kumpfmüller in der Chefredaktion und das FES-Landesbüro Sachsen als Unterstützer. (Foto: Waldek)

- Aktivist_innen aus dem Jemen schilderten die schwierige Lage in ihrem Land. (Foto: FES)
- 12 EU-Seminar machte es möglich, deutsche sozialdemokratische netzpolitische Forderungen in die Brüsseler Debatte einzubringen. (Foto: FES)
- 13 Prof. Dr. Gesine Schwan auf der Veranstaltung »Partnerschaftlich Familie als öffentliches Gut« des regionalen Genderprojektes der FES am 10. November in Budapest. (Foto: FES)
- 14 Die Gruppe des inklusiven Theaters der Offenen Behindertenarbeit der Caritas Augsburg leitete eine Diskussionsrunde des BayernForums ein. (Foto: FES)
- 15 Wie lassen sich die sozialen Fortschritte Lateinamerikas weiterentwickeln? Uruguays Präsident Mujica und der Generalsekretär des gesamtamerikanischen Gewerkschaftsbundes Victor Baéz bei einem regionalen Forum der FES. (Foto: FES)
- 16 LSBTI-Menschen (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Intersexuelle) in Afrika leiden unter Menschenrechtsverstößen: Afrikanische Gäste forderten in Brüsseler Institutionen Strategien in der Entwicklungspolitik. (Foto: FES)
- 17 Ein Exkurs in europäischem Denken, europäischer Geschichte und europäischer Diplomatie: Egon Bahr, SPD-Urgestein, Vor- und Querdenker. (Foto: FES)
- 18 Das 25. Bautzen-Forum des Landesbüros Sachsen: Wolf Biermann, zensierter Dichter und Liedermacher in der DDR, berichtete, wie er 1976 zwangsausgebürgert und spätestens damit zum DDR-Staatsfeind Nummer 1 wurde. (Foto: Waldek)
- 19 »Klassiker des europäischen Denkens Friedensund Europavorstellungen aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte«: Martin Schulz, Präsident des Europäischen Parlaments, präsentierte gemeinsam mit der Vorsitzenden des FES-Kuratoriums Ingrid Matthäus-Maier in Bonn das von Prof. Dr. Winfried Böttcher herausgegebene Handbuch. (Foto: Raschke)
- 20 Steht die Republik Moldau vor unruhigen Zeiten? Parlamentspräsident Igor Corman skizziert die Situation in seinem Land. (Foto: Schicke)

- 21 Das erste politische Planspiel der Afrikanischen Union: Mehr als 200 Studentinnen und Studenten waren dabei. (Foto: FES)
- 22 Austausch über unterschiedliche Auffassungen von Gender: Gesprächskreis in Budapest. (Foto: FES)
- 23 FES-Studie »Talfahrt der Tagespresse« vorgestellt: An der Jahrestagung des Verbandes Deutscher Lokalzeitungen (VDL) nahmen unter anderem auch Bundesjustizminister Heiko Maas, Inken Boyens, Vorsitzende des VDL, sowie der FES-Vorsitzende Kurt Beck teil. (v.l.n.r.). (Foto: Wittig)
- 24 Würdigten die Verdienste der FES im deutschchinesischen Politikdialog: Zhao Leji, Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, und der stellvertretende SPD-Vorsitzende, Thorsten Schäfer-Gümbel, in Beijing. (Foto: FES)
- Buchvorstellung in München: Hans-Jochen Vogel, Erhard Eppler und Wolfgang Thierse beschrieben die maßgeblichen Anstöße, die von der Sozialdemokratie für die deutsche Wiedervereinigung ausgegangen sind. (Foto: Schneider)
- 26 Dableiben oder auswandern: Griechische Jugendliche diskutieren ihre Zukunftsperspektiven bei einer FES-Veranstaltung in Thessaloniki. (Foto: FES)
- 27 Eine regionale Entwicklungsagenda für Lateinamerika wurde gemeinsamen von der FES und den Gewerkschaften erarbeitet und der chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet (2. v.l.)präsentiert. (Foto: FES)

STRATEGISCHE ZIELE

Erneuerung der Sozialen Demokratie

Die europäische Jugendwahlarena: Martin Schulz im Gespräch mit Jugendlichen aus Italien, Polen, Griechenland, Deutschland und Großbritannien. (Foto: Pesce)

Zu den zentralen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung gehört die Vermittlung von Zukunftskonzepten und Politikkompetenzen. Wir entwickeln und fördern diese mit vielen Partner_innen auf der Basis der Grundwerte der Sozialen Demokratie: Gerechtigkeit, Freiheit und Solidarität. Wir begleiten den Erneuerungsprozess der Sozialen Demokratie in Deutschland und Europa. Wir unterstützen weltweit die Gestaltungskraft progressiver Parteien und gesellschaftlicher Strömungen. Unser Bildungsangebot ist offen für alle; unsere Beratungsarbeit richtet sich an alle gesellschaftlichen Kräfte, die für Soziale Demokratie eintreten.

Aufforderung: Europa wählen!

Für die Soziale Demokratie ist die Verwirklichung eines friedlichen, freien und sozialen Europas ein zentrales Ziel. Voraussetzung ist die Stärkung der europäischen Identität. Die Bürger_innen müssen die Europäische Union akzeptieren, ihre Institutionen kennen und sich mit ihrer Politik auseinandersetzen. Im Jahr der Europawahlen war es uns ein besonderes Anliegen, die Perspektiven und die politische Vertiefung der EU mit Entscheidungsträger_innen europaweit zu analysieren und vielen Bürger_innen die politischen Zusammenhänge näherzubringen. So konnten wir die intensive Auseinandersetzung mit Europa fortsetzen, die in unserer Arbeit einen hohen Stellenwert hat.

Einen Höhepunkt bildete gleich zu Beginn des Jahres eine Veranstaltung im Krönungssaal des Aachener Rathauses: Über 1.000 Interessierte kamen zusammen, als der Präsident des Europaparlaments und Spitzenkandidat der Sozialdemokratischen Partei Europas Martin Schulz mit dem Historiker und Autor des Buches »Die Schlafwandler« Christopher Clark über die Werte diskutierte, die die europäische Gemeinschaft tragen.

Um vor allem junge Leute anzusprechen, kamen viele neue Formate zum Einsatz: »20 x 20 Sekunden Zukunft: Wenn ich Abgeordneter von Europa wäre ...« war das Motto eines Wettbewerbs in Stuttgart, den das Landesnetzwerk für politische Bildung ausrichtete, in dem auch das Fritz-Erler-Forum mitwirkte. In einem alternativen Künstlertreff in Augsburg tauschten sich junge Leute aus der Kreativszene über Slam, Talk und Musik mit Europa-Kandidat_innen dar-über aus, was junge Europäer_innen wollen: einheitliche Sozialstandards, Arbeitsmöglichkeiten in der gesamten EU, Jobsicherheit. Der bundesweit angebotene Workshop »Rettet die Wahlen!« für Schüler_innen ab der 10. Klasse erreichte



viele Jugendliche an unterschiedlichen Schultypen. Auch in Kroatien und Tschechien wurde das Modul mit großer Resonanz eingesetzt.

Unser Büro in Rom lud 19 junge Wähler_innen aus neun Ländern ein, Martin Schulz im Rahmen einer »Wahlarena« über die Finanzkrise, politischen Extremismus, Partizipation und die europäische Identität zu befragen.

Mit neuen Formaten haben wir auch politikferne und europaskeptische Bürger_innen erreichen können. Thematische Schwerpunkte waren die Überwindung der Finanzmarktkrise, die soziale Ausgestaltung Europas, Sicherheitspolitik, Verbraucherschutz und die neue Förderpolitik für den ländlichen Raum. In Niedersachsen gab es kurz vor den Europawahlen »Erzählcafés«, um Menschen über europäische Themen ins Gespräch zu bringen. Diskussionen etwa über die Asylpolitik sowie das Erstarken rechtspopulistischer und europaskeptischer Bewegungen und Parteien kamen in allen diesen Foren nicht zu kurz.

Die in der Politik wahrgenommene Entfremdung der Bürger_innen von der EU brachte ein Zeitungsartikel in Thürin-

gen auf den Punkt: »Die Europapolitiker_innen haben Angst um Europa, die Bürger_innen haben Angst vor Europa.« Eine Veranstaltungsreihe des Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern griff diese Verunsicherung auf: »Europa! Und was hab' ich damit zu tun?«

Aufgrund der Wahlerfolge von AfD und NPD in Sachsen und Thüringen wurden dort zusätzliche Angebote für Schüler_innen und Lehrkräfte konzipiert. Die Reihe »Die EU und DU« etwa informiert über EU-Projekte und Fördermaßnahmen insbesondere für junge Menschen in Ausbildung und Studium.

Die Skepsis gegenüber einer als bürgerfern erlebten Europäischen Union ist in vielen Ländern deutlich gestiegen. Dieser Entwicklung widmete sich eine FES-Konferenz in Berlin, an der Fachleute von Parteien, Think Tanks, universitärer Forschung und Medien aus Deutschland, Polen, Tschechien, der Slowakei, Rumänien, Griechenland, Italien, Spanien, Frankreich, den Niederlanden und Großbritannien teilnahmen. Einig war man sich darüber, dass die linke Mitte Europas gute Argumente für die Fortsetzung ihrer Politik der Vertiefung hat und dies den Bürger_innen durchaus auch zu vermitteln ist.

Anfang 2014 erschienen im Dietz-Verlag die deutsche und die englische Ausgabe des Buches »Für ein anderes Europa«, in dem Intellektuelle des Mitte-Links-Spektrums aus elf Ländern Gedanken zur Zukunft Europas formulieren. Mit der früheren Bundesjustizministerin Herta Däubler-Gmelin und Kulturstaatsminister a.D. Michael Naumann konnten zwei ausgewiesene Autoren gewonnen werden.

Anlässlich der Wahl wurde zudem das erfolgreiche Lesebuch »Europa und Soziale Demokratie« neu aufgelegt.

Einen Beitrag zur Überwindung der Europaskepsis leistete auch die FES-Bibliothek: Mit der Vertretung der EU-Kommission in Bonn stellte sie »Klassiker des europäischen Denkens« vor. Das Grundlagenwerk zur europäischen Idee versammelt die Friedens- und Europavorstellungen von über 100 herausragenden Persönlichkeiten aus 700 Jahren europäischer Kulturgeschichte.

Ziel: Mitte-Links ins Gespräch bringen

Europa kann nur mit einer starken Sozialdemokratie wirtschaftlich erfolgreicher, sozial gerechter und demokratischer werden. Die FES bietet Parteien links der Mitte Dialogplattformen und begleitet sie bei der Entwicklung eigener Politikentwürfe. Progressive Parteien haben auch weltweit eine Schlüsselfunktion bei der Ausgestaltung demokratischer Prozesse; die Stärkung ihrer Kompetenzen im Sinne der Sozialen Demokratie ist ein wichtiges Ziel unserer Arbeit in vielen Ländern. Wichtig für den Erfolg sind dabei Impulse aus der Zivilgesellschaft, Bündnisse mit neuen sozialen Bewegungen und ein engagierter politischer Nachwuchs.

Die FES lud Spitzenpolitiker_innen und Fachleute ein, Wahlergebnisse, politische Programme und aktuelle Herausforderungen für die Sozialdemokratie in Europa und den USA zu analysieren. Die SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi und der Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Thomas Oppermann reisten nach Washington, um sich mit Abgeordneten und Beratern der Demokratischen Partei u.a. über die anstehenden Kongresswahlen auszutauschen. In Berlin setzte sich eine politisch-wissenschaftliche Runde mit dem Wahlerfolg der Sozialdemokraten in Schweden, aber auch dem Rekordergebnis der rechtspopulistischen Schwedendemokraten auseinander.

In Ostmitteleuropa haben sich die politischen Kräfteverhältnisse in einem weiteren Land zugunsten der Sozialen Demokratie verschoben: In Tschechien regiert seit Anfang 2014 eine von der Sozialdemokratischen Partei geführte Regierung unter Premierminister Bohuslav Sobotka. Während seines Antrittsbesuchs in Berlin hielt er in der FES eine viel beachtete Rede zur tschechischen Vision von Europa.

Unsere Foren mit Parteien des Mitte-Links-Spektrums in Lateinamerika spielen traditionell für den Austausch in der Region eine anerkannte Rolle. Die von verschiedenen Regierungen entwickelten sozialpolitischen Ansätze stoßen nun auch in Europa und in anderen Regionen der Welt zunehmend auf Interesse.

Die Friedensnobelpreisträgerin Aung San Suu Kyi besuchte während ihres Deutschland-Aufenthaltes auch die FES. (Foto: FES)

Die sozialen Proteste in vielen Ländern Lateinamerikas, an denen sich vor allem junge Menschen beteiligen, waren Thema der internationalen Sommerschule in Mexiko. Dort diskutierten junge Vertreter_innen linker Parteien Lateinamerikas und der Jusos über die anhaltende Ungleichheit und die Herausforderungen an die repräsentative Demokratie.



In Griechenland ist die linke Mitte zwischen den Blöcken der extremen Linken und der Konservativen fragmentiert. Eine Konferenz in Berlin lotete Ansätze für eine deutsch-griechische Kooperation aus, um die progressiven Kräfte in Griechenland zu unterstützen. Der Zersplitterung arbeiten wir auch in anderen Teilen der Welt entgegen. So hat die FES in der Mongolei die dort rivalisierenden Parteien eingeladen, die Erfahrungen mit parteiübergreifenden Netzwerken in Deutschland zu studieren. Dabei wurde ein mongolisches Mitte-Links-Netzwerk angestoßen. Ein ähnlicher Ansatz wurde in Simbabwe gewählt, wo die FES intensiv den Dialog zwischen verschiedenen Oppositionsparteien fördert.

In Israel hat die FES gemeinsam mit linken Parteien und zivilgesellschaftlichen Akteur_innen eine »Social Alliance for Israel« geschaffen. Diese Plattform soll dazu beitragen, dass die Politik die sozial- und wirtschaftspolitischen Forderungen der Protestbewegung des Sommers 2011 aufgreift.

Daueraufgabe: Mehr Demokratie schaffen

In unserer internationalen Arbeit unterstützen wir die (Weiter-)Entwicklung beteiligungsorientierter, transparenter, aber dennoch effizienter demokratischer Institutionen. In Quito etwa erörterte der Demokratieforscher Wolfgang Merkel mit Politiker_innen und Wissenschaftler_innen aus der Region das Potenzial demokratischer Innovationen. Die Beratungen stützten sich auf neue FES-Studien aus Bolivien, Brasilien und Venezuela.

Wahlrecht und Wahlpraxis sind wichtige Themen unserer Projektarbeit, flankiert
von Hintergrund- und
Wahlanalysen unserer Auslandsmitarbeiter_innen –
2014 etwa zu Algerien, Ägypten, Brasilien, Indien und
dem Irak. Auch Friedensnobelpreisträgerin Aung San
Suu Kyi, die während ihres
Aufenthaltes in Deutschland
die FES besuchte, setzt ihre

Hoffnung in die kritische Begleitung der Wahlen 2015 in Myanmar durch die Stiftung.

Dass Zeitpunkt und Durchführung von Wahlen in Konfliktländern genau bedacht werden müssen, hat die FES in Schulungsunterlagen verdeutlicht. Im Irak wurden in den vergangenen zehn Jahren rund 30.000 Wahlbeobachter_innen ausgebildet. In Workshops konnten 1.000 erfahrene Wahlbeobachter_innen ihre Kenntnisse auffrischen, bevor sie während der Parlamentswahlen im April 2014 zum Einsatz kamen.

Die geringe Wahlbeteiligung bei Europa- und Landtagswahlen hat auch in Deutschland Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung in den Fokus gerückt. Eine Fachtagung analysierte in Berlin das Verhältnis von parlamentarischer Demokratie und Demoskopie am Beispiel der jüngsten Bundestagswahl. Inwieweit mit Umfragen Politik gemacht werden kann, erörterten abschließend Yasmin Fahimi, WDR-Chefredakteur Jörg Schönenborn und Yvonne Schroth von der Forschungsgruppe Wahlen. Berlin war auch Schauplatz eines hochkarätig besetzten, internationalen Forums mit Martin Schulz, in dem Modelle des Parlamentarismus im 21. Jahrhundert zur Debatte standen.

Der Gesprächskreis Zukunft der Parteiendemokratie beschäftigte sich mit der europäischen Parteienlandschaft und dem Verhältnis von Medien, Verfassungsgerichtsbarkeit und Politik. Das Landesbüro NRW begleitete die Arbeit der Kommission zur Überarbeitung der Landesverfassung. Über die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements und die Perspektiven demokratischer Mitwirkung wurde im Arbeitskreis Bürgergesellschaft und aktivierender Staat nachgedacht.

Diskurs: Den Strukturwandel der Medien begleiten

Medienpolitik hat im digitalen Zeitalter einen neuen gesellschaftspolitischen Stellenwert erhalten. Die Grenzen zwischen Mediennutzern und Medienmachern sind fließend. Die traditionellen Medien Presse, Rundfunk und Fernsehen müssen ihre Bedeutung zunehmend mit den sozialen Netzwerken teilen. Chancen und Risiken der neuen Medien lassen sich nicht abschließend beurteilen. Die FES verfolgt im kritischen Diskurs mit Medienschaffenden die Entwicklungen in Deutschland und in vielen Regionen der Welt.

Der rasante Strukturwandel der Medien bringt große Herausforderungen mit sich. Um die politischen Gestaltungsmöglichkeiten ging es in vielen Diskussionsveranstaltungen an zentralen Medienstandorten. Der Mitteldeutsche Medien-Dialog in Leipzig, eine feste Größe für Journalist_innen und Medienpolitiker_innen, stellte die Frage: »Was bietet uns der öffentlich-rechtliche Rundfunk?« Als Vorsitzender des ZDF-Verwaltungsrates diskutierte Ministerpräsident a.D. Kurt Beck mit Gästen die Qualität des gebührenfinanzierten Rundfunks und den Einfluss von Gesellschaft und Politik in den Aufsichtsgremien der Sendeanstalten.

Auf einer weiteren Fachtagung in Berlin ging es um die Neugestaltung der Medienordnung an den Schnittstellen zwischen Bund und Ländern. Dort kamen Medienwissenschaftler_innen und Gremienmitglieder zusammen, um mit Kurt Beck, Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz, Medienpolitiker Martin Dörmann, NRW-Europaministerin Angelica Schwall-Düren und der früheren Bundesfamilienministerin Christine Bergmann zu diskutieren. Die Arbeitseinheit Medienpolitik begleitet den Prozess der Entscheidungsfindung durch die Bund-Länder-Kommission mit Fachforen und Expertengesprächen.

Auf der Jahrestagung des Verbands Deutscher Lokalzeitungen (VDL) in Berlin wurde »Die Talfahrt der Tagespresse« thematisiert. Vorgestellt wurde eine Studie, die Gründe für den Auflagenschwund der regionalen Tageszeitungen untersucht. Sie zeigt, dass nicht die wachsende Attraktivität digitaler Medien, sondern vielmehr Veränderungen in der Gesellschaft für den Niedergang der Tagespresse ausschlaggebend sind.

Die Medien prägen unser Bild von der Welt, sie machen Politik transparent. Hierdurch schaffen sie die Voraussetzung für die politische Partizipation der Bürger_innen. Freie Berichterstattung ist für die Demokratie konstitutiv. Deshalb ist für die Stiftung die Förderung eines unabhängigen und qualitätsorientierten Journalismus eine herausragende Aufgabe.

Die JournalistenAkademie richtete mit der Jugendpresse Deutschland und der Jungen Presse NRW Medienkongresse für Schülerzeitungsredakteur_innen aus. Im Juli fand in Berlin der Kongress »Kein Blatt vorm Mund« mit rund 250 Schüler_innen aus dem gesamten Bundesgebiet statt. Um neue Trends wie Datenjournalismus oder mobile Kommunikation ging es in einem Seminar für Stipendiat_innen der FES in Zusammenarbeit mit der Journalistenschule Ruhr.

Die Dominanz von Internetkonzernen wie Google oder Facebook ist in den Fokus politischer und journalistischer Debatten gerückt. Auf staatlicher Ebene wird nach Lösungen gesucht, um die Rechtslage der technischen Entwicklung anzupassen. Immer mehr Bürger_innen beschäftigt die Frage, wie die Privatkonzerne ihre persönlichen Daten verwenden. Das belegten im vergangenen Jahr die hohen Teilnehmerzahlen unserer Veranstaltungen zu Datenschutz oder Cyber-



sicherheit, etwa in Köln oder in Saarbrücken, wo Bundesjustizminister Heiko Maas seine Positionen darlegte.

In Hamburg behandelte die Diskussionsreihe »Digitale Öffentlichkeit« Probleme persönlicher Daten im Internet, die Digitalisierung der Arbeitswelt und den Umgang mit Open Data. Auch FES-Stipendiat_innen haben den Umgang mit neuen Medien reflektiert: In regionalen und überregionalen Seminaren diskutierten sie über Gegensätze wie Datenschutz vs. Transparenz, Privatsphäre vs. Öffentlichkeit oder Kontrolle vs. Freiheit.

Dass Datenschutz nicht nur derzeit ein aktuelles Thema ist, lässt sich nun auch im Archiv der sozialen Demokratie erforschen: Es erschloss den Vorlass – d. h. zu Lebzeiten überlassene Dokumente – des ersten Datenschutzbeauftragten der Bundesregierung, Hans-Peter Bull.

Blick zurück: Erinnerungen wachhalten

Das Jahr 2014 war von zahlreichen Jahrestagen geprägt. 25 Jahre nach der Friedlichen Revolution erinnerte die FES mit Veranstaltungen in Ost- und Westdeutschland an den Aufbruch zur Freiheit in der DDR und Osteuropa. Dies bot Gelegenheit, den Einsatz der Bürgerrechtsbewegungen ebenso zu würdigen wie die wichtige Rolle der Sozialdemokratie in der Friedlichen Revolution und im Prozess zur Deutschen Einheit.

Als Sternstunde der Demokratie gilt dabei die unter den Bedingungen der Illegalität erfolgte Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober 1989. Daran erinnerte unser Brandenburger Büro in Schwante zum 25. Jahrestag mit dem SDP-Mitgründer und späteren DDR-Außenminister Markus Meckel. Die SDP-Forderung nach Einführung von Demokratie und einem Mehrparteiensystem in der DDR nimmt die Ausstellung »Wir haben die Machtfrage gestellt!« in den Blick, die in zahlreichen Städten in Ost und West zu sehen war und durch Veranstaltungen mit prominenten Gesprächspartner_innen begleitet wurde. Im Willy-Brandt-Haus bilanzierte anlässlich des Festakts zum Gründungsjubiläum der SPD-Vorsitzende Sigmar Gabriel: »Ein stolzer Tag für die Sozialdemokratie!«

Dieser Stolz wurde auch deutlich, als im Rahmen des Gesprächskreises Geschichte der Historiker Jürgen Kocka in Berlin das Buch »Was zusammengehört. Die SPD und die deutsche Einheit 1989/90« präsentierte. Die Autoren und SPD-Politiker Hans-Jochen Vogel, Erhard Eppler und Wolfgang Thierse diskutierten mit Sigmar Gabriel und hoben die großen Verdienste der SPD um die Einheit hervor. Bei einem weiteren Auftritt des Autorentrios im Münchner Literaturhaus bereicherten junge Autor_innen mit ihren Prosa-Texten den generationenübergreifenden Dialog über Erinnern, Gedenken und Demokratie.

Das 25. Bautzen-Forum gab dem sächsischen SPD-Vorsitzenden Martin Dulig und SDP-Mitbegründern von 1989 Gelegenheit, von ihren Erfahrungen in der Wendezeit und der daraus resultierenden Motivation für ihr politisches Engagement zu erzählen. In Erinnerung bleiben wird auch das zu diesem Anlass gebotene Sonderkonzert des 1976 aus der DDR ausgebürgerten Liedermachers Wolf Biermann im Zellentrakt der ehemaligen Stasi-Haftanstalt Bautzen II.

Bei World Cafés unter dem Motto »Good bye DDR« kamen Jugendliche in Berlin mit Zeitzeug_innen ins Gespräch.

Das »Barcamp Frauen«, das über 200 junge Gender-Aktivistinnen, Politikerinnen und Gewerkschafterinnen vernetzt, befasste sich unter dem Titel »Mauern einreißen« mit dem Ost-West-Verhältnis.

Am 25. April 2014 jährte sich die portugiesische Nelkenrevolution zum 40. Mal. Bei einer Konferenz in Berlin erinnerte der außenpolitische Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion Niels Annen an die emanzipatorische Bedeutung der Nelkenrevolution für ganz Europa. In Madrid erörterten Wissenschaftler_innen und Politiker_innen das historische Erbe der sozialistischen Parteien Spaniens und Portugals. Beide Länder durchleben derzeit schwere wirtschaftliche und soziale Krisen, auf die die sozialistischen Parteien Antworten finden müssen. Auf der Fachtagung wurde auch diskutiert, was sie dafür aus ihrer Geschichte und voneinander lernen können.

Auch mit Erfahrungen aus der Zeit des Ersten Weltkriegs haben wir uns ausführlich beschäftigt. Das Archiv der sozialen Demokratie dokumentierte den Alltag der Arbeiterbewegung mit dem blog.sozialdemokratie1914.de. Das gesamte Jahr wurden Berichte über Zeitungsmeldungen von damals, über wichtige Ereignisse und Tagebucheinträge von Protagonisten wie Friedrich Ebert und Eduard Bernstein online gestellt und getwittert. Dabei standen die Ereignisse im Mittelpunkt, die das Leben der Menschen damals prägten.

Der Zeitgeschichte galten auch andere Formate: Eine Lesung in Weimar etwa thematisierte die Bedeutung der Sozialpolitikerin Marie Juchacz in der Weimarer Republik. Das Julius-Leber-Forum organisierte ein Gespräch mit der KZ-Überlebenden Hédi Fried; Anlass war die Neuauflage ihres Buches »Fragmente meines Lebens. Ein Leben in Auschwitz und ein Leben danach«, das die FES herausgegeben hat.

Wer die Zukunft mitgestalten will, kann aus der Geschichte lernen. Angeregt durch die Debatten anlässlich des 150-jährigen Bestehens der deutschen Sozialdemokratie will die FES im Rahmen ihrer Promotionsförderung die Forschungen zur Geschichte der Sozialen Demokratie und ihrer Bewegungen in der nationalen und internationalen Wissenschaft voranbringen.

Grundlagen: Die Soziale Demokratie stärken



Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität, die Grundwerte der Sozialen Demokratie, gilt es mit Leben zu füllen und ihnen Geltung zu verschaffen. Interessierte und Engagierte können mit den Angeboten der Akademie für Soziale Demokratie ihre Argumentationsfähigkeit stärken und im offenen Dialog ihren politischen Kompass ausrichten. Neben dem bewährten Seminarprogramm haben dazu auch der Gesprächskreis Junge Soziale Demokratie und die Sommeruniversität beigetragen.

Die 14. Sommeruniversität beschäftigte sich mit den langfristigen Reformperspektiven der Sozialen Demokratie. Mehr als 100 politische Nachwuchskräfte diskutierten leidenschaftlich über Fragen wie »Brauchen wir weiter Wachstum und wenn ja: welches?« oder »Was ist faul im Kapitalismus?« Mit dabei waren Kurt Beck, Heiko Maas, die Juso-Vorsitzende Johanna Uekermann, die Historikerin Helga Grebing und die Politikwissenschaftler_innen Colin Crouch, Vivian Schmidt, Gesine Schwan und Thomas Meyer.

Zum ersten Mal hat die FES auch in Ungarn eine Sommeruniversität organisiert. Unter dem Motto »Neu! Denken!« suchten politisch und gewerkschaftlich aktive junge Menschen mit Akteur_innen aus Wissenschaft, Zivilgesellschaft und Politik nach Auswegen aus der politischen Sackgasse im Land.

Etwas weiter nördlich schloss im September der vierte Jahrgang die Akademie der Sozialen Demokratie für Tschechien und die Slowakei ab. Bei der Auftaktveranstaltung im Februar in Bratislava diskutierten der ehemalige brandenburgische Ministerpräsident Matthias Platzeck und Robert Fico, slowakischer Premierminister, mit den Teilnehmer_innen. In dem Programm tauschen sich engagierte Nachwuchskräfte aus Politik, Gewerkschaften, NGOs und Medien in Wochenendseminaren über die Werte der Sozialen Demokratie aus und machen sich fit für die politische Praxis. Hohe Bewerberzahlen und die hochrangigen politischen Funktionen der Absolvent_innen sprechen für den Erfolg des Programms.

Das Bonner Forum Jugend und Politik stellte mit unterschiedlichen methodischen Zugängen wie zum Beispiel Theater-, Video- und Musikwerkstätten die Frage in den Raum: »Was verstehen wir unter sozialer Gerechtigkeit?«

Friedliche und sozial gerechte Globalisierung

»Verantwortung übernehmen – aber wie?« Diese Frage stand im Mittelpunkt des großen sicherheitspolitischen Forums der FES, der Tiergartenkonferenz, an der auch Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier teilnahm. (Foto: FES)

Wesentliches Ziel der internationalen Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung ist eine friedliche und sozial gerechte Gestaltung der Globalisierung. Aufgabe der politischen Bildung ist es dabei, Hintergründe zu analysieren und Zusammenhänge zu vermitteln. Unser weltweites Netz von Büros und Partnerorganisationen schafft die Voraussetzungen dafür, globale Politik im Sinne der Sozialen Demokratie mitgestalten zu können. Für Frieden und Sicherheit, Demokratie und Menschenrechte, Entwicklung und Nachhaltigkeit engagieren wir uns, indem wir deutsche, europäische und globale Perspektiven im Blick haben.

Vermittelt: Die Ukraine-Krise

Die Ukraine-Krise stellt Europa vor große Herausforderungen. Ein Vierteljahrhundert Frieden und Sicherheit mit Russland scheinen der Vergangenheit anzugehören. Nicht nur die Länder der Östlichen Partnerschaft machen sich Sorgen um ihre Sicherheit, auch EU- und NATO-Mitglieder befürchten einen Rückfall in den Kalten Krieg.

Die Eskalation des ukrainisch-russischen Konflikts führte dazu, dass sich die Beratungsanfragen an die FES vervielfachten. Unsere Auslandsmitarbeiter_innen wurden von deutschen Leitmedien regelmäßig um ihre Einschätzung der Lage gebeten. Quer durch Europa berieten wir mit Politik und Zivilgesellschaft über Lösungsansätze. In Moskau und Kiew vermittelte die FES zahlreiche Gespräche mit Politiker_innen aus Deutschland und anderen EU-Ländern.

Hervorzuheben ist das Engagement der FES-Vorstandsmitglieder Matthias Platzeck und Rolf Mützenich, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. Ihre Vermittlungsbemühungen kamen etwa bei den »17. Schlangenbader Gesprächen« zum Zuge, wo sie und weitere hochrangige Politiker_innen aus Deutschland mit dem Beauftragten des russischen Präsidenten für die GUS, Konstantin Kosatschow, und dem Vorsitzenden des Rates für Außen- und Verteidigungspolitik in Russland, Fjodor Lukjanow, zusammentrafen.

Der ehemalige Koordinator der Bundesregierung für die deutsch-amerikanische Zusammenarbeit, Karsten Voigt, besuchte Anfang September die Ost- und Südukraine. Er stellte den deutschen Beitrag zum Krisenmanagement dar, der der Formel folgt: »Kooperation mit Russland so weit wie möglich, Sanktionen und Einhegung so weit wie nötig«. Die weitere Strategie der EU wurde mit den ukrainischen Partnern sehr kontrovers diskutiert.



Die US-Regierung gerät sowohl in der Ukraine-Krise als auch im Irak unter Zugzwang. Dabei achtet sie darauf, nur in Abstimmung mit anderen Staaten tätig zu werden. Transatlantische Kooperation in Sicherheitsfragen ist daher von hohem Interesse. Über die Krisen in der Ukraine, im Irak und in Syrien berieten die Außenpolitiker Rolf Mützenich und Niels Annen in Washington mit US-amerikanischen Partner_innen.

Gerade in Krisenzeiten ist es wichtig, Dialogoptionen auch jenseits der konfliktgeladenen Themen zu ermöglichen und dadurch Vertrauen zu schaffen. Im Herbst lud die Egon-Bahr-Fellowship zum dritten Mal in Folge zur deutschrussischen Verständigung ein. Nachwuchswissenschaftler_innen, junge politische Talente und Mandatsträger_innen aus Deutschland und Russland besuchten ein Seminar in St. Petersburg und Petrosawodsk in der Republik Karelien zur Jugendpolitik sowie zur regionalen Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik. Die dabei entwickelten Ideen wurden mit karelisschen Regionalpolitiker_innen diskutiert.

Überzeugt: Frieden ist machbar

Friedens- und sicherheitspolitische Fragen bekamen 2014 auch durch die Debatte über die internationale Verantwortung Deutschlands noch mehr Aufmerksamkeit. Das große sicherheitspolitische Forum der FES, die Tiergartenkonferenz, stellte die Frage: »Verantwortung übernehmen – aber wie? Internationale Sicherheitspolitik im Spannungsfeld von Schutzverantwortung und Nichteinmischung«. Fachgespräch und öffentliches Podium am Abend des 11. September führten hochkarätige Gäste zusammen, darunter Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier, Europa-Staatsminis-

ter im Auswärtigen Amt Michael Roth und namhafte Außenund Verteidigungspolitiker aus dem Bundestag. Internationale Positionen vertraten unter anderem Politiker_innen und Expert_innen aus Polen, Großbritannien, Frankreich, Russland, Schweden und den USA.

100 Jahre nach Beginn des Ersten Weltkrieges blickte man auch zurück, etwa in Baden-Württemberg bei der Tagung »Frieden ist machbar – Ein Plädoyer für Kriegsverhütung im 21. Jahrhundert«. Dort formulierten namhafte Historiker wie Bernd Faulenbach und Wolfram Wette gemeinsam mit dem Russland-Beauftragten der Bundesregierung, Gernot Erler, der Bundestags-Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn und Rolf Mützenich Vorschläge für die Zukunft.

Vergangenheit transparent aufzuarbeiten kann ein Beitrag zum Frieden sein. Im Rahmen des Konzeptes der Transitional Justice arbeitet die FES an Empfehlungen für die libanesische Regierung mit, wie die Bürgerkriegszeit juristisch und gesellschaftlich aufgearbeitet werden kann. Der Libanon ist eines der wenigen Länder der Region, in denen sich zivilgesellschaftliche Gruppen mit diesen Fragen auseinandersetzen.



In der Arbeitsgemeinschaft Frieden und Entwicklung (Fri-Ent) setzt das neue FriEnt-Peacebuilding-Forum Impulse für friedenspolitische Ansätze. Die FES konnte hier unter anderem Erfahrungen aus der Arbeit in Syrien einbringen. Als eine der letzten internationalen Organisationen versuchen wir dort mit der Initiative »Bada'il« (»Alternativen«), unter schwierigsten Bedingungen Konzepte der zivilen Konflikttransformation zu verbreiten. Dazu werden in den Gebieten außerhalb der Kontrolle des Regimes syrische Trainer_innen ausgebildet.

Als wichtigen Beitrag zur Gestaltung der Zukunft Afghanistans würdigte Frank-Walter Steinmeier das FES-Projekt »Envisioning a Secure and Independent Afghanistan Post 2014«. Dessen Ergebnisse wurden in Berlin, Brüssel, New York und Washington mit einflussreichen Entscheidungsträger_innen und Berater_innen unter anderem aus dem Nationalen Sicherheitsrat im Weißen Haus diskutiert. Deutlich wurde, dass Afghanistan nur stabilisiert werden kann, wenn das Land mit Indien und Pakistan konstruktiv zusammenarbeitet und die zentral- und westasiatischen Nachbarstaaten eingebunden werden.

Gefordert: Asyl und Menschenrechte

Der Bürgerkrieg in Syrien hat Millionen Menschen zur Flucht gezwungen. Vor dem Hintergrund ihres Schicksals und der Flüchtlingsdramen im Mittelmeer haben wir die Debatten um die deutsche und europäische Flüchtlingspolitik begleitet und Handlungsmöglichkeiten aufgezeigt.

Auf einer vom FES-Gesprächskreis Migration und Integration mit Pro Asyl organisierten Konferenz wurde darüber diskutiert, wie Deutschland seiner humanitären Verantwortung gerecht werden kann. Ein Gutachten zur aktuellen europäischen Flüchtlingspolitik wurde in Berlin der Fachöffentlichkeit präsentiert. Die Studie zeigt, dass die EU zwar theoretisch eine Harmonisierung der Flüchtlingspolitik anstrebt, es in der Praxis jedoch nach wie vor erhebliche Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten gibt.

In unserer Bildungsarbeit haben wir die Missstände und den dringenden Handlungsbedarf aufgezeigt. Da die Bundesländer nicht auf die ansteigenden Flüchtlingszahlen vorbereitet waren, fehlt es allerorten an Unterkünften. Auch die Frage nach Teilhaberechten der Zugewanderten stand im Fokus. In Bayern konnten Teilnehmer_innen eines Planspiels die Härten der europäischen Asylpolitik am eigenen Leib erfahren.

Migration, Flüchtlingspolitik und Menschenrechte bewegen besonders die ausländischen FES-Stipendiat_innen, die oft aus politisch instabilen Ländern kommen. Viele von ihnen engagieren sich für Flüchtlinge und Migrant_innen. Zum Weltflüchtlingstag am 20. Juni 2014 produzierten aktuelle und ehemalige Stipendiat_innen ein Video zur Verwendung auf Online-Plattformen. Beim alljährlichen Treffen der internationalen Stipendiat_innen in Bad Münstereifel gaben der Richter Christoph Flügge und der Strafverteidiger Jens Dieckmann, beide ehemalige Stipendiaten, Einblicke in die Arbeit des Internationalen Strafgerichtshofs.

2008 beschloss der VN-Menschenrechtsrat, mit der sogenannten Universellen Periodischen Überprüfung die Menschenrechtssituation in allen Mitgliedsstaaten zu überwachen. Wir beteiligen uns an diesem Prozess, indem wir Nichtregierungsorganisationen in Partnerländern dabei unterstützen, bei den VN einen »zivilgesellschaftlichen Parallelbericht« über ihr Land einzureichen. Diese Berichte werden im Menschenrechtsrat in Genf diskutiert. 2014 konnten wir so das Augenmerk auf die Situation in Chile, Uruguay, der Dominikanischen Republik, dem Irak und Kasachstan lenken.

2015 übernimmt Deutschland zum ersten Mal die Präsidentschaft im VN-Menschenrechtrat. Die jährliche Fachtagung zum Menschenrechtsrat, organisiert von der FES, dem Forum Menschenrechte und dem Deutschen Institut für Menschenrechte, beschäftigte sich 2014 mit den Erwartungen an die deutsche Präsidentschaft. Einschätzungen dazu gab unter anderem der Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, Christoph Strässer.

Mitgestaltet: Globale Entwicklung bis 2030

Im Jahr 2015 wollen die Vereinten Nationen die Nachhaltigen Entwicklungsziele (SDG) der Post-2015-Agenda verabschieden, die einen entwicklungspolitischen Rahmen bis 2030 spannen sollen. Diesen Prozess begleiten wir intensiv, etwa im Rahmen der Reflection Group on Global Development Perspectives. Zivilgesellschaftliche Netzwerke aus Nord und Süd entwickeln hier gemeinsame Positionen zur Post-2015-Agenda und bündeln ihre politischen Zugänge, um diesen Positionen auf VN-Ebene Gehör zu verschaffen. Beispielsweise wurde in Vorbereitung der New Yorker Generalversammlung im September mit dem Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) eine viel beachtete Konferenz in Nairobi organisiert.

Um die Entwicklung in Subsahara-Afrika ging es bei einer Konferenz in Berlin mit dem Titel »BRICS in Africa – Challenges and Opportunities«. In Anwesenheit von Anil Sooklal, dem BRICS-Botschafter Südafrikas, wurden zahlreiche Vorschläge erarbeitet, wie die neuesten Institutionen der BRICS – Entwicklungsbank und Reservefonds – zur Entwicklung auf dem Kontinent beitragen können.

Mit der Frage, wie die notwendigen Mittel zur Umsetzung der Post-2015-Agenda aufgebracht werden können, beschäftigt sich unser Büro in New York. Die FES mobilisiert in der informellen Gruppe Friends of Financing for Development hochrangige VN-Diplomat_innen. Hier bereitet man die nächsten Verhandlungsschritte vor und macht Druck, damit die Debatten der VN, der internationalen Finanzinstitutionen und der WTO endlich zusammengeführt werden.

Podiumsdiskussion über TTIP unter anderem mit dem Präsidenten des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI), Karl-Ludwig Kley (li.), und Hubertus Heil, MdB und stv. Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion. (2.v.r.) (Foto: Bollhorst)

Die Post-2015-Agenda wird eine Agenda für alle sein. Deshalb werben wir für dieses Thema auch in Deutschland. Ein Höhepunkt der Aktivitäten war die 4. Internationale Degrowth-Konferenz, die wir mit einer Reihe von Partnern im September in Leipzig veranstalteten. Fünf Tage lang diskutierten 3.000 Teilnehmer_innen aus 74 Ländern Alternativen zum Wachstumsparadigma. Die FES organisierte Paneldiskussionen zur weltweiten Energierevolution und zum Thema Arbeit und Degrowth. Ein Blogger-Team berichtete live von der Konferenz.

Versachlicht: Die TTIP-Debatte



Das geplante Transatlantische Handels- und Investitionsschutzabkommen (TTIP) wurde 2014 in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Anlass für die FES, entscheidenden Akteur_innen in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, aber auch interessierten Bürger_innen Raum für den Austausch zu bieten und so zu einer Versachlichung der Debatte beizutragen. Mit einem abteilungsübergreifenden Projekt, koordiniert von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik, haben wir den nationalen, europäischen und transatlantischen Dialog zur Ausgestaltung von TTIP gefördert. Mit Expertisen und Konferenzen wurden die möglichen Auswirkungen des Abkommens analysiert und Handlungsempfehlungen für eine nachhaltige Handelspolitik entwickelt.

In Brüssel wurden ein Hintergrundgespräch und eine öffentliche Podiumsdiskussion organisiert, bei der unter anderem der stellvertretende Vorsitzende und Energiebeauftragte der SPD-Bundestagsfraktion, Hubertus Heil, der Verband-

spräsident der chemischen Industrie, Karl-Ludwig Kley, und DGB-Vorstand Stefan Körzell ihre Positionen darlegten. Auf weiteren internationalen Foren diskutierten Expert_innen den Einfluss von TTIP auf Arbeitnehmer_innenrechte, den Konsument_innenschutz und die öffentliche Daseinsvorsorge. Eine Reihe von Expertisen widmete sich den Chancen und Risiken von TTIP für die Wohlstandsentwicklung, den Wachstums- und Beschäftigungseffekten des Abkommens sowie seinem Einfluss auf den Verbraucherschutz.

Vielerorts stand die Frage im Raum, wie eine gerechte Handelspolitik aussehen könnte. Dass TTIP nicht zur Absenkung von europäischen Standards führen dürfe, war Konsens bei einem Forum des DGB und des FES-Büros Niedersachsen unter anderem mit ver.di-Ökonom Dierk Hirschel und dem Europaabgeordneten und Handelspolitiker Bernd Lange.

Unsere Partner_innen im globalen Süden widmen sich zunehmend der Frage, welche Folgen die »Megaregionals« für sie haben – also die Tendenz, den multilateralen Prozess der Welthandelsorganisation durch regionale Abkommen zu ergänzen oder zu ersetzen. In China war dies Thema eines internationalen Workshops mit dem Shanghai Institute for International Studies. In einer Publikation wurden die Erfahrungen mit Investitionsschutzregeln aufbereitet und ihre negativen Folgen vor allem für Entwicklungs- und Schwellenländer aufgezeigt. Wie eine Reform des internationalen Investitionsrechts aussehen könnte, wurde auf der Konferenz »Time for a Paradigm Shift?« in Buenos Aires diskutiert.

Fortgeschritten: Klimaschutz und Energiewende

2014 war ein entscheidendes Jahr für die Klimapolitik. Bei den VN-Klimaverhandlungen im Dezember in Peru organisierte die FES mit dem Internationalen Gewerkschaftsbund einen einwöchigen »World of Work«-Pavillon, bei dem 30 Gewerkschaften den rund 1.000 Teilnehmer_innen ihre Aktivitäten zum Klimaschutz vorstellten. Auf dem Weltklimagipfel im September in New York diskutierten der Umweltminister Gambias Pa Ousman Jarju und die Präsidentin von Brot für die Welt, Cornelia Füllkrug-Weitzel, über Armutsbekämpfung und Nachhaltigkeitsstrategien. Sie stellten dabei das FES-Projekt »Exploring Sustainable Low Carbon Development Strategies« als Beispiel gelungener Allianzen vor: In

Podiumsdiskussion »Wie viel Modernisierung vertragen Mieter und Gebäude?«: Bundeswirtschaftsminister Sigmar Gabriel betonte die Bedeutung der energetischen Sanierung. (Foto: Bollhorst)



mehreren Ländern wurden zivilgesellschaftliche Netzwerke aufgebaut, die Strategien für nachhaltige Entwicklung erarbeiteten und auf großes politisches Echo stießen.

Die umfangreiche Studie »Voraussetzungen einer globalen Energietransformation« war Ausgangspunkt für Energiedialoge in Entwicklungs- und Schwellenländern. So wurden in Indonesien Entwicklungspfade für den Energiesektor aufgezeigt, die in die Arbeit des Teams des neuen Präsidenten Jokowi einflossen. Ein energiepolitischer Dialog der FES im Iran zum Thema »Smart Cities« stieß auf großes öffentliches Interesse.

Neue Bündnispartner_innen für Nachhaltigkeitsfragen zu gewinnen ist das Ziel verschiedener Initiativen. In Lateinamerika haben wir mit den Gewerkschaften eine regionale Entwicklungsagenda erarbeitet und sie der neuen chilenischen Präsidentin Michelle Bachelet vor mehr als 2.000 Gästen präsentiert. Einen ungewöhnlichen Weg schlug die FES in Jordanien ein. Dort wurde die Studie »Islam und nachhaltige Entwicklung« als Lehrmaterial für Imame, die wichtige Multiplikatoren sind, eingesetzt.

Im Vorfeld der Festlegung der Energie- und Klimaziele der EU bis 2030 und der Weltklimaverhandlungen in Peru organisierte die FES in Brüssel intensive Beratungsgespräche mit deutschen Expert_innen, Mitgliedern der Kommission, NGOs und Wissenschaftler_innen.

Die Energiewende stellt Deutschland in vielerlei Hinsicht vor Probleme. Die Zielkonflikte um Wirtschaftlichkeit für Investoren, Versorgungssicherheit und Bezahlbarkeit für private wie industrielle Kund_innen, technologische Innovationen, europäische Vorgaben und die Akzeptanz neuer Stromtrassen wurden quer durch die Republik debattiert. So beschäftigte sich eine Veranstaltungsreihe in Niedersachsen mit der Frage: »Wie die Energiewende in Deutschland zum Erfolg werden kann«. Das Schweriner Büro begleitete die Anstrengungen des Energieministers Mecklenburg-Vorpommerns, Christian Pegel, das Bundesland zum Vorreiter der Energiewende zu machen.

Für private Verbraucher_innen ist eine kosteneffiziente und gerechte Umsetzung der Energiewende sehr wichtig. Der Gesprächskreis Verbraucherpolitik hat umfassende Vorschläge für eine verbraucherfreundliche Weiterentwicklung des Erneuerbare-Energien-Gesetzes vorgelegt. Das »EEG 2.0« wurde auch in Hintergrundgesprächen des Managerkreises unter anderem mit Rainer Baake, Staatssekretär im Wirtschaftsministerium, intensiv debattiert.

Auch in Japan ist die Energiewende ein zentrales Thema. Die aktuellen Entwicklungen der Energiepolitik Deutschlands und Japans und mögliche Felder der Zusammenarbeit lotete auf Einladung unseres Büros in Tokio der stellvertretende SPD-Parteivorsitzende Thorsten Schäfer-Gümbel aus.

Gerechte Wirtschaftsund Sozialordnung

Warb für sein Bundesland: Niedersachsens Ministerpräsident Stephan Weil als Gast des Managerkreises der FES. (Foto: FES)

Angesichts der Wirtschaftskrisen in vielen Ländern der Welt wächst die Einsicht, dass wir unsere Wirtschafts- und Sozialordnung neu ausrichten müssen. Grundlagen sind – nicht nur in Europa – ein leistungsfähiger und gerechter Sozialstaat sowie eine ökologisch verträgliche Wirtschafts- und Lebensweise. Wir wollen zum Umsteuern beitragen, indem wir Wissen vermitteln, Debatten anschieben und Handlungsansätze entwickeln.

Für eine neue Wirtschaftspolitik

Die FES befördert die aktuellen Diskussionen über ein sozial gerechtes und ökologisch nachhaltiges Wirtschaftsmodell für Deutschland. Zu diesen Fragen hat die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik auch 2014 beraten und informiert sowie politische Gestaltungsmöglichkeiten aufgezeigt. Vertreter_innen aus Politik und Gesellschaft kamen mit Fachleuten zusammen, um aktuelle Probleme und Grundsatzfragen zu diskutieren. In zwei Publikationsreihen, »WISO Diskurs« und »WISO direkt«, veröffentlichte die Abteilung über 40 Expertisen und kurze Analysen.

Mit seinen ständigen Arbeitsgruppen zu wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen entwickelte der Managerkreis der FES in über 80 Veranstaltungen Vorschläge zur Zukunfts- und Innovationsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Deutschland. So arbeitete er an Eckpunkten einer neuen sozialdemokratischen Ordnungspolitik. Den Auftakt einer Reihe von Fachdialogen machte eine Diskussion mit dem stellvertretenden Chefökonomen der OECD, Christian Kastrop.

Auch in unseren Landes- und Regionalbüros haben wir zu diesen Themen Raum zur Diskussion geboten: »Fortschritt neu denken« will das Fritz-Erler-Forum und hat dafür eine viel beachtete Veranstaltungsreihe ins Leben gerufen, in deren Zusammenhang auch ein Film zur Thematik produziert wurde. Über die Frage »Was ist gute Wirtschaftspolitik?« sprach der baden-württembergische Wirtschafts- und Finanzminister Nils Schmid und skizzierte einen Orientierungsrahmen für Wirtschaft und Innovation. In NRW geht es insbesondere um die Veränderungen in der Industrie und die damit verbundene Strukturpolitik. Dazu hat das Landesbüro die Reihe »Zukunftsorientierte Wirtschaftspolitik in NRW – Intelligent Produzieren« gestartet, in die auch Wirtschaftsminister Garrelt Duin und Wissenschaftsministerin Svenja Schulze eingebunden sind.

In Deutschland hat sich in den vergangenen Jahren eine enorme Investitionslücke aufgetan, die das Wachstum und den Wohlstand gefährdet. Mit diesen Herausforderungen beschäftigte sich der Arbeitsbereich Allgemeine Wirtschaftspolitik unter anderem auf einer Veranstaltung mit Vertreter_innen aus Gewerkschaften, Wirtschaft und Politik. DGB-Vorsitzender Reiner Hoffmann, BDI-Geschäftsführer Markus Kerber und der Geschäftsführer des Deutschen Städtetages Stephan Articus tauschten sich darüber aus, wie diese Lücke geschlossen werden kann.

Die Probleme der Verkehrsinfrastruktur waren Thema mehrerer Veranstaltungen, zum Beispiel in Hannover mit Kurt Bodewig, dem ehemaligen Bundesverkehrsminister und Vorsitzenden der Kommission Nachhaltige Verkehrsinfrastruktur, und in Bonn mit dem NRW-Verkehrsminister Michael Groschek. Der öffentliche Nahverkehr ermöglicht allen Bürger_innen eine bezahlbare Mobilität und trägt zum Umweltschutz und zu mehr Lebensqualität in den Kommunen bei. Die öffentlichen Finanzierungsquellen für den Erhalt und Ausbau der Infrastruktur laufen jedoch in absehbarer Zeit aus. Ein Konzept zur zukünftigen Finanzierung hat der Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik erarbeitet und in den politischen Entscheidungsprozess eingebracht.



Beschrieb die Reformvorhaben seines Landes: Der italienische Staatssekretär für europäische Angelegenheiten, Sandro Gozi. (Foto: Geeck)

Unter den Schlagworten »Internet der Dinge« und »Industrie 4.0« wurden die Konvergenz von Computer-, Telekommunikations- und Internettechnologie und die Verknüpfung von Produktionstechnik und digitaler Steuerung im Rahmen von Fachgesprächen des Mangerkreises diskutiert und in einem Impulspapier zusammengefasst.

Einen wachsenden Beitrag zur Wirtschaftskraft Deutschlands leisten von Migrant_innen gegründete Unternehmen. Das zeigt eine wissenschaftliche Studie, die der Arbeitskreis Mittelstand und der Gesprächskreis Migration und Integration im September vorstellten. Über die Ergebnisse berichte-

ten zahlreiche regionale und überregionale Medien.

In Ostdeutschland stellen Abwanderung und demografischer Wandel die Wirtschaft weiterhin vor große Probleme. Auf verschiedenen Tagungen des Potsdamer Büros in der Niederlausitz ging es um die Frage, was neben Politik auch einzelne Betriebe unternehmen können, um Fachkräfte anzuwerben und zu halten.

Mehr noch als in Deutschland gilt es auf der europäischen Ebene, das Wachstum anzukurbeln und die Arbeitslosigkeit zu senken. Dafür sind öffentliche und private Investitionen notwendig. Darüber sprach der Arbeitskreis Europa unter Leitung von Axel Schäfer, stellvertretender Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion, mit Stefan Vetter von der Deutsche Bank Research und Florian Moritz vom DGB-Bundesvorstand. Im Rahmen des Arbeitskreises diskutieren Politiker_innen und Europaspezialist_innen aus Wissenschaft und Verwaltung aktuelle Fragen der europäischen Integration.

Auf einer Konferenz in Athen, wurde unter anderem mit dem »Wirtschaftsweisen« Peter Bofinger über geeignete Wachstumsmodelle für die Länder Südeuropas und mögliche Impulse durch die EU diskutiert.

Auch die Schwäche der französischen Wirtschaft bereitet zunehmend Sorgen. Unter Beteiligung des SPD-Finanzpolitikers Joachim Poß debattierten in Berlin deutsche, französische, italienische und portugiesische Expert_innen über die Auswirkungen auf die Europäische Union. Ein intensiver deutsch-französischer Dialog sei maßgeblich für einen Ausweg aus der Krise Europas, betonte der ehemalige Premierminister Frankreichs, Jean-Marc Ayrault, auf einer weiteren Veranstaltung in Paris.

Im Rahmen der Gerechtigkeitswoche luden die FES, die AWO und der Sozialverband Deutschland im März in Berlin zu einem Dialog über Ansätze zur Bekämpfung der Krise ein, der von Ingrid Matthäus-Maier geleitet wurde. Neben Michael Roth, dem Präsidenten des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Marcel Fratzscher, Ursula Engelen-Kefer vom Sozialverband Deutschland und der arbeitsmarktpoliti-



Sprecherin SPD-Bundestagsfraktion Katja Mast nahmen deutsche und südeuropäische Expert_ innen aus Politik, Wissenschaft und Wohlfahrtsverbänden teil. Sie entwarfen Lösungsansätze, die von bilateralen Ausbildungsprogrammen über staatliche Strukturreformen bis hin zur Stärkung der Binnennachfrage in Deutschland reichten. Einig waren sich die Fachleu-

te in der Forderung nach einer Finanzmarkttransaktionssteuer, einem gemeinsamen Konjunkturprogramm sowie einer Banken- und Sozialunion.

Wie sich die neuen Mehrheitsverhältnisse im Europäischen Parlament auf den wirtschaftspolitischen Kurs der EU auswirken werden und welche Alternativen zur Austeritätspolitik politisch umsetzbar sind, diskutierte im September Martin Schulz gemeinsam mit dem ehemaligen Präsidenten des Europäischen Parlaments Josep Borell auf einer Podiumsdiskussion des FES-Büros in Madrid.

Die AG Globale Fragen, die alle wichtigen Schwellenländer umfasst, hat 2014 in zahlreichen internationalen Workshops Positionspapiere zu wichtigen Themen der globalen Ökonomie entwickelt, etwa zu Ungleichheit, Welthandel, Unternehmensverantwortung und Economic Governance. Erste Handlungsempfehlungen wurden im Juni am Rande des BRICS-Gipfels in Brasilien sowie im Oktober beim »Trade Union Advisory Committee« der OECD in Paris vorgestellt.

Für ein stabiles und faires Finanzsystem

Auch sechs Jahre nach dem Untergang der Lehman Brothers Bank bleibt das globale Finanzsystem hochgradig krisenanfällig. In diesem Kontext gehört es zu den Herausforderung für die FES, Optionen für Reformen der internationalen Wirtschafts- und Finanzordnung mit aufzuzeigen.

Der Arbeitsbereich Allgemeine Finanzpolitik und Finanzmarktregulierung brachte internationale Expert_innen zusammen, um zu analysieren, inwieweit die Reformziele erreicht wurden.

Um »eine stabile Architektur für die Währungsunion« ging es auf einer Veranstaltung mit Bundesbankchef Jens Weidmann. Die Arbeitsgruppe Finanzen des Managerkreises veröffentlichte eine Analyse zur Europäischen Bankenunion, die mit Mitgliedern des Finanzausschusses des Deutschen

Bundestages diskutiert wurde. Fachgespräche mit Expert_innen des Bundesfinanzministeriums, der Bundesbank und des UN-Steuersekretariats bilden die Grundlage für weitere Veröffentlichungen Anfang 2015.

In Deutschland ist die Finanzierung der Kommunen ein viel diskutiertes Thema, so auch bei prominent besuchten Veranstaltungen unter anderem in Frankfurt, Magdeburg und Düsseldorf.

In Berlin wurde eine Studie über zukunftsfähige Kommunalfinanzen vorgestellt.

Auch die Finanzbeziehungen zwischen Bund und Ländern beschäftigen ost- wie westdeutsche Politiker_innen, vor allem mit Blick auf die ab 2020 greifende Schuldenbremse und das Auslaufen des Solidarpaktes. Der Arbeitskreis Nachhaltige Strukturpolitik hat Empfehlungen für die Reform der Finanzbeziehungen erarbeitet, darunter eine finanzielle Entlastung der Kommunen durch eine stärkere Beteiligung des Bundes an den Sozialausgaben.

Für wirksame Sozialpolitik

Die zunehmende Ungleichheit von Einkommen und Vermögen gefährdet nicht nur in Deutschland eine nachhaltige Wirtschafts- und Wohlstandsentwicklung. Daher hat sich der Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik auf seiner diesjährigen Sommertagung zusammen mit dem österreichischen Kautsky-Kreis in Wien mit den Ursachen der auseinanderklaffenden Wohlstandsschere beschäftigt und Ansätze diskutiert, wie beispielsweise im Rahmen der Steuerpolitik gegenzusteuern wäre. Auch das Europabüro der Stiftung in Brüssel beschäftigte sich auf einer Tagung mit »Weichenstellungen für ein soziales Europa des Wohlstands, des Wachstums und der Nachhaltigkeit«.

Waren europäische Instrumente zur Angleichung der Lebensverhältnisse erfolgreich oder haben nationale und regi-

onale Aufholstrategien mehr bewirkt? Diese Frage hat der Wirtschaftsexperte Michael Dauderstädt für die FES analysiert und seine Expertise im Rahmen einer Podiumsdiskussion zur Diskussion gestellt.

Die sozialen Sicherungssysteme müssen sich den Herausforderungen des demografischen Wandels und einem veränderten Arbeitsmarkt stellen.

Der Gesprächskreis Sozi-

alpolitik hat im Februar bei einer Festveranstaltung an den 20-jährigen Jahrestag der Verabschiedung der Sozialen Pflegeversicherung erinnert. Mit hochrangigen Gästen, darunter die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer, wurde Bilanz gezogen und die künftigen Perspektiven für die Pflegepolitik erörtert.

Migrant_innen leisten bei der Gesundheitsversorgung in Deutschland einen wichtigen Beitrag. Dieser Zusammenhang wurde mit ver.di und Terre des hommes bei einem Workshop und einer öffentlichen Fachtagung in den Fokus gerückt. Dabei wurde nicht nur der Bedarf des deutschen Gesundheitswesens nach Fachkräften thematisiert, sondern auch hinterfragt, wie sich die Migration auf den Gesundheitssektor der Herkunftsländer auswirkt.



Bei einem Berufsparcours konnten sich die Jugendlichen über Berufsund Ausbildungsmöglichkeiten innerhalb der FES informieren. (Foto: FES)

Zur Verbesserung der sozialen Lage gehört auch bezahlbarer Wohnraum, der in vielen deutschen Städten Mangelware ist. Der Arbeitsbereich Stadtentwicklung, Bau und Wohnen erarbeitete in einem Dialog mit Unternehmen, die bezahlbaren und hochwertigen Wohnraum geschaffen haben, Strategien für preiswerten Wohnungsneubau und initiierte so einen Dialog innerhalb der Branche.

Eines der wenigen konkreten Konzepte zur sozialen Gerechtigkeit auf globaler Ebene ist der von der IAO entwickelte Ansatz der Social Protection Floors. Er sieht eine soziale Mindestsicherung für jeden Menschen vor. Die FES, die bei diesem Vorhaben ein wichtiger Partner ist, konzentriert sich auf die Rolle der Gewerkschaften und der Zivilgesellschaft bei der Umsetzung der IAO-Empfehlung. Ein Handbuch über



Hilfestellungen und Eingriffsmöglichkeiten versetzt zivilgesellschaftliche Akteur_innen in die Lage, Druck auf Regierungen auszuüben.

Im Kontext der Commission on Social Development der VN hat die FES dazu beigetragen, das Thema Sozialversicherung stärker auf der neuen Entwicklungsagenda zu verankern. Im Jemen analysierte die FES zusammen mit dem Parlamentsausschuss für soziale Angelegenheiten das Sozialversicherungssystem und insbesondere die von Insolvenz bedrohte Rentenkasse. Die Ergebnisse waren Grundlage eines Gesetzentwurfs zur Reform des Sozialversicherungswesens.

Für bessere Bildung

Ganztagsunterricht und Inklusion sind die beiden großen Trends der Weiterentwicklung des Schulsystems in Deutschland. Damit die Umsetzung gelingt, müssen Lehrer_innen im Unterrichten heterogener Klassen und in Teamarbeit geschult werden. Nach breiten Debatten in der Fachöffentlichkeit erreichen die Publikationen des Netzwerks Bildung zu diesen Themen inzwischen auch die Betroffenen vor Ort.

Während in allgemeinbildenden Schulen mehr und mehr Kinder mit Behinderungen integriert werden, besteht bei der beruflichen Ausbildung und an Hochschulen noch erheblicher Handlungsbedarf. Denn aktuell erhalten nur wenige Schulabgänger_innen mit Behinderung einen Ausbildungsplatz. Das Netzwerk Bildung und das Thementeam Bildung haben eine viel beachtete Veranstaltungsreihe gestartet, die rechtliche Fragen, Anreize für Unternehmen, verschiedene Ausbildungsmodelle und andere Aspekte der Inklusion thematisiert.

Auch für Schulabgänger_innen ohne Behinderung ist der Übergang ins Berufsleben oft nicht einfach. Eine Thematik, die nicht nur vom »Bremer Dialog« aufgegriffen wurde; dort diskutierten Bremens Wirtschaftssenator Martin Günthner und der SPD-Landesvorsitzende Dieter Reinken die umstrittene Ausbildungsplatzgarantie.

Nach wie vor hängt der schulische Erfolg in Deutschland stark von der sozialen Herkunft ab. Die Forderung nach gleichen Chancen auf Bildung für alle Gesellschaftsschichten ist deshalb immer wieder Thema unserer Veranstaltungen.

In Magdeburg stand das Thema Bildungsarmut, in Hamburg die Forderung nach der Rückkehr zum neunjährigen Gymnasium im Mittelpunkt öffentlicher Streitgespräche.

»Braucht es eine deutsche Bildungsrevolution?«, fragte eine der vielfältigen Veranstaltungen zur Schulpolitik. In der Georg-von-Vollmar-Akademie ging es um alternative Unterrichts- und Schulmodelle. Unser Büro in Hessen packte das Thema dagegen satirisch an: »Deutschland pfui! Und schäm Dich für das Schulsystem«, so der Titel einer Publikumsbeschimpfung.

Finnland und Deutschland sind auf unterschiedlichen Feldern erfolgreich in der Bildungspolitik: Finnland ist seit Jahren führend in der schulischen Bildung und liegt in den PI-SA-Vergleichen stets an der Spitze. Deutschland gilt als vorbildlich bei der beruflichen Ausbildung; die Jugendarbeitslosigkeit hierzulande zählt mit zu den niedrigsten in Europa. In zwei finnisch-deutschen Dialogveranstaltungen wurden die Erfolgsbedingungen, aber auch die Herausforderungen für die berufliche Aus- und Weiterbildung in beiden Ländern beleuchtet.

Dialog zwischen Gewerkschaften und Politik

» Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt: Aufgaben einer verantwortungsvollen Politik«: Zu Themen wie Mindestlohn und Rentenreform nahm die Bundesministerin für Arbeit und Soziales, Andrea Nahles, bei einer Informationsveranstaltung des FES-Regionalbüros Mainz Stellung. (Foto: FES)

Ohne starke und global vernetzte Gewerkschaften können soziale Gerechtigkeit sowie faire und nachhaltige Wirtschaftssysteme nicht existieren. Zu unserem Auftrag gehört es daher, Gewerkschaften bei ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen, mehr Mitbestimmung, gerechte Löhne und die Durchsetzung von Arbeitsnormen zu stärken.

Die Arbeitswelt gerecht gestalten

Unsere Veranstaltungen boten auch 2014 Bürger_innen und Fachleuten Gelegenheit, sich mit arbeitsmarktpolitischen Fragen auseinanderzusetzen. In Baden-Württemberg etwa konnten Teilnehmer_innen mit Arbeitsministerin Katrin Altpeter über die Zukunft der Arbeit in unserer Gesellschaft nachdenken, aber auch mit DGB-Landeschef Nikolaus Landgraf Strategien zur Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit entwickeln. Mit Bundesarbeitsministerin Andrea Nahles diskutierte das Regionalbüro Rheinland-Pfalz/Saarland »Gerechtigkeit am Arbeitsmarkt – Aufgaben einer verantwortungsvollen Politik«.

In vielen Podiumsdiskussionen ging es um die Einführung des Mindestlohnes, unter anderem bei einer Gesprächsrunde in Magdeburg mit Vertreter_innen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden. Das Erfurter Forum für Arbeits- und Sozialrecht lud zu einer Fachtagung ein, um den Gesetzentwurf zum flächendeckenden Mindestlohn und dessen Auswirkungen auf den Arbeitsmarkt zu diskutieren. Im Bayern-Forum erörterten die Teilnehmer_innen die regionalen Auswirkungen mit dem Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen in der SPD und Bundestagsabgeordneten Klaus Barthel.

In Niedersachsen stand der Equal Pay Day unter dem Motto »Wir verdienen mehr!«. Mehrere Veranstaltungen und ein OpenAir-Aktionstag drehten sich um die Frage, wie Gleichstellung in der Arbeitswelt und der Gesellschaft erreicht werden kann. Diese Frage interessiert zunehmend auch Makroökonom_innen und Arbeitsmarktpolitiker_innen. Auf verschiedenen Tagungen in Berlin stellten wir neue Modelle wie



Familienarbeitszeit und Elterngeld Plus zur Diskussion. Dabei waren auch die Bundesministerinnen Manuela Schwesig und Andrea Nahles sowie Staatssekretär Jörg Asmussen. Das Konzept der Familienarbeitszeit, für welches das Forum Politik und Gesellschaft bereits im Vorjahr einen Politikvorschlag vorgelegt hatte, stand im Mittelpunkt einer zweitägigen Berliner Konferenz in Kooperation mit der Humboldt-Viadrina School of Governance.

Seit einigen Jahren hat sich die Lage auf dem deutschen Arbeitsmarkt gewandelt: Die Arbeitslosigkeit ist zurückgegangen und die Zahl der Erwerbstätigen ist auf Rekordniveau. Deutschland gilt als arbeitsmarktpolitisches Vorzeigemodell. Doch was ist dran am deutschen Beschäftigungswunder? In einem neuen »WISO Diskurs« kommt der Arbeitsmarktforscher Matthias Knuth von der Universität Duisburg-Essen zu einem ernüchternden Befund: Die Ar-

Mit Kunst kommentiert: Die Diskussionen der »Gerechtigkeitswoche« in Berlin aus der Perspektive des Künstlers Jim Avignon. (Foto: Maté)

beitsmarktreformen seien in ihrer Wirkung nicht so bedeutsam, wie es Befürworter_innen, aber auch Kritiker_innen behaupten. Gründe für den Rückgang der Arbeitslosigkeit seien unter anderem schrumpfende Arbeitskraftreserven, verlangsamte Produktivitätsentwicklung und die Verteilung des Arbeitsvolumens auf mehr Köpfe.

Um die Entwicklung des Tarifvertragswesens, gewerkschaftliche Organisation und Lohnbildung ging es in vier deutsch-schwedischen Dialogforen in Stockholm. Wichtige



Einsichten erhofften sich die deutschen Teilnehmer_innen in der Frage, wie die schwedischen Gewerkschaften mit der nachlassenden Bindungswirkung von Tarifverträgen umgehen.

Bei der 3. Internationalen Themenwoche »Zeit für Gerechtigkeit« kamen auf Einladung der FES internationale Expert_innen, politische Entscheidungsträger_innen und die interessierte Berliner Öffentlichkeit zusammen. In diesem Rahmen fand auch die internationale Gewerkschaftskonferenz der FES statt, bei der es um die Bekämpfung der »prekären Arbeit« ging. Begleitet wurde die Woche von dem bekannten New Yorker Künstler Jim Avignon, der zahlreiche Bilder mit Gerechtigkeitsmotiven malte. Mit über 1.000 Teilnehmer_innen an drei Tagen hat sich die Internationale Themenwoche der FES als attraktives und öffentlichkeitswirksames Forum für Fragen sozialer Gerechtigkeit etabliert.

Die Zuwanderung als Chance begreifen

Im vergangenen Jahr erlebte Deutschland eine teilweise sehr populistisch geführte Debatte über rumänische und bulgarische Zuwanderer. In Publikationen und Veranstaltungen haben wir die rumänische Zuwanderung in den Blick genommen. Auf einer Pressekonferenz in Bukarest mit der rumänischen Arbeitsministerin Rovana Plumb stellten DGB-Vorstandsmitglied Annelie Buntenbach und die FES eine Broschüre in rumänischer Sprache vor, die über die Rechte rumänischer Arbeitnehmer_innen in Deutschland aufklärt.

Unter der Überschrift »Schreckgespenst Sozialtourismus« nahmen zwei Veranstaltungen in Hessen und in Bayern das Thema »Armutszuwanderung« auf und konnten einen anerkannten Beitrag zur Versachlichung der Debatte leisten.

Bei einem Hintergrundgespräch des Managerkreises mit Staatsministerin Aydan Özoguz in Hamburg stand die Debatte um Migration und Integration im Mittelpunkt. Sie betonte, wie wichtig Migrant_innen für die Sicherung des Fachkräftebedarfs seien, und trat entschieden Vorurteilen entgegen, es handele sich um Sozialschmarotzer. Als

Antwort auf den demografischen Wandel und den Fachkräftemangel müsse Deutschland nun vom Einwanderungs-Land zur Einwanderungs-Gesellschaft werden. Dazu sei auch die Bekämpfung der Diskriminierung von Bewerber_innen mit Migrationshintergrund in der Ausbildung wichtig.

Das Potsdamer Büro begleitete die jährliche brandenburgische Integrationskonferenz, auf der Arbeitsminister Günter Baaske mit Fachleuten die Eingliederung Zugewanderter in den Arbeitsmarkt erörterte. Fragen des europäischen Binnenmarktes und der Freizügigkeit wurden auch im Europa Forum des Landesbüros NRW diskutiert.

Auf einer Studienreise nach Berlin setzten sich die Absolvent_innen der Politischen Akademie des FES-Büros im Kosovo mit Integrationsstrategien auseinander. Bei Vertretern des DGB informierten sich die Teilnehmer_innen über das Konzept der »Fairen Mobilität«.

»In die Zukunft gedacht – Bilder und Dokumente zur Deutschen Sozialgeschichte«: Ausstellungseröffnung in Peking mit dem stellvertretenden FES-Vorsitzenden Michael Sommer. (Foto: FES)

Die Gewerkschaften stärken

Dass am 1. Mai in Kabul 1.000 Arbeiter_innen mit Bannern durch die Innenstadt zogen, ist Ausdruck des neuen Selbstbewusstseins afghanischer Gewerkschaften und nicht zuletzt mitgetragen durch unsere kontinuierliche Arbeit in diesem Bereich. Die FES ist weltweit enger Partner der Gewerkschaftsbewegungen in ihrem Kampf um bessere Arbeitsbedingungen und Mitbestimmung. Über die kontinuierliche Zusammenarbeit der Auslandsbüros mit den nationalen Gewerkschaften hinaus arbeitet das Projekt Globale Gewerkschaftspolitik der FES mit Gewerkschaftszusammenschlüssen wie dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB) und den Global Union Federations (GUF), mit der Weltarbeitsorganisation ILO sowie mit dem DGB und den deutschen Einzelgewerkschaften zusammen und führt jedes Jahr weltweit rund 120 Veranstaltungen durch.

Zwischen dem DGB- und dem IGB-Kongress, in deren Umfeld die FES vielfältige Aktivitäten entfaltete, fand die Jahreskonferenz der Global Labour University (GLU) statt. Dort diskutierten IGB-Generalsekretärin Sharan Burrow und GLU-Absolvent_innen Strategien gegen soziale Ungleichheit. Seit elf Jahren unterstützt die FES die Global Labour University dabei, Nachwuchsgewerkschafter_innen für die politischen Auseinandersetzungen in der globalisierten Ökonomie zu schulen. Die FES-Bibliothek unterstützt die Arbeit der GLU mit ihrem hochspezialisierten Bestand an Fachliteratur.

»Demokratie hört nicht vor den Werktoren auf«, rief der DGB-Vorsitzende Reiner Hoffmann seinen chinesischen Zuhörer_innen beim 2. Deutsch-Chinesischen Gewerkschaftsforum in Berlin zu. Angesichts ungerechter Arbeitsverhältnisse in China konstatierte Guo Jun, der Vertreter des All-Chinesischen Gewerkschaftsbundes: »Wir müssen kämpfen!« Er begrüßte den Erfahrungsaustausch mit dem DGB, der FES und der Hans-Böckler-Stiftung.



In ihrer internationalen Arbeit unterstützt die FES eine Reihe Global Union Federations (GUF) in ihren Bemühungen, länderübergreifende gewerkschaftliche Netzwerke in transnationalen Unternehmen zu etablieren, um nationale und internationale Arbeitsstandards durchzusetzen. So wurde gemeinsam mit ver.di und der Communications Workers of America (CWA) im Juli in Berlin die Praxis der Deutschen Telekom (DT) und ihrer Tochter T-Mobile in den USA und in Osteuropa einer kritischen Betrachtung unterzogen. Anlass war die gewerkschaftliche Kampagne, in der dem Unternehmen vorgeworfen wird, die OECD-Richtlinien nicht hinreichend zu beachten. Auf dem afrikanischen Kontinent hält die starke Expansion internationaler, auch südafrikanischer Multis an. In der Region Subsahara-Afrika haben wir die Gewerkschaften beim Aufbau von fünf Netzwerken unterstützt, zum Beispiel in den Unternehmen Massmart/Walmart und Rio Tinto.

Die Arbeitsbeziehungen in den USA sind traditionell von Konflikten geprägt. Viele Unternehmer_innen und Politiker_innen dort sind überzeugt, dass Gewerkschaften der Wettbewerbsfähigkeit schaden. Dem steht die deutsche Erfahrung gegenüber, dass Gewerkschaften zur Wettbewerbsfähigkeit deutscher Industrieunternehmen beitragen. Der frühere DGB-Vorsitzende Michael Sommer sprach in Washington mit US-Vertreter_innen aus Politik, Wirtschaft und Gewerkschaften über die deutschen Erfahrungen mit dem System der Mitbestimmung.

Das Europäische Gespräch in Brüssel mit dem Titel »Europa sozial gestalten« ist das bedeutendste europäische Gewerkschaftsforum, das seit mehr als 20 Jahren zentrale sozioökonomische und europäische Fragestellungen aufgreift und dem Austausch zwischen Gewerkschaften und Politik dient. Kooperationspartner des FES-Europabüros sind die Hans-Böckler-Stiftung, die Otto-Brenner-Stiftung sowie der Deutsche und Europäische Gewerkschaftsbund. In diesem Jahr wurde der Teilnehmer_innenkreis um junge Gewerkschaftsvertreter_innen aus Mittel-, Ost- und Südeuropa sowie Stipendiat_innen der FES und der Hans-Böckler-Stiftung erweitert.

Das von Michael Sommer und dem Vorsitzenden des georgischen Gewerkschaftsdachverbandes, Irakli Petriaschvili, 2012 aus der Taufe gehobene Projekt zur Stärkung der georgischen Gewerkschaften wurde fortgeführt. Die sehr junge Eisenbahngewerkschaft wurde inzwischen in den internationalen Verband aufgenommen, was auch ihre Position in Georgien stärkt.

Die Förderung des Dialogs mit den Gewerkschaften zählt seit Jahren auch in Deutschland zu den Arbeitsschwerpunkten. Bereits seit acht Jahren findet in Chemnitz die mit dem DGB konzipierte Reihe »kontrovers« statt, die 2014 erneut Gewerkschafter_innen, Student_innen und politisch Interessierte zusammenführte.

Die Akademie für ArbeitnehmerWeiterbildung in NRW bot über 30 Wochenseminare an, viele davon in Kooperation mit Gewerkschaften, Betriebsräten und gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmer_innen. Zahlreiche Funktionsträger_innen der Gewerkschaften nutzten auch die Kompetenztrainings der Akademie Management und Politik.

Das neue Portal des Archivs für soziale Demokratie www. zeitzeugen.fes.de präsentiert Videos mit Aussagen von gewerkschaftlichen Führungspersönlichkeiten zur Geschichte der Arbeitswelt und der industriellen Beziehungen, etwa von Dieter Schulte oder Monika Wulf-Mathies, die als DGB- beziehungsweise ÖTV-Vorsitzende die Gewerkschaftsbewegung stark geprägt haben. So werden Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft der Gewerkschaften mit Gesicht und Stimme dargestellt und für die historisch-politische Bildung nutzbar gemacht.

Die FES-Studienförderung unterstützt wissenschaftliche Arbeiten zu Gewerkschaftsthemen. Für das Jahr 2014 sind zwei Dissertationsprojekte hervorzuheben: Katharina Oerder promoviert in Psychologie über die Mitgliederwerbung in Gewerkschaften am Beispiel der IGBCE. André Philipp Kajewski schreibt eine politikwissenschaftliche Dissertation über Gewerkschaften in Großbritannien und Deutschland. Er beschäftigt sich mit der Frage, wie sich die Finanzkrise 2008 auf die Gewerkschaften ausgewirkt hat.

Zusammenhalt und politische Teilhabe

Die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung Verena Bentele appellierte an die 120 Gäste des 45. Regensburger Gesprächs der FES: »Helfen Sie mit, Barrieren in den Köpfen der Mitmenschen einzureißen.« (Foto: Danderfer)

Gleiche Chancen für alle Mitglieder der Gesellschaft auf soziale, wirtschaftliche und kulturelle Teilhabe gehören zum Wesenskern der Sozialen Demokratie. Wir setzen mit unseren Bildungsangeboten, Dialogforen, Netzwerken, Analysen und Beratungen auf gesellschaftliche Solidarität: gegen Politikverdrossenheit, gegen gesellschaftliche Spaltung, Intoleranz und rechtsextreme Einstellungen. Durch unsere Arbeit fördern wir Engagierte, die für gesellschaftlichen Zusammenhalt und für mehr politische Teilhabe gerade auch der Schwächeren eintreten.

Neue Perspektive: Von Integration zu Diversity

Die Integration von Zugewanderten und Angehörigen unterschiedlicher Religionsgemeinschaften stellt unsere Gesellschaft vor große Herausforderungen. Die Berichterstattung über die sogenannte Scharia-Polizei oder salafistische Terrorgruppen regte Debatten über Toleranz, Integration und die Rolle des Islams in Deutschland an. Unser Ziel ist es, eine Kultur der Anerkennung der ethnischen, religiösen und kulturellen Identitäten zu fördern.

»Integration ist (auch) Ländersache« lautet der Titel eines Gutachtens des Forum Berlin, das in acht Bundesländern präsentiert wurde. Das Stuttgarter Büro veröffentlichte die Studie »Kommunale Diversitätspolitik in der Praxis«.

Unsere Büros und Akademien in NRW boten zahlreiche Seminare an, in denen es darum ging, ein realistisches Bild der Migrationsgesellschaft zu zeichnen und Zugewanderte auch für gesellschaftlich relevante Themen zu interessieren. Unter dem Motto »Gemeinsam sind wir bunt, vielfältig und weiblich!« diskutierten in Berlin etwa 70 Frauen über die politische Teilhabe von Migrantinnen. In Dresden organisierte die FES gemeinsam mit dem Ausländerrat sechs Podiumsgespräche, die verdeutlichten, wie notwendig gerade in Ostdeutschland ein regelmäßiger Austausch ist.

Zu einer gerechteren Gesellschaft gehört auch die Teilhabe von Menschen mit Behinderung, wie sie die VN-Behindertenrechtskonvention verlangt. Darauf wies die Behindertenbeauftragte der Bundesregierung, Verena Bentele, im Rahmen einer Diskussionsrunde in Regensburg hin.

Am Inklusionstag in Thüringen hatte der Bildungsminister des Landes, Christoph Matschie, die Gelegenheit, den Entwicklungsplan zur Umsetzung der VN-Konvention zu präsentieren. In vielen Fachgesprächen und Vorträgen wurden notwendige Begriffsklärungen angeregt und auch kontroverse Debatten zum Thema Inklusion ermöglicht.



Diversity hat sich als sozialdemokratisches Leitkonzept etabliert. Dabei geht es im Kern darum, die unterschiedlichsten Lebens- und Arbeitsformen anzuerkennen und ihnen Raum zu geben. Auch die Studienförderung hat ein Konzept zur Berücksichtigung der Vielfalt in der stipendiatischen Gemeinschaft entwickelt, das sowohl auf der Verwaltungsebene als auch in den Seminarprogrammen Anwendung fand. So haben Stipendiat_innen in Eigenregie das Brüsseler Seminar »Kein Mensch passt in eine Schublade – Antidiskriminierung in Recht und Praxis« durchgeführt.

Ein neues Gesetz gegen sexuelle Belästigung am Arbeitsplatz ist ein großer Erfolg für die Frauenbewegung Indiens und auch für die FES, die mit ihren Partnerorganisationen seit vielen Jahren für Frauenrechte kämpft. (Foto: FES)

Klare Botschaft: Gender Matters!

Die faktische Gleichstellung der Geschlechter in Deutschland ist noch lange nicht erreicht – Unterschiede im Zugang zu Führungspositionen, in der Entlohnung, bei Vermögen und Rentenhöhe belegen dies drastisch. Eine Soziale Demokratie lässt sich so nicht verwirklichen, weder bei uns noch in Ländern, in denen die Situation von Frauen nach wie vor prekär ist. Wir thematisieren deshalb an allen FES-Standorten frauen- und geschlechterpolitische Anliegen in Politikdebatten und Bildungsangeboten. Darüber hinaus gestaltet das Forum Politik und Gesellschaft öffentlichkeitswirksam die Gender-Debatte in Deutschland mit.

Persönlichkeiten wie WZB-Präsidentin Jutta Allmendinger, Christina Klenner von der Hans-Böckler-Stiftung, Hannelore Buls vom Deutschen Frauenrat und Elke Ferner, MdB,



machten in Berliner Veranstaltungen deutlich: Wir brauchen einen Aufbruch, um Geschlechtergerechtigkeit zu verwirklichen. Fortschritte und Hemmnisse in der Gleichstellung wurden in den Ländern analysiert, etwa in Sachsen-Anhalt, wo Justizministerin Angela Kolb und die Juristin und Politikerin Lore Marie Peschel-Gutzeit mit Gästen aus Justiz, Politik und Frauenorganisationen debattierten.

»Ohne Frauen ist kein Staat zu machen«: Im Vorfeld des Frauentages wurde eine Diskussion über das Parité-Gesetz in Thüringen angeregt. Unbestritten ist, dass mehr Frauen in Führungspositionen aufsteigen müssen – ob aber eine gesetzliche Quote das richtige Instrument ist, blieb vielerorts umstritten. So auch in Hamburg, wo Justizsenatorin Jana Schiedek und weitere Entscheiderinnen darüber diskutierten. Der Vernetzung von Frauen in Führungspositionen dienen die Kamingespräche »Rote Frauen – Schwarzer Kaffee« in Baden-Württemberg.

Den gender- und familienpolitischen Positionen der linken Mitte in Europa widmete sich eine Konferenz für Vertreter_innen von Think Tanks, Universitäten, politischen Organisationen und Verbänden aus Europa und den USA. Dabei wurden erste Ergebnisse einer vergleichenden Analyse vorgestellt, die unsere Auslandsbüros erstellt haben. Um erzielte Fortschritte, aber auch notwendige weitere Schritte ging es beim jährlichen Treffen deutscher und italienischer Politikerinnen in Rom.

Weltweit beschäftigt uns die geschlechterpolitische Dimension einer gerechten Wirtschafts- und Sozialordnung, etwa die Sorgearbeit. Ausgehend von der Publikation »A Caring and Sustainable Economy – a concept note from a feminist perspective« wurde in zahlreichen nationalen und internationalen Formaten das Konzept vorgestellt und weiterentwickelt. Höhepunkte waren die Jahrestagung der feministischen Ökonom_innen in Accra sowie eine Konferenz in Buenos Aires, von der zahlreiche Impulse für die Region ausgingen.

In Indien bringt das innovative Forum »Gender Logue« Menschen aus der Genderpolitik dazu, offen über die ökonomische Situation von Frauen, aber auch das schwierige Verhältnis von Frauen und Männern zu sprechen. In Kooperation mit Frauenrechtsgruppen, Mitgliedern der Verfassungskommission und verschiedener Parteien wirken wir in Jemen darauf hin, Frauenrechte in der Verfassung zu verankern. Ein wichtiges Ziel ist dabei eine 30-Prozent-Quote zur Beteiligung von Frauen auf allen Regierungsebenen.

Für Genderpolitik setzt sich auch die FES-Studienförderung ein. Sie fördert begabte und engagierte junge Frauen, insbesondere Studierende der MINT-Fächer und Promovierende, als Entscheiderinnen von morgen. Genderbezogene Promotionen werden regelmäßig in »Gender Matters« vorgestellt. Der von der Genderkoordinierung herausgegebene Newsletter bietet einen Einblick in die weltweite Genderarbeit der FES.

Zentraler Auftrag: Strategien gegen Rechtsextremismus

Die Aufklärung über die politischen Ziele, die Ideologie und das Menschenbild des Rechtsextremismus ist seit Jahren ein Schwerpunkt unserer Bildungsarbeit. An allen FES-Standorten leisten wir mit Diskussionsforen, Fachkonferenzen, Ausstellungen, Zeitzeugen- und Aussteigergesprächen unseren Beitrag gegen den Rechtsextremismus. Die Arbeit der FES erfährt große Anerkennung aus Politik, Zivilgesellschaft, Kirchen, Gewerkschaften und vor allem auch Schulen.

Neu wurden 2014 Reportage-Workshops für Schülerzeitungen, Argumentationstrainings gegen rechte Parolen und Stadtführungen zur Geschichte der Sozialdemokratie und zur Verfolgung jüdischer Mitbürger_innen angeboten. Ein hochkarätig besetztes Podium in Düsseldorf beschäftigte sich mit »Rechtsextremismus im Netz«. In den Landesbüros Nord- und Ostdeutschlands blieb das Thema ein Arbeitsschwerpunkt. Die Wanderausstellung »Demokratie stärken – Rechtsextremismus bekämpfen« war dort an über 40 Schulen zu sehen.

Um das »Versagen der Ermittlungsbehörden« ging es bei einem Forum in Erfurt. Die Vorsitzende im Thüringer NSU-Untersuchungsausschuss Dorothea Marx, der Rechtsextremismus-Experte Hajo Funke und der am NSU-Prozess beteiligte Rechtsanwalt Yavuz Narin beschrieben die niederschmetternden Resultate der Aufklärungsarbeit. Der Bericht des Ausschusses wirft den Sicherheitsbehörden des Landes gravierende Fehler bei der Verfolgung des »Nationalsozialistischen Untergrunds« vor und attestiert Teilen der Gesellschaft »ein bereits aus DDR-Zeiten übertragenes rassistisches Grundverständnis«.

Im Forum Berlin ergänzt das »Projekt gegen Rechtsextremismus« die dezentralen Aktivitäten der FES mit Information, Prävention, Vernetzung und Beratung und nimmt dabei zunehmend auch die internationale Perspektive in den Blick. Im Auftrag des Projekts werden seit 2006 repräsentative Daten erhoben, die Aufschluss darüber geben, in welchem Maß rechtsextreme und menschenfeindliche Einstellungen in der Bevölkerung vorhanden sind. Die aktuelle Studie »Fragile Mitte – Feindselige Zustände« bietet ein gemischtes Bild: Zwar sind rechtsextreme Grundhaltungen deutlich zurückgegangen. Aber für eine Entwarnung besteht kein Anlass, da unter anderem der Antisemitismus stark zugenommen hat – nicht allein in Deutschland, wie ein internationales Expertengespräch mit dem Direktor des American Jewish Committee, David Harris, in Berlin deutlich machte.

Im Europawahljahr 2014 mussten sich die FES-Auslandsbüros mit dem wachsenden Rechtspopulismus auseinandersetzen. Die enormen Stimmengewinne für rechtspopulistische und -extreme Parteien in vielen EU-Staaten stellen die gemäßigten Parteien vor große Herausforderungen. Auf einer internationalen Konferenz in Berlin tauschten sich Rechtspopulismus-Experten aus Italien, Schweden und Ungarn unter anderem mit dem Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Matthias Machnig, und dem Journalisten Werner A. Perger aus.

Effektives Training: Engagement und Ehrenamt

Zivilgesellschaftliche Organisationen in Deutschland wurden von der Akademie Management und Politik mit praxisnahen Ausbildungsgängen und Lernmaterialien unterstützt. Ein Arbeitsschwerpunkt lag 2014 auf Veränderungsmanagement: Ein neues Trainingsbuch und begleitende Online-Instrumente stießen auf sehr großes Interesse. Die Politische Akademie bot rund 140 Veranstaltungen zur Engagementförderung, die von den Teilnehmer_innen überwiegend mit gut bis sehr gut bewertet wurden.

Besondere Unterstützung bieten wir engagierten Frauen und Jugendlichen. Das Julius-Leber-Forum etwa vermittelte in Hamburg, Lübeck und Bremen in »Turbo-Trainings« Grundlagen der Rhetorik und Körpersprache. Kompetenzseminare für Frauen in Rheinland-Pfalz förderten die dauerhafte Vernetzung der Teilnehmerinnen. In Berlin wurden neue Lehrkonzepte für Schüler_innen erarbeitet und junge Teamer_innen ausgebildet. Über 50 Workshops widmeten sich Themen des Jugend- und Schulalltags: Inklusion, Strategien gegen Mobbing, sexuelle Vielfalt, aber auch Kommunalpolitik.

In vielen Bundesländern fanden 2014 Kommunalwahlen statt. Mit rund 160 Seminaren unterstützte die Kommunal-Akademie ehrenamtliche Politiker_innen. Besonders Frauen und junge Menschen waren die Zielgruppe der Seminarreihe »Grundkurs Kommunalpolitik« in Baden-Württemberg.

Mit Stipendien fördern wir junge Menschen, die sich politisch oder gesellschaftlich im Sinne der Sozialen Demokratie engagieren. Das Bildungsprogramm und die stipendiatische

Vorbereitung für den Generationenwechsel: »Jeunes Leaders du Bénin«, ein Förderprogramm für Nachwuchskräfte aus politischen Parteien, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft in Westafrika. (Foto: FES)



Mitgestaltung sind die zentralen Elemente der Studienförderung. Mit 23 regionalen und überregionalen Seminaren für Schlüsselqualifikationen wurden Stipendiat_innen in ihrem Engagement gestärkt. Außerdem bot das Bildungsprogramm die Möglichkeit, sich mit anderen Engagierten auszutauschen, gemeinsam Good-Practice-Projekte zu reflektieren und neue Ideen zu entwickeln.

Welche Vorstellungen haben junge Menschen in Mazedonien von der Zukunft ihrer Gesellschaft? Teilnehmer_innen an einem Essay-Wettbewerb des FES-Büros in Skopje beschrieben ihre Visionen und Ideen für Engagement. Die Autor_innen der acht besten Texte fuhren im Oktober für eine Woche nach Berlin. Sie trafen Josip Juratovic sowie Vertreter_innen der Berliner Senats-Jugendverwaltung und von Jugendinitiativen, um über gesellschaftspolitisches Engagement zu diskutieren. Mit neuen Ideen reisten sie zurück.

Auch anderswo schafft unsere internationale Arbeit bessere Beteiligungsmöglichkeiten für junge Menschen und fördert politische Nachwuchskräfte: Young Leaders-Programme werden heute auf allen Kontinenten durchgeführt. Ziel des neu gegründeten FES Alliance Network (F.A.N.) ist es, die zum Teil sehr verfestigten Spaltungen zwischen Gewerkschaften, Parteien und sozialen Bewegungen aufzubrechen und neue Allianzen zu schmieden. Im November beschäftigte sich die erste Konferenz in Berlin mit Strategien zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit.



DER SPIEGEL 6. JANUAR 2014

Doch aus der Sicht der EU-Kommission bleibt das Hauptproblem die Mentalität der gesamten politischen Klasse Griechenlands. Zwar drehten sich griechische Debatten mittlerweile stärker um Reformen und Kooperation mit ausländischen Helfern, sagt Christos Katsioulis von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Athen. Seine Einrichtung hat im Mai 2012 wieder ein Büro in Griechenlands Hauptstadt eröffnet, nachdem sie 2005 das Land verlassen hatte, weil »wir glaubten, Griechenland sei endgültig in Europa angekommen«.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 7. JANUAR 2014

Nach Ansicht der Projektgruppe soll die Politik künftig alle Unternehmen verpflichten, Verbrauchtes wiederherzustellen, gleichwertig zu ersetzen oder das Gemeingut zumindest so schonend zu behandeln, dass es sich regenerieren kann. Geschehen soll dies durch eine Änderung des Wettbewerbs- und Eigentumsrechts. »Dann funktioniert Marktwirtschaft auch wieder«, ist Dahm überzeugt. Für die Fragestellung inter-

02

essieren sich auch große Konzerne. So diskutierte die Projektgruppe zuletzt in Kooperation mit der BMW Stiftung Herbert Quandt bei drei runden Ti-

schen mit Vertretern von Firmen und Banken über ihre Idee, ein von der Friedrich-Ebert-Stiftung beauftragtes Rechtsgutachten bescheinigt die grundsätzliche Machbarkeit.

BERLINER ZEITUNG 15. JANUAR 2014

Die Idee hatte die Friedrich-Ebert-Stiftung, als sie sich fragte, warum Wunsch und Wirklichkeit in der Frage der Vereinbarkeit von Familie und Beruf so weit auseinanderklaffen. Wenn sich so viele Eltern in Deutschland eine partnerschaftliche Aufteilung wünschen, warum sollte die Familienpolitik ihnen dann nicht entgegenkommen, ihnen einen finanziellen Anreiz geben?

<u>WESERZEITUNG</u> 25. JANUAR 2014

Das Autoteilen könnte das Land verändern: Nach einer neuen Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung ersetzt ein Carsharing-Fahrzeug vier bis acht private Pkw. Setzt sich der Trend fort, dürfte die Zahl der Autos in deutschen Städten langfristig drastisch sinken. Städteplaner entwerfen schon Visionen für den Rückbau von Straßen im großen Stil.

NEUES DEUTSCHLAND 3. FEBRUAR 2014

Die Wahlen in Thailand sind entgegen allen Befürchtungen ohne größeres Blutvergießen über die Bühne gegangen, aber Grund zum Aufatmen besteht nicht. (...) »Langfristig kann Thailand seine Spaltung nur durch einen sozialen Kompromiss überwinden, der allen gleichberechtigte Teilhabe am politischen und sozialen Leben ermöglicht«, sagt Marc Saxer von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bangkok.

MENSCHEN MACHEN MEDIEN 11. FEBRUAR 2014

Der von der Friedrich-Ebert-Stiftung verlegte Band vereint 30 Beiträge zur Vergangenheit und zur Zukunft der Presse. Wie lange wird es noch Papierzeitungen geben? Manche sagen: 15 Jahre, andere: bis 2050. Die Einen sagen: Zeitungen seien nutzlose Auslaufmodelle. Andere fragen, wie sich die Rolle der Zeitungen durch Digitalisierung, Netzwerke und Internetmedien wandelt. In etlichen Texten werden neue Konzepte, Rezepte und lukrative Geschäftsmodelle angedeutet.

FRANKFURTER NEUE PRESSE 12. FEBRUAR 2014

Im Norden der EU haben vor allem nationalistische, immigrationsfeindliche Parteien Zulauf (...) Die Untersuchungen der parteinahen Friedrich-Ebert-Stiftung (SPD) und Konrad-Adenauer-Stiftung (CDU) zeichnen zwar ein ziemlich diffuses Bild und betonen die Heterogenität der Gruppen. Aber in einem seien sich fast alle Gruppen einig – im Ziel, künftig »weniger Europa« zu erreichen. Die einen wollen nur den Euro abwickeln, die anderen gleich die ganze EU.

ÄRZTE-ZEITUNG 17. FEBRUAR 2014

Knapp 20 Jahre nach den Beschlüssen von Bundestag und Bundesrat am 22. und 27. April 1994 zur Einführung der fünften Säule der Sozialversicherung haben Praktiker und Politiker bei einer Veranstaltung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Berlin auf nicht überwundene Kinderkrankheiten der umlagefinanzierten Pflegeversicherung hingewiesen.

OSTSEE-ZEITUNG 22. FEBRUAR 2014

Auf der Ernährungsmesse Grüne Woche im Januar in Berlin hieß es noch optimistisch: Die angekündigte Tierwohl-Initiative von Handel, Fleischwirtschaft und Deutschem Bauernverband ist auf einem guten Weg und wird »zügig umgesetzt«. Bei einer Agrar-Fachdiskussion in Güstrow, zu der das Schweriner Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung einlud, klang das gestern viel unverbindlicher.

DER NEUE TAG 1. MÄRZ 2014

»Schreckgespenst »Sozialtourismus«? Die aktuelle Zuwanderungsdebatte im Faktentest« – so lautete der Titel einer FES-Veranstaltung am Donnerstagabend in Regensburg. »Seit Jahren sind Rumänen und Bulgaren gut integriert in den deutschen Arbeitsmarkt«, betonte Matthias Jobelius, FES-Landesvertreter in Rumänien (...).

ZOLLERN-ALB KURIER 12. MÄRZ 2014

Ohne Jugend ist kein Staat zu machen? Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat vor einigen Jahren das Planspiel Kommunalpolitik entwickelt. Jugendliche werden in diesem Planspiel selbst zu Gemeinderäten, bereiten in Fraktionen eine Gemeinderatssitzung vor, erstellen Anfragen und Anträge und treffen unter Sachzwang Entscheidungen.

FRANKFURTER RUNDSCHAU 17. MÄRZ 2014

Das passt nicht so recht zum deutschen Jobwunder mit Rekordbeschäftigung und sinkenden Arbeitslosenraten: Immer mehr Menschen bekommen ihre Hartz-IV-Leistungen gekürzt, weil sie gegen eine Auflage verstoßen haben. »Die Zahl der Sanktionen hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen«, heißt es in einer Studie, die das Prognos-Institut für die Friedrich-Ebert-Stiftung erstellt hat und die der FR vorliegt. Gestiegen ist die Zahl von 2009 bis 2012 um 300 000 auf mehr als eine Million. Gleichzeitig schrumpfte durch die gute wirtschaftliche Entwicklung die Gruppe der Leistungsberechtigten.

<u>WDR 5</u> 26.MÄRZ 2014

Deutschlands Aktivitäten auf dem Schwarzen Kontinent beschränkten sich bisher überwiegend auf Entwicklungshilfe. Die neue Regierung ist noch auf der Suche nach einer neuen Afrika-Strategie, die über reines Krisenmanagement hinausgeht.

Der Leiter des Afrika-Referats der Friedrich-Ebert-Stiftung, Manfred Öhm, bestätigt, dass sich die Wahrnehmung Afrikas aus deutscher Sicht in den vergangenen Jahren verändert hat. Neben der reinen Entwicklungs- und Krisenhilfe bestünde mittlerweile sowohl ein nennenswertes wirtschaftliches als auch außenpolitisches Interesse am afrikanischen Kontinent.

HANDELSBLATT 8. APRIL 2014

Orbán hatte hohe Abgaben für Banken, Handelskonzerne sowie Energieversorger erlassen. »Seine unorthodoxe Wirtschaftspolitik hat die Armut im Land vergrößert«, bilanziert Jan Niklas Engels von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest. Beobachter fürchten, dass die Verarmung von Teilen der Gesellschaft weiter die Rechtsradikalen stärken könnte.

HANDELSBLATT 10. APRIL 2014

Laut einer Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung haben viele Unternehmen bereits damit begonnen, die Chancen nachhaltiger Produktion und Ressourceneffizienz zu nutzen, um damit Kosten zu sparen und Zukunftsmärkte zu erschließen, aber auch, weil die Nachfrage nach »grünen Produkten« wächst. Nicht zuletzt setzt auch die Automobilindustrie zunehmend auf sogenannte grüne Technologien.

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG 11. APRIL 2014

Hat der öffentlich-rechtliche Rundfunk eine Zukunft? Was macht die Digitalisierung mit ARD/ZDF? Brauchen beide Werbung oder einen Jugendkanal? Diskussionspflöcke beim Mitteldeutschen Mediendialog der Friedrich-Ebert-Stiftung im Leipziger Museumswinkel.

WAIBLINGER KREISZEITUNG 12. APRIL 2014

In einer ganz besonderen Gemeinderatssitzung hatten in Remshalden für zwei Stunden Neuntklässler das Sagen. Sie konnten Vorschläge und Anfragen einbringen und diskutieren. Was dabei herauskam, ist beachtlich. Einige Anliegen der Schüler werden sogar sicher umgesetzt, andere Ideen haben zumindest gute Chancen, tatsächlich verwirklicht zu werden. (...) Das Schlusswort gehörte nach der Sitzung Markus Grünwald, der das Projekt für die Friedrich-Ebert-Stiftung betreut hat: »Ihr habt heute der Presse und allen gezeigt, dass die Jugend nicht politikverdrossen ist, dass das Wählen ab 16 gut ist. Ihr seid so weit.«

DIE TAGESZEITUNG 22. APRIL 2014

In einer Expertise der Friedrich-Ebert-Stiftung zum Geschlechterbild der AfD schreibt der Soziologe Andreas Kemper: »Es ist nicht ausgeschlossen, dass die AfD zusätzlich zur Euro-Kritik und der Positionierung als Anti-Parteien-Partei einen dezidiert antifeministischen dritten Schwerpunkt ausbaut: Die radikale Kritik an jeder Form von Gleichstellungspolitik (...).

DIE TAGESZEITUNG 28. APRIL 2014

Kann eine Lehrerin in einer Klasse mit 30 Schülern 30 verschiedene Begabungen erkennen und fördern? Sie kann nicht nur, sie muss sogar! Individuelle Förderung von Schülern ist ein zentrales Thema in der Bildungspolitik geworden, zeigt eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung, die am Montag in Berlin vorgestellt wird.

STUTTGARTER ZEITUNG 29. APRIL 2014

Der auf das einzelne Kind zugeschnittene Unterricht wird seit Jahren als schulpolitisches Ziel propagiert. Die individuelle Förderung gilt als Mittel, um mit der wachsenden Vielfalt in den Klassen klar zu kommen. Eine Studie der SPDnahen Friedrich-Ebert-Stiftung hat den Stand der Förderung in Deutschland untersucht und Nachholbedarf festgestellt.

T-ONLINE NACHRICHTEN 9. MAI 2014

Die in Stuttgart lebende Publizistin Hannelore Schlaffer wird für ihr Buch »Die City« von der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung geehrt. Die 74-Jährige erhält den mit 10 000 Euro dotierten Preis »Das politische Buch«, wie die Stiftung am Freitag mitteilte. Schlaffer habe in ihrem Buch die moderne City gleichsam als Chiffre einer durch und durch ökonomisierten Welt entschlüsselt, befand die Jury.

FRANKFURTER ALLGEMEINE ZEITUNG 16. MAI 2014

Nach einer Studie des Istanbuler Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung sind aufgrund der vielen nichtregistrierten Arbeitnehmer lediglich drei Prozent aller 24,5 Millionen Beschäftigten gewerkschaftlich organisiert. Gründe für den niedrigen Organisationsgrad sind die Diskriminierung der Gewerkschaften, die mit dem Militärputsch von 1980 eingesetzt hat, und das Verhalten viele Unternehmer, die mit einer Entlassung von Gewerkschaftsmitgliedern die Bereitschaft, einer Gewerkschaft beizutreten, weiter schmälern.

SÜDDEUTSCHE ZEITUNG 21. MAI 2014

Das Problem ist jedoch: Es sind nicht nur die Einnahmen, die je nach Land und regionaler Wirtschaftskraft erheblich differieren. Mindestens ebenso groß ist die Diskrepanz bei den Ausgaben, vor allem bei den Sozialkosten. (...) Just an diesem Punkt setzt das Reformmodell an, das eine Arbeitsgruppe der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) um den früheren Bundesfinanzminister Hans Eichel und Ex-Außenamtsstaatssekretär Heinrich Tiemann im vergangenen Jahr erarbeitet hat - und das jetzt von der Dresdner Niederlassung des Ifo-Instituts erstmals durchgerechnet wurde. Ergebnis: Setzte der Bund nicht nur die Standards, sondern nähme zudem zehn Milliarden Euro in die Hand, um seine eigenen Vorgaben auch zu bezahlen, würden gerade Kommunen mit sehr ungünstiger Sozialstruktur massiv entlastet.

Auch sie könnten dann eine Art Basisinfrastruktur anbieten, auf die nach dem FES-Konzept jeder Bürger in Deutschland künftig Anspruch haben soll.

DER TAGESSPIEGEL 23. MAI 2014

Tatsächlich gehört der Politikunterricht bundesweit zu den vernachlässigten Schulfächern. Zwar steht die Demokratie-Erziehung als wichtiges Ziel in allen Bildungsplänen, aber im Schulalltag ist davon wenig zu merken. Dabei zeigte eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung 2013, dass die Schule für viele Jugendliche der einzige Ort ist, an dem sie an politische Debatten herangeführt werden.

LEIPZIGER VOLKSZEITUNG 23. MAI 2014

Ohne eine Aussöhnung der Lager geht es nicht. »Thailand ringt seit neun Jahren um eine neue politische Ordnung, die die Bedürfnisse einer modernen Wirtschaft und pluralen Gesellschaft befriedigen kann. Notwendig ist nicht weniger als die Neuverhandlung des Gesellschaftsvertrages«, sagte der Direktor des Thailand-Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bangkok, Marc Saxer, schon vor dem Putsch.

SONNTAGSZEITUNG 25. MAI 2014

Ein junger Syrer kämpfte erst Assad, dann gegen Dschihadisten. (...)

Lattif ist bei der Friedrich-Ebert-Stiftung untergeschlüpft, sie bildet ihn zum Trainer für »zivile Konflikttransformation« aus. Er selbst bringt Aktivisten zivilen Widerstand bei und erklärt, wie man politische Kampagnen organisiert. Das alles sind Versuche, eine syrische Zivilgesellschaft aufzubauen – im Exil.

NEUES DEUTSCHLAND 26. MAI 2014

Der Rote Salon an der Berliner Volksbühne war am Freitagabend gut gefüllt. Auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung suchte man Antworten auf die Frage, was denn die Generation der heute 30- bis 40-Jährigen in Ost und West noch trennt und was sie verbindet. (...) Wieder einmal zeigte sich: Der Zusammenbruch der DDR bedeutete für die Ostdeutschen eine Zäsur. Viele im Westen hingegen lebten ihr Leben einfach weiter.

HANDELSBLATT 5. JUNI 2014

Bulgarien versucht immer wieder den politischen Spagat zwischen Ost und West, zwischen Russland und der EU. Das Balkanland, das erst 2007 Mitglied der Europäischen Union wurde, ist energiepolitisch im Würgegriff Russlands und seines mächtigen Energieriesen Gazprom. »Dass russische Firmen diese Monopolstellung nutzen, zeigt sich etwa darin, dass Bulgarien als ärmstes EU-Land mit die höchsten Gaspreise in Europa zahlt«, sagte Regine Schubert, Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sofia, dem Handelsblatt.

<u>DIE ZEIT</u> 12. JUNI 2014

Und tatsächlich kommt das Land wirtschaftlich voran. Das Wachstum betrug im vergangenen Jahr sechs Prozent. Henrik Maihack, Vertreter der Friedrich-Ebert-Stiftung in Dhaka, nennt Bangladesh »eine Erfolgsgeschichte unter den Entwicklungsländern«. Dazu habe nicht zuletzt die Textilindustrie beigetragen, die wegen der miserablen Bezahlung und den mangelnden Sicherheitsstandards weltweit in Verruf geraten ist.

BADISCHE ZEITUNG 12. JUNI 2014

May sieht einen Hauptgrund dieser Wahlmüdigkeit in der sozialen Schichtung des Wohnbezirks und verweist auf eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung aus dem vergangenen Jahr, die einen deutlichen Zusammenhang zwischen Wahlen und Lebensverhältnissen festgestellt hatte. "Je prekärer die Lebensverhältnisse, desto weniger Menschen gehen wählen«, lautet eines der zentralen Ergebnisse.

<u>DIE ZEIT</u> 18. JUNI 2014

Bayerische Bürgermeister sind oft Quereinsteiger. Kommunalpolitik müssen sie erst lernen. (...) Damit sie den Auftrag ihrer Wähler kompetent erfüllen können, bietet die KommunalAkademie der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) Seminare wie das in Neumarkt in ganz Bayern an.

<u>DITHMARSCHER LANDESZEITUNG</u> 27. JUNI 2014

Es könne nicht sein, dass Internet-Giganten ihre Marktmacht auf Kosten der Verlage missbrauchen, argumentierte Maas. »Auch wir wollen dazu beitragen, dass Ihre Geschäftsmodelle zukunftsfähig bleiben, denn Zeitungen sind für die Demokratie unverzichtbar«, sagte der Justizminister in der Friedrich-Ebert-Stiftung vor rund 200 Gästen (...).

5. JULI 2014

BMW, Daimler, Audi – alle großen deutschen Oberklassehersteller bauen Werke in Mexiko auf. (...) Die Unternehmen schätzen an Mexiko vor allem die Nähe zum wichtigen US-Markt, ein gut ausgebautes Zulieferernetz und die relativ niedrigen Lohnkosten. Laut einer Studie des Wirtschaftswissenschaftlers Alex Covarrubias im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung sind die Gehälter von einfachen Arbeitern in der Automobilindustrie fast nirgendwo so gering wie in Mexiko. Das wiederum erhöht die Rentabilität der Konzerne.

NEUES DEUTSCHLAND 17. JULI 2014

Es ist fast zum Weinen: Sie sind Opfer, sie sind in ihrem Opferdasein voller Widersprüche, sie sind nicht einmal eine richtige Bewegung, und die zeigt bereits Spaltungstendenzen. Maskulinisten nennt Robert Claus jene, die sich selbst lieber als »Männerrechtsbewegung« bezeichnen, um deutlich zu machen, woran es in der Gesellschaft hapert. Für seine Studie »Maskulinismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass« im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung hat sich Claus bis in die Abgründe der einschlägigen Foren begeben.

DER FREITAG 24. JULI 2014

Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung nimmt immer mal wieder Anläufe, dem Antifeminismus auf die Schliche zu kommen. Sie lässt die Strategien und Debatten analysieren, die sich als Gegenbewegung zu Feministinnen verstehen. Verdienen diese den Titel »Bewegung«? Das fragte sich für die Friedrich-Ebert-Stiftung nun Robert Claus. Er untersuchte in seiner gerade erschienenen Studie die Szene, deren Männlichkeitsentwürfe er bereits zuvor hinsichtlich Verbindungen zum Rechtsextremismus beobachtet hatte.

MUSIK FORUM 26. JULI 2014

Die Einschätzung, dass der aktuellen Bundesmusikförderung eine konzeptionelle Grundlage fehlt, wurde durch die zwanzig befragten Experten, die aus dem öffentlichen, privatwirtschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Sektor des musikalischen Lebens und der Musikförderung in Deutschland kommen, bestätigt. (...) Nach diesen grundlegenden Erkenntnissen des ersten Gutachtens stellte sich allerdings die Frage, wie man zu so einer Konzeption kommen könnte. Ein von der Friedrich-Ebert-Stiftung beauftragtes Gutachten sollte diese Frage beantworten und ein Verfahren entwickeln, mit dem eine Musikförderkonzeption unter der Prämisse einer möglichst breiten Beteiligung der Akteure aus dem Feld erarbeitet werden könnte.

ZEITUNG 9. AUGUST 2014

Mit der Stromerzeugung in eigenen Kraftwerken machen die Stadtwerke derzeit 25 Millionen Euro Verlust. Zu diesem eher negativen Ausblick passt auch eine Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung: Demnach bleibt der Anteil des Kohlestroms bis 2020 weitgehend stabil bei knapp 20 Prozent, sinkt aber bis 2030 auf unter zehn Prozent – während der Anteil der erneuerbaren Energiequellen sowie von Gaskraftwerken steigen soll.

PFÄLZISCHER MERKUR 12. AUGUST 2014

Nach Berechnungen der Stiftung Warentest hatten im Jahr 2011 nur etwa zwei Prozent aller Studenten ein Stipendium. Einige Organisationen haben sich des Problems angenommen und achten nicht nur auf die Noten. Die Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn erklärt zum Beispiel, ihr Ziel sei es, »begabten jungen Menschen unabhängig von den materiellen Möglichkeiten der Eltern durch Stipendien den Zugang zum Hochschulstudium zu ermöglichen«.

DIE TAGESZEITUNG 13. AUGUST 2014

Der Ethnologe und Genderforscher hat im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung gerade die Studie »Maskulinismus. Antifeminismus zwischen vermeintlicher Salonfähigkeit und unverhohlenem Frauenhass« erstellt. Dazu hat er sich in den einschlägigen Internetforen umgeschaut. Das Ergebnis: Diejenigen, die sich darin äußern, sind keineswegs ungefährlich.

DRESDNER MORGENPOST 22. AUGUST 2014

Inzwischen sind die Gotteskrieger zudem als »eine Art Raubritter unterwegs« und bereichern sich an Banken, betreiben organisierte Kriminalität durch Entführungen und Erpressungen, sagt Anja Wehler-Schöck, Leiterin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Jordanien. In den von ihr besetzten Gebieten erhebt die IS-Miliz Steuern, presst sie unter Androhung des Todes aus der Bevölkerung heraus.

<u>WAZ.DE</u> 29. AUGUST 2014

Zwölf Jahre nach den Hartz-Reformen zieht der Duisburger Forscher Dr. Matthias Knuth vom Institut Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Uni Duisburg-Essen in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung Bilanz. Das Ergebnis: Trotz des »deutschen Beschäftigungswunders« seien auf dem Arbeitsmarkt keineswegs rosige Zeiten angebrochen, vielmehr sei Erstarrung eingetreten. Knuth: »Es erscheint nötig, eine Diskussion über einen zukunftsfähigen Arbeitsmarkt jetzt zu beginnen und nicht erst auf dem Tiefpunkt des nächsten Abschwungs.«

DEUTSCHLANDFUNK 7.SEPTEMBER 2014

Rund drei Millionen Menschen in Deutschland sind ohne Arbeit. Geld bekommen sie vom Jobcenter - sofern sie sich an dessen Forderungen halten. Bei Nichtbefolgen drohen sofort finanzielle Sanktionen.(...) 2009 gab es bundesweit noch 735.000 Sanktionen, 2012 waren es schon über eine Million, wie das Forschungsinstitut Prognos im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung herausgefunden hat. Dabei lägen die Geldstrafen im Schnitt bei etwa 100 Euro pro Sanktion. Interessant sei dabei unter anderem, so Andreas Heimer, Bereichsleitung für Strategie und Programmentwicklung bei Prognos, dass dies keineswegs mit einem Anstieg der Arbeitslosenzahlen einherging: »Was wir überraschend fanden, ist, dass wir auf der einen Seite einen zunehmend entspannten Arbeitsmarkt haben, auf der anderen Seite haben wir einen Anstieg der Sanktionen.«

HANDELSBLATT 10. SEPTEMBER 2014

Seit China im Mai eine Ölplattform in ein Gebiet im südchinesischen Meer verlegte, das auch Vietnam für sich beansprucht, liegt das 90 Millionen Einwohner große Land im Clinch mit dem großen Nachbarn. (...) Man versuche, die wirtschaftliche Abhängigkeit von China so schnell wie möglich zu reduzieren, sagt Erwin Schweisshelm von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in Hanoi. Auch in der vietnamesischen Regierung wird diese Ansicht unverhohlen geäußert.

RHEIN-ZEITUNG BF 11. SEPTEMBER 2014

Binnen weniger Wochen haben die Nationalsozialisten das demokratische Deutschland nach ihrer Machtergreifung am 30. Januar 1933 in eine Terrordiktatur verwandelt. Im Rathaus ist nun die Ausstellung »Nein zu Hitler!« der Friedrich-Ebert-Stiftung zu sehen, die auf 40 Schautafeln eindrucksvoll die Geschichte der SPD und der Gewerkschaften in den Jahren des Nationalsozialismus (1933–1945) nachzeichnet.

WIRTSCHAFTSWOCHE 24. SEPTEMBER 2014

Dönerbude, Gemüseladen und der Italiener um die Ecke – viele Vorurteile prägen das Bild über den Unternehmergeist von Migranten. Eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) zeigt jetzt: Unternehmen ausländischer Gründer sind nicht mehr nur aus der Not geboren, der volkswirtschaftliche Nutzen von Migrantenunternehmen steigt. Rund eine dreiviertel Million Selbstständige mit ausländischen Wurzeln schaffen zahlreiche Arbeitsplätze in Deutschland – rund 2,2 Millionen, so die Schätzung der Studie.

DER FREITAG 25. SEPTEMBER 2014

Der Soziologe Andreas Kemper hat im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung die geschlechterpolitischen Positionen der AfD bereits anlässlich der Europawahlen untersucht. (...) Die Kritik am »Genderismus« könnte, sagt Kemper, zu einem Markenzeichen der Partei avancieren.

ZEIT CAMPUS NR. 05/2014

»Die Stiftungen möchten keine passiven Zahlungsempfänger finden, sondern Stipendiaten, die sich mit der jeweiligen Stiftung identifizieren, sich engagieren und an den Bildungsprogrammen teilnehmen. Wenn sich jemand bei mehreren der großen Stiftungen gleichzeitig bewirbt, wirkt das unglaubwürdig. Sicherlich ist es nicht abwegig, sich gleichzeitig bei einer kirchlichen Stiftung und einer parteinahen Stiftung zu bewerben, aber grundsätzlich ist wohl jede Stiftung gerne die erste Wahl.« Christopher Kopper, Auswahlkommissionsmitglied der Friedrich-Ebert-Stiftung

<u>E+Z</u> 1. OKTOBER 2014

Lange wurden die Genossenschaften als »dritter Weg« zwischen Staats- und Privatwirtschaft gesehen, berichtet Manfred Öhm von der Afrikaabteilung der SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung (FES). Allerdings ist die Geschichte der Genossenschaften nicht makellos. Die sozialen und wirtschaftlichen Erfolge von Genossenschaften motivierten Regierungen - zum Beispiel in Afrika -, Genossenschaften zu vereinnahmen. Von den 1960ern bis in die 1980er wurden sie oft zu »Instrumenten des Staats und nicht der Mitglieder«, urteilte Öhm kürzlich in Berlin auf einer FES-Tagung, die sich mit afrikanischen Genossenschaften beschäftigte.

BLICKPUNKT: FILM 13. OKTOBER 2014

»Das Engagement der Friedrich-Ebert-Stiftung, die einen mit 5000 Euro dotierten Preis für einen gesellschaftlich ambitionierten Film vergibt und mehrere Gesprächsrunden nach den Kinovorführungen ausrichtet, sei sicherlich ein Grund, dass Filmfest Hamburg besonders politisch interessierte Zuschauer anspreche«, glaubt Wiederspiel. Diesmal ging ihr Preis an den Film »Children 404« von Askold Kurov, der sich mit dem schwierigen Coming-out junger Homosexueller in Russland beschäftigt, die Repressionen und sogar der Strafverfolgung ausgesetzt sind.

DEUTSCHLANDFUNK 15. OKTOBER 2014

Tatsächlich gelingt Kasachstan ganz offensichtlich bislang der Balanceakt, akzeptierter, sogar notwendiger Partner Russlands zu sein, aber seine eigenen Interessen zu wahren. Ein Szenario wie in der Ukraine, in der ein Referendum der russischen Bevölkerung das Einschreiten Russlands auslöste, scheint derzeit unwahrscheinlich, so Peer Teschendorf von der Friedrich-Ebert-Stiftung: »Also ich sehe nicht, dass es irgendwelche separatistischen Tendenzen gibt.«

FRANKFURTER ALLGEMEINE 21. OKTOBER 2014

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat 15 Autoren aus zehn Ländern, die sich alle der politischen Linken zurechnen, um die Skizzierung ihrer Visionen von einem »anderen Europa« gebeten, »eines Europas nämlich, welches den Interessen und Bedürfnissen der Menschen dieses Kontinents gerecht wird und die politischen und sozialen Errungenschaften der europäischen Nationalstaaten nicht beschädigt, sondern stärkt und erweitert«.

DEUTSCHE WELLE 24. OKTOBER 2014

Eine Besonderheit zeichnet Sambia aus: In einer Gegend voller Konflikte war es politisch stabil - und ließ gleichzeitig friedlichen Wandel zu. Nachdem Sambias erster Präsident das Land 27 Jahre mit einem Einparteiensystem führte, sei 1991 der Umbau zu einem Mehrparteiensystem gelungen, sagt Helmut Elischer vom Landesbüro der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) in der Hauptstadt Lusaka. »Zehn Jahre später, als der damalige Präsident Chiluba die Verfassung ändern wollte, um ein drittes Mal kandidieren zu können, gelang es einer zivilgesellschaftlichen Koalition, dies zu verhindern.«

NORDDEUTSCHE NEUESTE NACHRICHTEN 15. NOVEMBER 2014

Studien zeigen jedoch, dass sich Schüler durchaus in der Gesellschaft engagieren und sich an politischen Aktivitäten beteiligen. Was ihnen fehle, sei das Vertrauen in politische Institutionen und Parteien. Damit sich das ändert, hat die Friedrich-Ebert-Stiftung das Planspiel entworfen. Mitmachen können Jugendliche ab 14 Jahren, die Lust haben, einmal in die Rolle eines Kommunalpolitikers zu schlüpfen.

<u>DIE TAGESZEITUNG</u> 21. NOVEMBER 2014

Als Fazit der Studie – der fünfte Band der alle zwei Jahre erscheinenden sogenannten Mitte-Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung – ließe sich zugespitzt formulieren: Weniger Menschen halten Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit und Sozialdarwinismus für richtig. Aber diejenigen, die solche Haltungen bejahen, tun das in überaus starker Form.

BADISCHE ZEITUNG 24. NOVEMBER 2014

Rekrutiert werden die Gotteskrieger vor allem aus Männern, die im Namen des Islams in Afghanistan und dem Irak gegen die westlichen Truppen gekämpft haben. Experten schätzen, dass tausende von Jemeniten in den beiden Ländern von Taliban und Aufständischen eingesetzt wurden. Nun sind viele wieder in den Jemen zurückgekehrt - und können kaum wieder in die Gesellschaft integriert werden. Verschärft wird die Situation durch den Drohnenkrieg der Amerikaner, dem bereits einige hundert Islamisten zum Opfer gefallen sind. »Die Drohnenangriffe sind total kontraproduktiv«, sagt Ariela Gross, die Direktorin der Friedrich-Ebert-Stiftung in Sanaa. Antiwestliche Ressentiments hätten seither stark zugenommen - auch bei gemäßigten Muslimen.

DER NEUE TAG 24. NOVEMBER 2014

»In den Köpfen muss sich etwas ändern.« Das betonte Verena Bentele, Behindertenbeauftragte der Bundesregierung im Salzstadel immer wieder. Ihr Ziel: Dass die Einbeziehung behinderter Menschen im Alltag selbstverständlich wird. (...) Die SPD-nahe Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) hatte Bentele als Referentin zum 45. »Regensburger Gespräch« eingeladen.

FOCUS 24. NOVEMBER 2014

In Deutschland geht der Rechtsextremismus stark zurück, ermittelte eine Studie im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung. Richtig glücklich hat die Forscher diese Erkenntnis aber wohl nicht gemacht. Antisemitismus sei »in Form des sekundären und des israel-bezogenen Antisemitismus ... stark verbreitet«, schreiben sie. Und weiter: »Rechtsextreme und menschenfeindliche Orientierungen gehen mit Zweifeln an Demokratie und negativen Haltungen gegenüber der EU einher.«

DIE TAGESZEITUNG 27. NOVEMBER 2014

In der algerischen Hauptstadt Algier verhandelt Malis Regierung mit einigen der bewaffneten Gruppen aus dem Norden des Landes über eine Friedenslösung. Über den Verlauf der Gespräche wurde bislang wenig bekannt, außer dass die malische Regierung und ihre Gegner sich unversöhnlich gegenüber stehen. (...) Jan Fahlbusch von der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bamako hält die Gespräche in Algier trotzdem für einen »Silberstreif am Horizont«. »Aber langfristig wird es nur auf der Basis von entwicklungspolitischen Zusagen für den Norden Malis Stabilität geben«, mahnt er.

NORDDEUTSCHE NEUESTE NACHRICHTEN 4. DEZEMBER 2014

Was bedeutet eigentlich Kommunalpolitik? Welche Aufgaben stecken dahinter? Und welche Funktionen hat überhaupt die Bürgerschaft? Im Rahmen des von der Friedrich-Ebert-Stiftung geleiteten Planspiels »Kommunalpolitik – Ohne Jugend ist kein Staat zu machen« hat sich die neunte Klasse der Ecolea-Schule Warnemünde all diese Fragen gestellt und ist dabei selbst zur politischen Instanz geworden.

ECHO 5. DEZEMBER 2014

Auszeichnung – Bilingualer-Bio-Kurs nimmt erfolgreich an »Going Green Projekt« teil.

Die Friedrich-Ebert-Stiftung lud die Gruppe jetzt mit ihrem Wettbewerbsbeitrag »Super-Stainable – the board game to go green« nach Berlin zur Preisverleihung ein. Die Auslobung des Projekts war eine länderübergreifende Kooperation der US-Botschaft in Berlin, den US-Konsulaten in Deutschland, der Leuphana Universität in Lüneburg und des »Life Exploratoriums«.

POTSDAMER NEUESTE NACHRICHTEN 5. DEZEMBER 2014

Das Thema Kultur und ihre öffentliche Förderung brennt vielen unter den Nägeln. Ansonsten wären wohl kaum so viele Abgesandte aus Kunstschulen, Theatern und soziokulturellen Projekten aus allen Teilen Brandenburgs am Mittwochabend auf Einladung der Friedrich-Ebert-Stiftung ins Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte geströmt, um zum Thema »Wie geht's weiter mit der Kultur in Brandenburg?« mit Vertretern vom Bund und vom Land Brandenburg ins Gespräch zu kommen.

TAGESSPIEGEL 9. DEZEMBER 2015

Fartuun Adan hat den Menschenrechtspreis der Friedrich-Ebert-Stiftung bekommen, weil sie sich in der somalischen Hauptstadt Mogadischu unerschrocken um misshandelte Frauen kümmert. (...)

Sie wünscht sich, dass das Militär nicht nur »Gebiete befreit«, sondern sich darum kümmern möge, dass es auch dann noch Sicherheit gibt, wenn sie wieder abgezogen ist. Dafür brauche es einen politischen Prozess mit den politischen Anführern, aber auch der aktiven Zivilgesellschaft.

POTSDAMER NEUESTE NACHRICHTEN 18. DEZEMBER 2014

Der 16. Dezember 2014 könnte einen Wendepunkt in Pakistans langem und halbherzigem Kampf gegen den Terror bedeuten, sozusagen das 9/11 Pakistans. Am Tag nach einem der größten Terroranschläge in der Geschichte des Landes stellt sich die Frage, ob diese Tat als Zeichen von Schwäche oder Stärke der Taliban gedeutet werden kann. Genau in dieser Frage sind sich Beobachter uneins. Die neue Offensive »gegen die pakistanische Gesellschaft« interpretiert Philipp Kauppert, Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Islamabad, durchaus als perfiden Akt von geschwächten Terroristen.

TAGESSPIEGEL 20. DEZEMBER 2014

Insgesamt macht der Handel mit den USA gerade mal 5,5 Prozent des Außenhandelsvolumens der EU-Staaten aus. Mit Transportkosten oder gesetzlichen Barrieren ist das nicht zu erklären. Die wichtigste Ursache ist vielmehr der extrem schwankende Wechselkurs zwischen Dollar und Euro, wie der Ökonom Jan Priewe von der Berliner Hochschule für Wirtschaft und Recht in einer Studie für die Friedrich-Ebert-Stiftung feststellt.

FERNSEHEN 28. DEZEMBER 2014

Nato beendet Kampfeinsatz in Afghanistan (...) Ein Ende des Krieges gegen die Taliban ist aber nicht in Sicht.(...) Auch wenn im Westen vielen die Mission als gescheitert bezeichnen, dieses Bild sei verfehlt, meint Adrienne Woltersdorf von SPD-nahen Friedrich-Ebert-Stiftung in Kabul. Seit drei Jahren arbeitet sie in Afghanistan und sie spricht von großen Fortschritten.

Dies vor allem im zivilen Bereich, militärisch betrachtet hingegen fällt die Bilanz weniger gut aus. Hier ortet Woltersdorf noch einige Herausforderungen für das Land. Die Lage sei noch längst nicht stabil.

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

- **54** Politische Akademie
- 54 Politischer Dialog
- 56 Wirtschafts- und Sozialpolitik
- 57 Zentrale Aufgaben / Managerkreis

INTERNATIONALE ARBEIT

- 58 Internationaler Dialog
- 59 Internationale Entwicklungszusammenarbeit
- **60** Die Auslandsbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

- **62** Studienförderung
- **63** Archiv der Sozialen Demokratie
- **64** Bibliothek der Friedrich-Ebert-Stiftung

ARBEITSBEREICHE

PREISE DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

- 65 »Das politische Buch«
- 65 Hans-Matthöfer-Preis
- 65 Menschenrechtspreis
- **65** »Der politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung«

UNSELBSTÄNDIGE STIFTUNGEN UND SONDERVERMÖGEN

- 66 Erich-Brost-Sondervermögen
- **66** Franziska- und-Otto-Bennemann-Stiftung
- 66 Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Politische Bildung und Beratung in der FES

Politische Bildung ist eines der entscheidenden Instrumente in der Demokratie, um auch unter schwieriger werdenden Bedingungen die Identifikation des Einzelnen mit seinem Gemeinwesen sowie die demokratische Mitgestaltung der Bürgerinnen und Bürger zu ermöglichen.

Ziel der politischen Bildungsarbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung ist es, zur persönlichen Urteils- und Handlungskompetenz der Bürgerinnen und Bürger beizutragen, den Dialog zwischen Politik und Öffentlichkeit zu fördern, zum Engagement im politischen, gewerkschaftlichen und bürgerschaftlichen Ehrenamt zu motivieren und zu befähigen sowie einen Beitrag zur Politikberatung zu leisten.

Das Selbstverständnis und die Konzeption der Arbeit der FES orientieren sich dabei am Leitbild der Sozialen Demokratie

Methodisch ruht die Bildungsarbeit auf den vier Säulen »Politikvermittlung«, »Lernprojekte«, »Kompetenztrainings« sowie »Politikberatung«, die jeweils eine breite Palette diverser methodischer Ansätze umfassen und zunehmend durch online-basierte Angebote ergänzt und begleitet werden. Evaluierung und ein professionelles Qualitätsmanagement sichern einen hohen Standard der Arbeitsprozesse und deren Ergebnisse.

Politische Akademie

2014 fanden 1.320 Veranstaltungen mit über 51.170 Teilnehmer_innen statt. Verschiedene Ausstellungen wurden von 35.430 Besucher_innen besichtigt. Die Abteilung Politische Akademie (PA) bildet einen Verbund von zentralen Bildungsprojekten in

Bonn – mit bundesweiter Ausrichtung –, sowie Landes- und Regionalbüros. Sie ist für die Arbeit in den süd-westlichen Ländern zuständig: Nordrhein-Westfalen, Hessen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Baden-Württemberg und Bayern. Daneben fördert die PA die politische Seminararbeit der Gesellschaft für Politische Bildung e.V., Akademie Frankenwarte in Würzburg sowie der Georg-von-Vollmar-Akademie e.V., München/Kochel.

Die Kurt-Schumacher-Akademie in Bad Münstereifel hat auf Beschluss des FES-Vorstandes ihren Betrieb zum 31. Dezember 2014 eingestellt.

Die Bildungsangebote der PA beziehen sich auf die großen politischen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Wandlungsprozesse sowie die Gefährdungen der Demokratie, mit denen sich die Gesellschaft und die Politik für Soziale Demokratie konfrontiert sieht.

Zu den thematischen Schwerpunkten zählen: Grundwerte, Programmatik und Geschichte der Sozialen Demokratie, Medien und Netzpolitik, Politisches Engagement in Parteien, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft, Jugend und Politik sowie Kommunalpolitik.

Das Bildungsprogramm beinhaltet neben den Veranstaltungen, klassischen Printpublikationen und Ausstellungen auch Hörbücher als CD-ROMs, MP3-Dateien, YouTube-Videos sowie online-gestützte Lern- und Kommunikationsplattformen; auch projektspezifische Newsletter werden veröffentlicht.

Politischer Dialog

Politische Bildungsarbeit in zehn Bundesländern Nord- und Ostdeutschlands sowie in Berlin zu ausgewählten Themen mit bundespolitischer Bedeutung wird von der Abteilung Politischer Dialog umgesetzt.



Soziale Demokratie
Cäcilie Schildberg u. a.





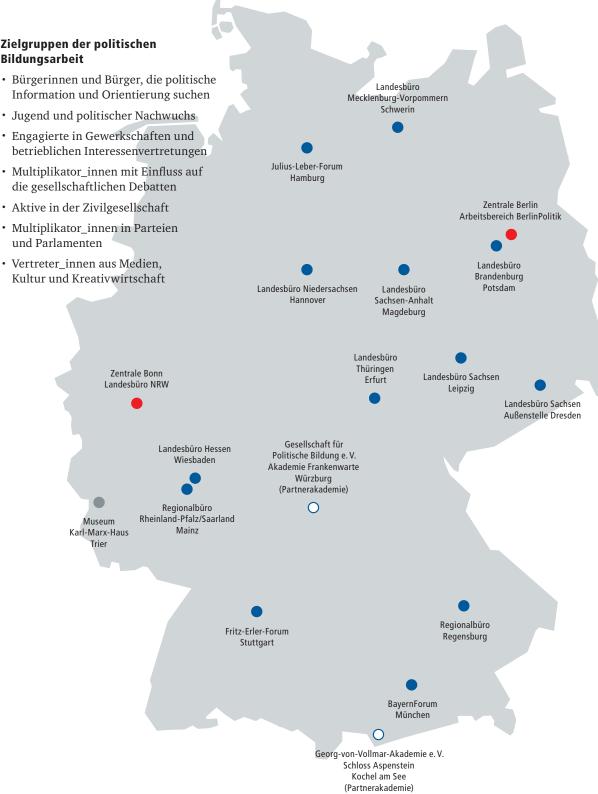
Fragile Mitte – Feindselige Zustände Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2014

Andreas Zick

DIE FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG IN DEUTSCHLAND

Zielgruppen der politischen **Bildungsarbeit**

- Engagierte in Gewerkschaften und
- Multiplikator_innen mit Einfluss auf
- und Parlamenten



Beiträge zur Überwindung zunehmender Politik- und Demokratieverdrossenheit, Förderung politischer Partizipation insbesondere junger Menschen, Qualifizierungsangebote für Ehrenamtliche, Organisation von regionaler Politikberatung, Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus sowie dezentrale Bereitstellung von politischen Bildungsangeboten auch im ländlichen Raum sind dabei von besonderer Bedeutung.

In Berlin konzentriert sich das Forum Politik und Gesellschaft auf die Politikfelder Familien-, Gleichstellungs-, Kinder- sowie Jugend- und Antidiskriminierungspolitik, Förderung des bürgerschaftlichen Engagements sowie Grundsatzfragen der Demokratieentwicklung. Darüber hinaus verantwortet es die Genderkoordinierung der FES.

Die dem Arbeitsbereich zugeordnete Zeitschrift "Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte" befasst sich mit grundlegenden Fragen der Demokratieentwicklung und mit aktuellen Themen der Sozialen Demokratie.

Das Forum Berlin fokussiert neben dem Zentralprojekt Rechtsextremismus die Arbeitslinien Teilhabe und Integration, Rechtspolitik und Innere Sicherheit, Kulturpolitik, Deutsche Einheit, die Landespolitik Berlin sowie Aufgaben der empirischen Sozialforschung.

Mit rund 1.100 Veranstaltungen wurden knapp 58.000 Interessierte und engagierte Bürgerinnen und Bürger erreicht; weitere 21.000 Gäste besuchten 102 Ausstellungen. Darüber hinaus erschienen in 2014 69 Publikationen.

Wirtschafts und Sozialpolitik

Die Abteilung Wirtschafts- und Sozialpolitik (WISO) berät und informiert Politik und Gesellschaft in Deutschland zu wichtigen Fragen der wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Entwicklung und ihrer politischen Gestaltung. Zu diesem Zweck organisiert sie Veranstaltungen, in denen Vertreter_innen von Politik und Gesellschaft mit Fachleuten aktuelle Probleme und Grundsatzfragen diskutieren. In zwei Publikationsreihen, »WISO Diskurs« und »WISO direkt«, veröffentlicht die Abteilung umfangreiche Expertisen und kurze Analysen, die auf den Veranstaltungen vorgestellt werden. Die handlungsorientierten Diskursergebnisse werden einem Fachpublikum in Wirtschaft und Gesellschaft zugänglich gemacht. 2014 erschienen über 40 Titel, die auch über den elektronischen Newsletter »WISO digital« verteilt wurden.

Im Jahr 2014 hat die Abteilung einen umfassenden Reformprozess eingeleitet. Neu eingerichtete Schwerpunkt- und Querschnittsthemen ermöglichen eine inhaltliche und zeitliche Verzahnung mit dem legislativen Prozess. Die Aktivitäten werden in flexiblen, nach spezifischen Themen zusammengestellten Arbeitsgruppen oder fest etablierten Arbeits- und Gesprächskreisen (AK und GK) organisiert: AK Arbeit – Betrieb – Politik; AK Dienstleistungen; AK Innovative Verkehrspolitik; AK Stadtentwicklung, Bau und Wohnen; AK Mittelstand; AK Nachhaltige Strukturpolitik; GK Verbraucherpolitik; GK Arbeit und Qualifizierung; GK Migration und Integration; GK Sozialpolitik und Kocheler Kreis für Wirtschaftspolitik.



Wer bestellt, bezahlt! Für eine Reform des Finanzausgleichs zur Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse in Deutschland





Rosige Zeiten am Arbeitsmarkt? Strukturreformen und »Beschäftigungswunder«



Darüber hinaus koordiniert WISO zwei stiftungsweite Projekte: »TTIP (das Transatlantische Handelsabkommen)« und »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus«. Ziel des TTIP-Projektes ist es, die Diskussion über Chancen und Risiken des Handelsabkommens zu versachlichen und seine vielschichtigen Aspekte hinsichtlich der Wachstums- und Beschäftigungseffekte, der Auswirkungen auf Umweltstandards, den Verbraucherschutz, Arbeitnehmer_innenrechte unter anderem umfassend zu beleuchten. Mit dem Projekt »Gute Gesellschaft – Soziale Demokratie 2017plus« will die FES zur programmatischen Weiterentwicklung der Sozialen Demokratie beitragen und dabei auch die internationale Arbeit gezielt einbinden.

In 2014 hat die Abteilung den Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft.Weiter.Denken« konzipiert. Den Preis hat die unselbstständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der FES ausgeschrieben; er wurde erstmalig im Februar 2015 in Berlin verliehen.

Zentrale Aufgaben/Managerkreis

Der Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung ist seit 1991 ein Forum für den Meinungsaustausch zwischen Entscheidungsträger_innen aus Wirtschaft und Politik und hat derzeit etwa 1.200 Mitglieder. Um die gesellschaftliche Debatte anzuregen, organisiert der Managerkreis öffentliche Podiumsdiskussionen und Fachgespräche und erarbeitet Positionspapiere und Dokumentationen. Hintergrundgespräche für Mitglieder vervollständigen das Angebot und dienen der fachlichen Vernetzung von Entscheidungsträger_innen.

Mit den seit 1998 bestehenden Regionalkreisen wird der Austausch unter den Mitgliedern auf Landesebene gefördert. Die Positionen des Managerkreises werden im regionalen Kontext behandelt und die Bürgerinnen und Bürger vor Ort in die Diskussion einbezogen. Mit seinen permanenten Arbeitsgruppen Wirtschafts- und Ordnungspolitik, Finanzpolitik, Energie- und Klimapolitik, Mobilitätspolitik, Gesundheitspolitik und Soziale Sicherung sowie Digitale Wirtschaft und Gesellschaft liefert der Managerkreis Beiträge und Lösungsvorschläge, wie die Zukunfts- und Innovationsfähigkeit des

Wirtschaftsstandortes Deutschland gestärkt werden kann.

Im Jahr 2014 fanden 84 Veranstaltungen statt, davon 23 öffentliche sowie 21 Hintergrund- und 15 Fachgespräche. Darüber hinaus kamen die Gremien und permanenten Arbeitsgruppen in 25 weiteren Sitzungen zusammen. Eine Analyse und fünf Impulspapiere wurden veröffentlicht und an Entscheidungsträger_innen im politischen Umfeld übermittelt.



Brauchen Investitionen im TTIP Schutz?
Überlegungen zum Investitionsschutz im transatlantischen Freihandelsabkommen

an Ole Vol





Industrie 4.0
Vermessen und
funktional – aber
nicht revolutionä

Dagmar Bornemanr



Die Internationale Arbeit der FES

Die Internationale Arbeit der Friedrich-Ebert-Stiftung stand 2014 im Zeichen massiver Krisen, insbesondere im Nahen Osten und in der Ukraine. Diese Entwicklungen haben die öffentliche Aufmerksamkeit erneut auf die Außen- und Sicherheitspolitik gelenkt und eine Debatte darüber angestoßen, welche Beiträge deutscher staatlicher und zivilgesellschaftlicher Akteur_innen angesichts der neuen Herausforderungen geboten erscheinen.

Die Krise der Eurozone und der EU ist im öffentlichen Bewusstsein stark präsent. Gerade die Europawahlen haben Debatten über die Notwendigkeit institutioneller Reformen und einer Vertiefung der sozialen Dimension der EU befördert.

In der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften ist die Bearbeitung der Decent Work Agenda weiter ein Schwerpunkt: Die Sicherung von fairen Arbeitsbedingungen, aktiver Chancenvermittlung durch Bildung und insgesamt einer »Guten Gesellschaft«, die in der deutschen Sozialdemokratie formuliert wird, findet zunehmendes Interesse in den Gastländern. Die Bekämpfung des Klimawandels ist eine der dringlichsten globalen Herausforderungen, die auch in der internationalen Arbeit der FES einen immer breiteren Raum einnimmt. Fragen zum nachhaltigen Wirtschaften, zur alternativen Energiepolitik und einer neuen Entwicklungsagenda stehen hier im Fokus.

Die »Tiergartenkonferenz« ist inzwischen gut etabliert als die zentrale Fachtagung für sozialdemokratische Außen- und Sicherheitspolitiker_innen. Die internationale »Gerechtigkeitswoche« in Berlin wird als attraktives und öffentlichkeitswirksames Forum geschätzt, in dem aktuelle Fragen globaler Gerechtigkeit diskutiert werden.

Mit dem »ipg-journal« wurde eine innovative Debattenplattform für Fragen internationaler und europäischer Politik aus sozialdemokratischer Perspektive geschaffen. Es hat eine sehr gute Reichweite und bindet vor allem jüngeres Fachpublikum.

Internationaler Dialog

Die Abteilung Internationaler Dialog organisiert den Erfahrungsaustausch mit Partnerorganisationen der Sozialen Demokratie in den Ländern der »nördlichen« Hemisphäre. Sie ist dort mit 42 Büros vertreten.

Im Raum Mittel- und Osteuropa zielt die Arbeit auf die Konsolidierung der Demokratie, die Unterstützung der Transformation und die Annäherung an die politischen, wirtschaftlichen und sozialen Standards der Europäischen Union.

In den Industrieländern Westeuropas und Nordamerikas steht der Dialog um grundsätzliche Politikkonzepte auf der Agenda, aber auch der Vergleich unterschiedlicher politischer Antworten auf gemeinsame und aktuelle Herausforderungen. Das Jahr 2014 war besonders durch die krisenhaften Entwicklungen im Nahen Osten und in der Ukraine gekennzeichnet: Die deutsche Politik sieht sich mit einer Zeitenwende konfrontiert, die eine Neujustierung ihres außen- und sicherheitspolitischen Instrumentariums erfordert. Auch die Europapolitik durchlebt eine stürmische Periode.



Uber den Tag
hinaus denken
Optionen für den
Umgang mit einem
zunehmend
unberechenbaren
Nachbarn





TTIP, Freihandel und wirtschaftliche Entwicklung

Heiner Flassher



Das Referat Internationale Politikanalyse leistet Politikberatung zu internationalen Fragen und arbeitet als Verbindungselement zwischen der Auslandsarbeit und den politischen, gewerkschaftlichen und wissenschaftlichen Partnern in Deutschland. Längerfristige Arbeitsschwerpunkte werden mit Blick auf die Bedeutung für die deutsche Politikformulierung identifiziert, aktuelle Themen unter dem Kriterium der politischen Relevanz aufgegriffen.

Internationale Entwicklungszusammenarbeit

Angesichts neuer globaler Herausforderungen und der zunehmenden Verschränkung außen- und innenpolitischer Problemlagen sind der Gestaltungsanspruch, aber auch die AnforderunDie Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) war im Jahr 2014 in 62 Ländern mit Büros in Afrika, Lateinamerika, Asien, dem Nahen und Mittleren Osten sowie an den UN-Standorten in New York und Genf vertreten.

gen an die deutsche und internationale Politik gestiegen. Entlang der drei strategischen Bereiche der Abteilung Internationale Entwicklungszusammenarbeit (IEZ) – soziale Gerechtigkeit organisieren, die Wirtschaft von morgen gestalten und Frieden und Sicherheit stärken – und der übergreifenden Themen Globalisierung und Demokratieförderung engagiert sich die FES, das Leitbild der Sozialen Demokratie in der internationalen Politik weiterzuentwickeln.

Die IEZ war im Jahr 2014 in 62 Ländern mit Büros in Afrika, Lateinamerika, Asien, dem Nahen und Mittleren Osten sowie an den UN-Standorten in New York und Genf vertreten. In weiteren 12 Ländern werden Programme durchgeführt. Neben den landesspezifischen Projektansätzen widmet sich die FES in zahlreichen Regionen übergreifenden Projekten und umfassenderen Fragestellungen. Dazu gehö-

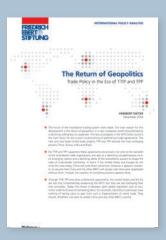
ren temporäre Projekte wie Thementeams, die AG Globale Fragen zur Förderung des Dialogs zwischen Schwellen- und Industrieländern, sehr gut etablierte Programme wie das Globalisierungsprojekt und das internationale Gewerkschaftsprojekt sowie das seit 2011 laufende Schwerpunktprogramm »Klimapolitik sozial gerecht gestalten«.

Diese Programme werden in enger Abstimmung zwischen den Einheiten der IEZ in Berlin und den Auslandsbüros konzipiert und umgesetzt. Das vernetzte Arbeiten zeigte sich etwa in Veranstaltungs- und Publikationsprojekten wie den

Aktivitäten zu einer umfassenden sozialen Basissicherung, zur Zukunft Afghanistans sowie zur Debatte um eine neue Entwicklungsagenda. Eine besonders wichtige Rolle in der Arbeit nimmt die Kooperation mit den Organisationen der nationalen und internationalen Gewerkschaftsbewegungen ein. 2014 konzent-

rierte sich die Arbeit unter anderem auf die weitere Umsetzung der Decent Work Agenda und den Aufbau gewerkschaftlicher Netzwerke in multinationalen Konzernen.

In Deutschland begleitet die Abteilung mit Dialogangeboten, Publikationen und Beratung intensiv die politischen Prozesse zur internationalen Politik und trägt so dazu bei, dass politische Analyse, politische Diskussion und politisches Handeln stärker ineinandergreifen. Dazu zählen Gesprächskreise und thematische Arbeitsgruppen zu Klima und Entwicklung sowie Krisenprävention, an denen Parlamentarier_innen, Vertreter_innen von Gewerkschaften und NGOs sowie Wissenschaftler_innen teilnehmen. Qualitätsmanagement und Evaluierung nehmen in der Arbeit der IEZ einen hohen Stellenwert ein.



The Return of Geopolitics Trade Policy in the Era of TTIP and TPP

Heribert Diete





Handbuch der Menschenrechtsarbeit Edition 2014 / 2015

Felix Kirchmeier und Michael Krennerich (Hrsg



DER FES

Nordamerika

DIE AUSLANDSBÜROS

- 1 Ottawa
- New York (UN)
- 3 Washington D.C.

Lateinamerika

- 4 Mexiko-Stadt
- 5 Guatemala-Stadt
- San Salvador
- Tegucigalpa (7)
- (8) Managua
- 9 Kingston
- Santo Domingo
- San José
- Panama-Stadt
- 13 Caracas Bogotá
- Quito
- Lima
- La Paz
- São Paulo
- Santiago
- **Buenos Aires**
- Montevideo

Europa

- (22) Lissabon
- 23 Madrid
- 24 London
- 25 Paris
- Brüssel (EU)
- @ Genf (UN)
- 28 Rom
- 29 Prag
- (30) Bratislava
- 31 Zagreb
- Budapest 32
- Belgrad
- (34) Banja Luka
- 35 Sarajevo
- 36 Pristina

- Tirana
- Skopje
- Athen
- Sofia
- Bukarest
- (42) Chişinău
- 43 Kiew
- 44 Warschau
- 46 Riga
- 47 Stockholm
- (48) Tallinn
- 49 Moskau
- (50) Nikosia
- (45) Vilnius

Naher / Mittlerer Osten und Nordafrika

- 51 Istanbul
- (52) Ankara
- 53 Beirut
- 54 Tel Aviv
- 55 Jerusalem (Ost)
- 56 Amman

Afrika

- 62 Dakar
 - Bamako
- Abidjan
- Accra
- Cotonou
- 67 Abuja
- 68) Lagos
- 69 Yaoundé
- 70 Khartum
- 71 Addis Abeba
- 72 Juba

73 Kampala

(57) Gaza-Stadt

Kairo

(58) Sanaa

59 Rabat

60 Tunis

- Nairobi
- Daressalaam
- Lusaka
- Harare
- Windhuk
- Gabarone
- Johannesburg
- Maputo
- 82 Antananarivo

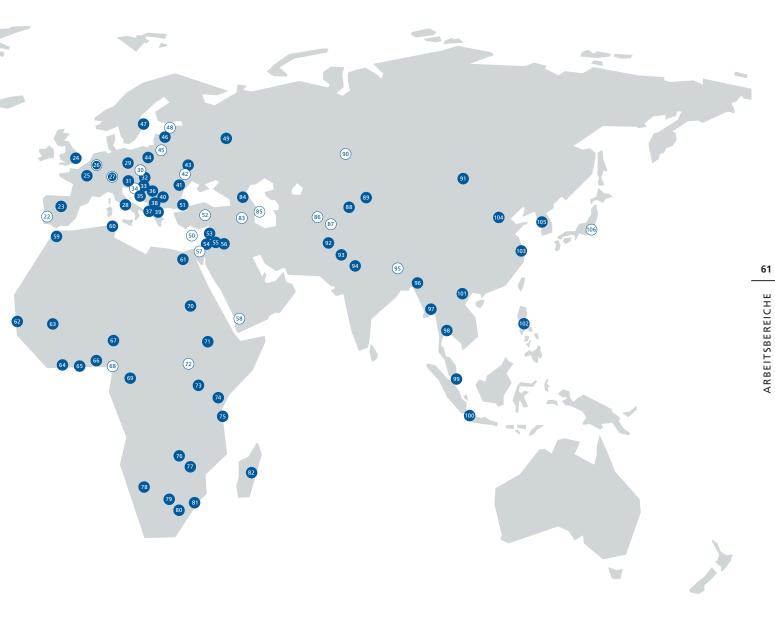
Asien

- (83) Jerevan 84 Tbilissi
- 85 Baku
- (86) Taschkent
- (87) Duschanbe
- 88 Bischkek
- 89 Almaty
- (90) Astana 91 Ulan Bator
- 92 Kabul
- Islamabad 94 Neu Delhi

- (95) Kathmandu Dhaka
- 97 Yangon
- Bangkok 99 Singapur
- Jakarta
- Hanoi
- Manila
- Shanghai Peking
- Seoul
- 106) Tokio







Büros mit FES-Auslandsmitarbeiter_innen

Büros mit FES-Ortskräften

Büros mit überstaatlichem/internationalem Bezug

Stand: Juni 2015

Wissenschaftliche Arbeit

Studienförderung

Chancengerechtigkeit in der Bildung ist ein wesentliches politisches Ziel der Sozialen Demokratie. Die Förderung begabter und gesellschaftlich engagierter junger Menschen gehörte bereits zum Gründungsauftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) und stellt sich zu jeder Zeit als zentrales Aufgabenfeld dar: Wer sind die jungen Menschen, die heute schon zukunftsweisend unsere Gesellschaft mitgestalten?

Im Jahr 2014 gingen 4.362 Online-Bewerbungen ein, und es konnten über 650 Stipendiat_innen neu aufgenommen werden. Insgesamt wurden 2.868 Stipendien vergeben, davon rund 320 für ausländische Studierende. Der Frauenanteil in der Förderung lag 2014 bei 47 Prozent. Die Durchschnittsnote der Absolventinnen und Absolventen in der BMBF-Grundförderung war mit 1,3 sehr gut.

Die FES-Stipendien-Programme richten sich an überdurchschnittlich begabte Studierende und Promovierende aus Deutschland und dem Ausland, die sich den sozialdemokratischen Werten verbunden fühlen. Bei der Auswahl werden gezielt Erstakademiker_innen, die als Erste aus ihrer Familie studieren, sowie Frauen und junge Menschen mit Migrationshintergrund berücksichtigt. Im Bereich der BMBF-Förderung waren rund 50 Prozent der Neuaufgenommenen Erstakademiker_innen. Ergebnisse einer Ehemaligen-Evaluation zeigen, dass Studierende der ersten Generation, das heißt Erstakademiker_innen, den Einfluss der FES-Förderung auf ihren Studienabschluss sowie auf ihre gesellschaftliche und berufliche Stellung noch positiver als Geförderte aus akademischen Haushalten einschätzen.

Solidaritätsfonds

1971 wurde der Solidaritätsfonds auf Anregung deutscher und internationaler Stipendiatinnen und Stipendiaten sowie Ehemaliger gegründet. Seitdem dient er als wichtiges Instrument, in Not und Verfolgung geratene ausländische Studierende rasch und unbürokratisch zu unterstützen.

Spenden für den Fonds unter dem Stichwort: »Solidaritätsfonds der FES« IBAN DE92 3801 0111 1010 6062 08 | BIC ESSEDE5F380

Die 53 Mitarbeiter_innen der Abteilung Studienförderung sehen sich als Förderer und Partner_innen. Den FES-Stipendiat_innen wird ermöglicht, frei und unabhängig zu studieren, ihre soziale Kompetenz zu stärken und sich persönlich weiterzuentwickeln. Beispielsweise können sich FES-Stipendiat_innen einem der 30 thematischen Arbeitskreise anschließen oder sich in die stipendiatische Selbstverwaltung einbringen. Auch nach dem Stipendium möchten wir die mittlerweile 20.000 ehemaligen Stipendiat_innen ermutigen, sich weiterhin gesellschaftspolitisch zu engagieren und sich im Netzwerk der Sozialen Demokratie einzubringen.

In drei Expert_innen-Netzwerken aus Akteuren der Landes- und Bundespolitik, der Wissenschaft, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und der Gewerkschaften unterstützt die Abteilung zudem aktiv die Entwicklung bildungs- und hochschulpolitischer Positionen. Besonders hervorzuheben ist für das Jahr 2014 die Studie »Individuelle Förderung als schulische Herausforderung«. Der Anspruch nach individueller Förderung ist in der Realität der Schulgesetze angekommen, so das Ergebnis.



Lehrerbildung im Spannungsfeld von Schulreformen und Inklusion

Hrsg. Ute Erdsiek-Rave





von Moodle bis MOOC: Digitale Bildungsrevolution durch E-Learning?

Angela Borgward



Archiv der sozialen Demokratie

Die Kernkompetenz des Archivs der sozialen Demokratie (AdsD) ist die Sicherung, Erhaltung, Erschließung und Aufarbeitung des ungedruckten Gedächtnisses von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, einzelner Persönlichkeiten der

Arbeiterbewegung und verschiedener Organisationen aus deren Umfeld. Das AdsD gliedert sich in das Referat Personenbestände und Sammlungen (Schriftgutbereiche und audiovisuelle Bestände), das Referat Organisationsbestände und das Referat Public History (historisch-politische Bildung, Forschung und Beratung).

Neben der wichtigsten Aufgabe, Bestände in konventioneller Form zu sichern, steht das Archiv vor der Herausforderung, vermehrt digitale Bestände zu übernehmen und nichtdigitale Bestände für das Internet in geeigneter Weise aufzubereiten. Online werden neben der Bestandsübersicht und (audio-)visuellem Material in den nächsten Jahren verstärkt Schriftgutbestände im Netz recherchiert werden können. Insbesondere stellt die Langzeitsicherung originär digitaler Überlieferungen einen wesentlichen Teil des Aufgabenspektrums dar. Bei der dauerhaften Archivierung von E-Mail-Korrespondenzen hat das AdsD archivgeschichtliches Neuland betreten und nimmt eine Vorreiterfunktion ein.

Das Referat Public History arbeitet an der Schnittstelle zwischen Wissenschaft, Politik und Geschichte. Es beleuchtet die historische Entwicklung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften, erinnert in zeitgemäßer Form an deren

In der Ausstellung des Karl-Marx-Hauses in Trier wurden auch 2014 mehr als 40.000 Besucherinnen und Besucher gezählt. Leistungen und fragt in öffentlichen Diskussionen, Wanderausstellungen und wissenschaftlichen Konferenzen nach der Bedeutung dieser Bewegungen für

die Gegenwart. Die im Archiv entwickelte Ausstellung zum 150-jährigen Bestehen der Sozialdemokratie stößt national wie international auf reges Interesse. Zudem macht das breite Online-Angebot mit dem Internetportal www.fes.de/geschichte-der-sozialdemokratie reichhaltige Themenmodule, digitalisierte Dokumente, audiovisuelle Quellensammlungen, Zeitzeugeninterviews und didaktisch aufbereitete Unterrichtsmaterialien zugänglich. In der seit 1961 erscheinenden Zeitschrift »Archiv für Sozialgeschichte« werden aktuelle Fragestellungen aus historischer Perspektive erörtert. Die verschiedenen Formate der historisch-politischen Bildung, Forschung und Beratung zeigen die Wurzeln der Sozialen Demokratie auf und tragen dazu bei, sie in heutigen Diskussionszusammenhängen zu stärken.

Das Karl-Marx-Haus ist das einzige Museum in Deutschland zu Leben, Werk und Wirkung des Philosophen, Ökonomen und Gesellschaftskritikers Karl Marx. Es ist ein historisch-politischer Lernort mit internationaler Strahlkraft, an dem sich Interessierte in der besucherorientierten Dauerausstellung und durch vielfältige Bildungs- und Veranstaltungsangebote über Marx informieren und sich kritisch mit seinen Ideen auseinandersetzen können.



Archiv für Sozialgeschichte Dimensionen sozialer Ungleichheit. Neue Perspektiven auf Westund Mitteleuropa im



In der Kriegsgesellschaft Arbeiter und Arbeiterbewegung 1939 bis 1945

Michael Schneide

Bibliothek

Die Bibliothek der FES zählt mit fast einer Million Bände zu den bedeutendsten historisch-sozialwissenschaftlichen Fachbibliotheken weltweit. Sie hat als Depositum zahlreiche wertvolle sozial-

demokratische und gewerkschaftliche Spezialbibliotheken und die Bibliotheken privater Sammler aus dem politischen Umfeld übernommen. Unter anderem verwahrt sie seit den späten 1960er-Jahren die überlieferte Bibliothek des Parteivorstandes der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands sowie die Sammlung der Seliger Gemeinde (Gesinnungsgemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten).

Neben dem Deutschen Gewerkschaftsbund haben die meisten deutschen Einzelgewerkschaften und große internationale Gewerkschaftsbünde ihre Bibliotheksbestände unter das Dach der FES gegeben. Die Bibliothek ist heute die größte Gewerkschaftsbibliothek der Welt. Sammelschwerpunkte der Bibliothek sind die deutsche und internationale Arbeiterbewegung sowie zentrale Veröffentlichungen zur Sozial- und Zeitgeschichte.

Mit finanzieller Unterstützung der Deutschen Forschungsgemeinschaft, welche in den frühen 1970er-Jahren begann, konnten die Veröffentlichungen von Parteien und Gewerkschaften Europas und Nordamerikas als bedeutendes Sammelsegment in der Bibliothek etabliert werden. Insbesondere auf der Grundlage dieses Bestandes ist innerhalb der FES-Bi-

Rund 1.000.000 Bände in der größten Spezialbibliothek zum Themenbereich deutsche und internationale Arbeiterbewegung bliothek eines der weltweit größten Dokumentationszentren für die Parteien und Gewerkschaftsforschung entstanden.

Die Bibliothek stellt ihre Bestände der Öffentlichkeit über den nationalen und inter-

nationalen Leihverkehr konventionell und digital zur Verfügung. Die Bestände der Bibliothek sind in allen bedeutenden nationalen und internationalen Datenbanken und virtuellen Fachbibliotheken integriert.

Umfangreiche Angebote digitalisierter Quellen der sozialen Bewegungen stellen die ideale Verbindung zwischen »gedrucktem Gedächtnis« und digitalem Dienstleistungsangebot sicher. Fachbibliografien, kommentierte Bestandsverzeichnisse, Ausstellungen und Vorträge auf Fachkongressen erreichen eine breite Öffentlichkeit.

Die Bibliothek sammelt und erschließt alle FES-Veröffentlichungen weltweit und garantiert mit ihrer Digitalen Bibliothek den optimalen Zugriff auf alle Arbeitsergebnisse.



Bibliographie zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung Jahrgang 39 (2014)

Herausgegeben von der Bibliothe der Friedrich-Ebert-Stiftung

Preise der Friedrich-Ebert-Stiftung

»Das politische Buch«



Für ihr Buch »Die City. Straßenleben in der geplanten Stadt« wurde der Literaturwissenschaftlerin und Essayistin Hannelore Schlaffer der Preis »Das politische Buch« 2014 der Friedrich-Ebert-Stiftung verliehen.

Die Jury würdigte Schlaffers pointierte Analyse der Wesensmerkmale der modernen Großstadt und des urbanen Lebens. In ihrem reichen Panorama des heutigen Großstadtlebens entschlüsselt Hannelore Schlaffer die moderne City gleichsam als Chiffre einer durch und durch ökonomisierten Welt.

In seiner Festrede im Rahmen der Preisverleihung legte der Berliner Staatssekretär für Bauen und Wohnen, Prof. Dr. Engelbert Lütke-Daldrup, mit zahlreichen Beispielen dar, inwiefern nachhaltige Entwicklung, wirtschaftliche Stabilität, sozialer Zusammenhalt und ökologische Vorsorge die fundamentalen Themen der Stadtpolitik sind.

Der Preis »Das politische Buch« zählt zu den wichtigsten und ältesten Sachbuchpreisen in Deutschland. Er ist mit 10.000 Euro dotiert und wird von einer unabhängigen Jury verliehen.

www.fes.de/daspolitischebuch/

Hans-Matthöfer-Preis »Wirtschaft, Weiter, Denken.« 2014

Prof. Mark Blyth von der US-amerikanischen Brown University wurde im Februar für sein Buch »Wie Europa sich kaputtspart: Die gescheiterte Idee der Austeritätspolitik« mit dem Hans-Matthöfer-Preis für Wirtschaftspublizistik »Wirtschaft. Weiter. Denken.« 2014 ausgezeichnet. Die Laudatoren auf der Festveranstaltung in Berlin waren der Präsident des Europäischen Parlaments Martin Schulz und der Wirtschaftsweise und Jurymitglied Prof. Dr. Peter Bofinger.

www.fes.de/wiso/content/wirtschaftspreis.php

Menschenrechtspreis

Für ihr langjähriges und beharrliches Engagement für Frauenrechte in dem komplexen politischen Kontext einer durch Jahrzehnte des Bürgerkriegs geprägten Gesellschaft verlieh die Friedrich-Ebert-Stiftung ihren Menschenrechtspreis 2014 an Fartuun Adan, Direktorin des Elman Peace and Human Rights Center, Mogadischu/Somalia.

Somalia ist von fragiler Staatlichkeit und einem langjährigen innergesellschaftlichen Konflikt gekennzeichnet. Das Elman Peace and Human Rights Center setzt sich unter schwierigen Bedingungen für die Rechte von Frauen und Kindern ein. Es ist die erste NGO in Somalia, die Überlebenden von geschlechtsspezifischer Gewalt und Frauen in Not rechtliche und psychologische Unterstützung, gesundheitliche Versorgung und Zuflucht bietet.

www.fes.de/themen/menschenrechtspreis/

»Der politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung«

Die Friedrich-Ebert-Stiftung hat am 4. Oktober 2014, auf der Abschlussveranstaltung des Filmfests Hamburg, zum zweiten Mal den Preis »Der politische Film der Friedrich-Ebert-Stiftung« vergeben. Der mit 5.000 Euro dotierte Preis ging an den russischen Dokumentarfilm »Children 404« von Askold Kurov und Pavel Loparev.

Aus der Begründung der Jury:

»Children 404 ist ein emanzipatorischer Film. Er schildert die Kämpfe homosexueller russischer Teenager in einer Gesellschaft, die Homosexualität kriminalisiert und sozial ächtet.

Der Film bezieht sich auf die Website mit dem Namen »Children 404«, auf der junge Menschen anonym ihre Geschichte erzählen können: Teenager, die an ihrem ignoranten und gewalttätigen Umfeld verzweifeln, die über das virtuelle Netzwerk entdecken, dass sie weder allein noch pervers sind, die allen Widrigkeiten trotzen und auf ihren eigenen Lebensentwurf bestehen. (...)

Der Film beschreibt die mediale Kraft der vielen, die sich im virtuellen Raum versammeln, die mit ihren Handys und Webcams Botschaften aufnehmen und so gegen die ihnen aufgezwungene Ordnung rebellieren.«

www.julius-leber-forum.de/veranstaltungen/veranstaltungen/ 141004_preis_politischer_film_2014.html

Unselbständige Stiftungen und Sondervermögen

Erich-Brost-Sondervermögen

Die aus den Mitteln des Erich-Brost-Sondervermögens geförderten Aktivitäten orientierten sich weiter am Geiste der Satzung der Erich-Brost-Stiftung.

Sie folgen den thematischen Schwerpunkten:

- Förderung der Zusammenarbeit Deutschlands mit seinen östlichen Nachbarn
- Unterstützung des europäischen Einigungsprozesses
- Aufarbeitung der Erfahrungen mit den beiden Diktaturen in Deutschland
- · Bürgerschaftliches Engagement
- Inklusion
- · Bildungspolitik

So wurde beispielsweise auch 2014 die im Jahr 2009 begonnene europäische Debatte über die Zukunft der Sozialen Demokratie mit Blick auf Grundwerte, Programmatik, Politik, Strategie und Kommunikation im Rahmen des "Internationalen Monitors der Sozialen Demokratie" fortgesetzt.

Mit dem Ziel, das Interesse von Jugendlichen an Politik und Demokratie zu stärken, wurden 2014 federführend durch das Forum Politik und Gesellschaft auch Materialien für die politische Bildungsarbeit mit Jugendlichen erstellt.

Franziska- und Otto-Bennemann-Stiftung

Otto Bennemann (1903–2003) war vor und nach dem 2. Weltkrieg ein führender Sozialdemokrat und zuletzt Oberbürgermeister von Braunschweig (bis 1959) und 1959–1967 Minister der niedersächsischen Landesregierung. Er war mit der Bundestagsabgeordneten Franziska Bennemann (geb. Stellmacher; 1905–1986) verheiratet.

Die 1990 eingerichtete Franziska- und Otto-Bennemann-Stiftung fördert die Forschung über Idee und Praxis demokratisch sozialer Rechtsordnung in Staat und Gesellschaft, einschließlich ihrer ethisch fundierten Grundwerte. Im Jahr 2014 wurden unter anderem die Fachtagung »Rechtsfreier Raum Jobcenter – Verabredung gemeinsamer Aktivitäten« der Koordinierungsstelle gewerkschaftlicher Arbeitslosengruppen sowie Veranstaltungen und Publikationen des Arbeitskreises »Mittelstand« der FES gefördert.

Das im Jahr 2010 bewilligte Projekt »Ungleichheit im Haushaltskontext« von Prof. Schettkat wurde 2014 erfolgreich abgeschlossen. Die Studie hat den Erkenntnisstand über die Lohn- und Einkommensverteilung in Deutschland deutlich verbessert und vor allem den Haushaltskontext berücksichtigt.

Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung

Hans Matthöfer (1925–2009) war ein führender deutscher Gewerkschafter und Sozialdemokrat. Zwischen 1974 und 1982 war er Minister in mehreren Bundesregierungen, davon vier Jahre Finanzminister unter Helmut Schmidt, der selbst auch dem Beirat der Stiftung angehört.

Die unselbstständige Hans-und-Traute-Matthöfer-Stiftung in der Friedrich-Ebert-Stiftung konzentriert sich neben der Förderung historischer und zeitgenössischer Forschung auf die Herausgabe relevanter Bücher und Texte, die dem Stiftungsziel entsprechen. Es handelt sich vorrangig um die Publikation von Werken, die grundsätzliche Probleme der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, der Technologieentwicklung und ihrer Konsequenzen auf die Humanisierung der Arbeitswelt und die Gesellschaft insgesamt zum Gegenstand haben. Die Bedeutung gesellschaftlicher Akteure, vor allem der Gewerkschaften, die Vermittlung der Aspekte der Globalisierung und Beiträge zur Weiterentwicklung der Theorie der sozialen Demokratie sind weitere thematische Leitlinien für die Auswahl der Projekte der Stiftung.

- 68 Organisationsplan
- 70 Jahresabschluss zum 31.12.2013
- **76** Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen
- **77** Mitglieder des Vorstandes
- **77** Mitglieder des Vereins
- **78** Mitglieder des Kuratoriums
- **78** Mitglieder des Auswahlausschusses
- **79** Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten
- 86 Anschriften
- 88 Impressum

Organisationsplan

STAND: JUNI 2015

Kommunikation und

Grundsatzfragen 1

Pressestelle Berlin

Zentrale Aufgaben¹

Dr. Marc Meinardus

Koordination Gender

Revision / Antikorrup-

Dr. Stefanie Elies

tionsbeauftragte

Birgit K. Schultz

Dr. Georg Wronka,

Vertrauensperson der schwerbehin-

derten Menschen

Janine Mohr

Betriebsrat

BR Bonn: Toni Henseler

BR Berlin:

Gesamtbetriebsrat: Dr. Tobias Mörschel

Monika Schneider

Datenschutz¹

Peter Donaiski

Vesna Rodić

VORSTAND

Vorsitzender MP a.D. Kurt Beck Stellvertretende Vorsitzende MP'in Hannelore Kraft. Michael Sommer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Geschäftsführer Dr. Roland Schmidt

POLITISCHE BILDUNG UND BERATUNG

Politische Akademie

Reinhard Weil

Soziale Demokratie Dr. Christian Krell

ment und Politik Martin Pfafferott

Journalisten-Akademie

Carla Schulte-Reckert

OnlineAkademie Tobias Paul

Forum Jugend und Politik Kerstin Ott

nehmerWeiterbildung Rebecca Dermars

Landes-/ Regionalbüros

Baden-Württemberg Fritz-Erler-Forum (Stuttgart) Dr. Sabine Fandrych

Bayern BavernForum (München) Alina Fuchs

Regensburg **Harald Zintl**

Hessen (Wiesbaden) Nicole Nestler

Nordrhein-Westfalen (Bonn) Petra Wilke

Rheinland-Pfalz/ Saarland (Mainz) Dr. Martin Gräfe

Politischer Dialog

Dr. Manuela Erhart

Forum Politik und Gesellschaft Dr. Stefanie Elies

Familien- und Geschlechterpolitik, Jugendpolitik und Antidiskriminierung, Forum Demokratie

Neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte Prof Dr. Thomas Meyer

Forum Berlin Dr. Irina Mohr

Rechtspolitik, Innere Sicherheit, BerlinPolitik, Staatsmodernisieruna. Gegen Rechtsextremismus, Integration und Teilhabe, Empirische Sozialforschung, Religion und Politik, Kulturpolitik

Landes-/ Regionalbüros

Brandenburg (Potsdam) Eugen Meckel

Bremen, Hamburg Schleswig-Holstein Julius-Leber-Forum (Hamburg) Dr. Peter Hurrelbrink

Mecklenburg-Vorpommern (Schwerin) Frederic Werner

Niedersachsen (Hannover) Urban Überschär

Sachsen (Leipzig) **Matthias Eisel**

(Außenstelle Dresden) Christoph Wielepp

Sachsen-Anhalt (Magdeburg) Dr. Ringo Wagner

Thüringen (Erfurt) Dr. Paul Pasch und Sozialpolitik

Dr. Andrä Gärber

Arbeit und Qualifizierung Ruth Brandherm

Soziales, Gesundheit, Gender, Familie, Jugend, Senioren Severin Schmidt

Alterssicherung Max Ostermaver

Gewerkschaften Matthias Klein

Klima / Energie / Umwelt. Digitalisierung Dr. Philipp Fink

Migration und Integration Günther Schultze

Verbraucher. Unternehmen / Mittelstand Dr. Robert Philipps

Räumliche Entwicklung, Demographischer Wandel René Bormann

Wirtschafts- und Finanzpolitik / Europäische Wirtschaftsund Sozialpolitik Markus Schrever

Managerkreis der Friedrich-Ebert-Stiftung 1 Dr. Marc Meinardus

Akademie für

Akademie Manage-

Medienpolitik

Akademie für Arbeit-

KommunalAkademie

Dr. Markus Trömmer

Gesellschaft für Politische Bildung Akademie Frankenwarte, Würzburg Vors. Walter Kolbow Georg-von-Vollmar-Akademie e. V. 2 Kochel am See/ München Vors. Carmen König-Rothermund

Mitgliederversammlung des Vereins der Friedrich-Ebert-Stiftung

Kuratorium

INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT

Internationale Entwicklungszusammenarbeit Christiane Kesper

Afrika Manfred Öhm

Gewerkschaften: Oliver Dalichau

Asien und Pazifik Jürgen Stetten

Gewerkschaften: Martin Albers

Lateinamerika und Karibik

Dr. Svenja Blanke Gewerkschaften: Katja Meyer

Naher und Mittlerer Osten, Nordafrika Dr. Ralf Hexel Gewerkschaften:

Hannah Steinfeldt Globale Politik und Entwicklung

Jochen Steinhilber

Globalisierung: Katharina Meier

Frieden und Sicherheit:

Marius Müller-Hennig

Klima und Energie:

Nina Netzer

Menschenrechte: Frederike Boll

Koordinierungsaufgaben Gewerkschafts-

koordination international: Mirko Herberg

Evaluierung/ Qualitätsmanagement Thomas Mättig

Internationaler

Dr. Alexander Kallweit

Westeuropa/ Nordamerika Michèle Auga

Dialog

Mittel- und Osteuropa

Dr. Reinhard Krumm

Internationale Politikanalyse Dr. Michael Bröning

Koordinierungsaufgaben Gewerkschaften: Jörg Bergstermann

Studienförderung

Pia Bungarten

Auswahl Marianne Braun

Beratung und Betreuung Elena Espinosa

Promotionsförderung Dr. Ursula Bitzegeio

Ausländische
Stipendiat_innen
Kathrein Hölscher

Individuelle Förderung und stipendiatisches Netzwerk

Jens-Uwe Hettmann

Ehemalige, Berufsorientierung, journalistische Nachwuchsförderung Iva Figenwald

Vertrauensdozent_ innen Antje Schnadwinkel

Öffentlichkeitsarbeit und Neue Medien Johanna Niesyto

Community Portal

Bildungs- und Hochschulpolitik Marei John-Ohnesorg

WISSENSCHAFTLICHE ARBEIT

Archiv der sozialen Demokratie

Dr. Anja Kruke

Organisationsbestände Michael Oberstadt

Personenbestände und Sammlungen Harry Scholz

Public History
Dr. Meik Woyke

Karl-Marx-Haus Trier Elisabeth Neu

Bibliothek¹
Jacques Paparo

Katalog und wissenschaftliche Dienste Regine Schoch

Periodika/Benutzung Jacques Paparo

VERWALTUNG

Finanzen und Organisation

Dr. Roland Schwartz

Controlling und Organisation Axel Schmidt

Informationstechnologien Peter Bujny

Finanzbuchhaltung Carola Marten-Voigt

Projektabrechnung Jutta Klemm

Hausmanagement Diana Gohle

Koordination Konferenzzentrum Berlin Tino Ernst

Personalabteilung

Dr. Beate Bartoldus

Grundsatzfragen Maria Theodossiou

Abrechnung Ausland Julia Büllesfeld Katharina Kohr Michael Kramer Ariane Rödel Sabina Tarig

Abrechnung Inland Sener Dogan Reinhold Merten

¹ Direkt dem Geschäftsführer unterstellt

² Durch die FES gefördert

Jahresabschluss

BILANZ ZUM 31. DEZEMBER 2013

AKTIVA Angaben in Euro

AKTIVA					
	1.1.2013	Zugänge/ Umbuchungen	Abschrei- bungen/ Abgänge	31.12.2013	31.12.2012
A. Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen					
1. Immaterielle Vermögensgegenstände	294.576,00	181.322,04	182.274,04	293.624,00	294.576,00
2. Grundstücke und Bauten	57.834.878,96	122.854,18	1.888.162,18	56.069.570,96	57.834.878,96
3. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	5.987.073,77	588.229,96	969.923,36	5.605.380,37	5.987.073,77
	64.116.528,73	892.406,18	3.040.359,58	61.968.575,33	64.116.528,73
II. Finanzanlagen	31.135.013,27	370.425,60	0,00	31.505.438,87	31.135.013,27
	95.251.542,00	1.262.831,78	3.040.359,58	93.474.014,20	95.251.542,00
B. Zweckgebundenes Vermögen				8.303.445,07	8.319.771,46
C. Umlaufvermögen					
I. Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände				27.075.401,74	22.505.856,44
II. Wertpapiere					
Sonstige Wertpapiere				567.607,67	605.283,74
III. Kassenbestand, Bundesbankguthaben, Guthaben bei Kreditinstituten				10.366.342,30	9.838.193,21
				38.009.351,71	32.949.333,39
D. Rechnungsabgrenzungsposten				28.771,17	3.143,29
				140.003.150,55	136.507.463,75

Die im Vorjahr unter den Rücklagen einzeln aufgeführten Rücklagen wurden im Berichtsjahr unter zweckgebundene Rücklage zusammengefasst und entsprechende Davon-Vermerke eingeführt. Die Vorjahresbeträge wurden angepasst.

	1.1.2013	Einstellung/ Zugänge	Entnahmen/ Auflösungen	31.12.2013	31.12.2012
A. Rücklage					
Zweckgebundene Rücklage	61.259.898,94	500.889,08	0,00	61.760.788,02	61.259.898,94
davon Rücklage gemäß § 58 Nr. 6 AO EUR 9.961.721,72 (i.Vj. EUR 9.514.427,34)					
davon Rücklage gemäß § 58 Nr. 7a AO EUR 22.449.810,79 (i.Vj. EUR 18.542.679,47)					
davon Rücklage gemäß § 58 Nr. 11 AO EUR 13.044.206,47 (i.Vj. EUR 13.388.749,73)					
B. Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen					
I. Immaterielle Vermögensgegenstände	294.576,00	181.322,04	182.274,04	293.624,00	294.576,00
II. Grundstücke und Bauten	39.898.392,70	52.072,94	1.518.331,78	38.432.133,86	39.898.392,70
III. Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	4.029.575,97	589.260,03	851.055,01	3.767.780,99	4.029.575,97
	44.222.544,67	822.655,01	2.551.660,83	42.493.538,85	44.222.544,67
C. Sonderposten zum zweckgebundenen Vermögen				8.491.013,47	8.303.445,07
D. Rückstellungen				2.165.095,00	2.250.511,00
E. Verbindlichkeiten					
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen				1.762.737,28	1.876.753,50
II. Sonstige Verbindlichkeiten				18.248.623,22	15.024.996,78
				20.011.360,50	16.901.750,28
F. Rechnungsabgrenzungsposten				5.081.354,71	3.569.313,79
				140.003.150,55	136.507.463,75

Einnahmen- und Ausgabenrechnung

1.1. BIS 31.12.2013

Angaben in Euro

	2013		2012	
1. Projektgebundene Zuwendungen der				
a) Bundesministerien	143.087.029,81		142.175.695,51	
b) Länder und anderer Körperschaften	2.578.644,42		2.593.589,00	
c) Sonstigen Zuwendungsgeber	1.805.452,55	147.471.126,78	2.259.704,63	147.028.989,14
2. Spenden				
a) Allgemeine Satzungszwecke	266.733,80		322.490,04	
b) Wissenschaftliche Zwecke	200.000,00		0,00	
c) Solidaritätsfonds der Studienförderung	265.856,45	732.590,25	257.759,74	580.249,78
3. Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen		2.551.660,83		2.543.502,41
4. Teilnahmegebühren		737.068,50		810.220,76
5. Sonstige Erträge		1.457.153,79		1.614.695,33
		152.949.600,15		152.577.657,42
6. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit				
a) Stipendien an deutsche und ausländische Studenten		22.266.059,40	20.471.285,63	
b) Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit		20.563.550,29	21.234.014,76	
c) Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern	83.220.863,33		84.012.739,61	
d) Forschungsprojekte	6.216.569,73		6.234.605,73	
e) Förderung von Kunst und Kultur	78.636,68	89.516.069,74	111.013,84	132.063.659,57
7. Abschreibungen		3.040.359,58		3.033.317,20
8. Zuführung zum Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen		822.655,01		882.684,01
9. Sonstige Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen		17.199.171,35		17.068.288,12
10. Mindereinnahme aus laufendem Betrieb		-458.265,22		-470.291,48
11. Finanzergebnis		960.173,00		-111.660,06
12. Ergebnis der gewöhnlichen Vereinstätigkeit		501.907,78		-581.951,54
13. Außerordentliche Aufwendungen (= Außerordentliches Ergebnis)		-1.018,70		-45.464,81
14. Mindereinnahmen (i. Vj. Mehreinannahmen)		500.889,08		-627.416,35
15. Entnahme aus der allgemeinen Rücklage		0,00		627.416,35
16. Einstellung in zweckgebundene Rücklage		500.889,08		0,00
17. Jahresergebnis		0,00		0,00

Die Entnahme und Einstellung zweckgebundene Rücklage wurde im Berichtsjahr, aufgrund Darstellungsänderungen der Rücklagen in der Bilanz, erstmals saldiert ausgewiesen. Das Vorjahr wurde angepasst.

Bescheinigung

An die Friedrich-Ebert-Stiftung e.V.

Wir haben den vom Vorstand gemäß § 12 der Satzung aufgestellten Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz sowie Einnahmen- und Ausgabenrechnung – unter Zugrundelegung der Buchführung der Friedrich-Ebert-Stiftung e.V., Bonn-Bad Godesberg, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis 31. Dezember 2012 geprüft.

Die Buchführung und die Aufstellung des Jahresabschlusses nach den gesetzlichen Vorschriften und ihre Auslegung durch die IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter des Vereins. Die Buchführung lehnt sich an Vorschriften und daraus abgeleiteten Regelungen der Bundeshaushaltsordnung an und enthält kameralistische Elemente. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Zugrundelegung der Buchführung abzugeben.

Wir haben unsere Prüfung unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung von Vereinen (IDW PS 750) vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrich-

tigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des Jahresabschlusses wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Tätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld des Vereins sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung und Jahresabschluss überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Grundsätze zur Rechnungslegung und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss mit den unten angeführten Abweichungen zu den Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung: Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) den gesetzlichen Vorschriften Abweichend von den allgemeinen handelsrechtlichen Vorschriften und Empfehlungen der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) werden keine sonstigen Rückstellungen angesetzt werden, ist das Finanzanlagevermögen zu Anschaffungskosten angesetzt ist und werden keine außerplanmäßigen Abschreibungen auf das Finanzanlagevermögen vorgenommen werden und werden Periodenabgrenzungen mit Abrechnungsreichweite nur für das Berichtsjahr vorgenommen werden.

Köln, den 19. September 2014 KPMG AG, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez.

Hillesheim Brandt Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

Im Sinne der Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger vom 17. Februar 1993 (BT-Drs. 12/4425) veröffentlichen wir in Ergänzung des vorstehenden Jahresabschlusses folgende Daten für das Geschäftsjahr 2013 (Stand 31.12.2013):

Zahl der Personalstellen im Vergleich zum Vorjahr

	31.12.2013	31.12.2014
Mitarbeiter/-innen der Zentrale in Bonn	274	271
Mitarbeiter/-innen der Zentrale in Berlin	164	163
Mitarbeiter/-innen in den Bildungszentren und Außenbüros in Deutschland	81	79
Auslandsmitarbeiter/-innen*	98	99
Insgesamt	617	612

Zahl und Art der Führungspositionen, die mit Mitgliedern des Deutschen Bundestages, der Landtage und der Bundes- oder Landesregierungen oder der Bundes- oder Landesparteivorstände besetzt waren (Stand: 31.12.2014):

Von den 11 Mitgliedern des Vorstands der Friedrich-Ebert-Stiftung sind:

- acht Mitglieder ohne o.a. Funktionen,
- ein Mitglied der Bundesregierung,
- ein Mitglied im Deutschen Bundestag, $\,$
- ein Mitglied einer Landesregierung (zugleich Mitglied eines Landesparlaments sowie eines Landesparteivorstandes).

Geschäftsführung und Abteilungsleitungen der Friedrich-Ebert-Stiftung: Keine(r) in einer der o.a. Führungspositionen.

Den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichtes und des Parteiengesetzes zur Sicherung der Unabhängigkeit der politischen Stiftungen wird auf Grundlage der gemeinsamen Erklärung der politischen Stiftungen Rechnung getragen. Hiernach üben »der Vorsitzende des Vorstands, der Vorstandssprecher, der geschäftsführende Vorsitzende, das geschäftsführende Vorstandsmitglied und der Schatzmeister einer politischen Stiftung (...) in der jeweils nahestehenden Partei keine vergleichbaren Funktionen aus«.

Zusätzliche Erläuterungen zur Einnahmen- und Ausgabenrechnung

Projektbezogene Zuwendungen

Bei den projektbezogenen Zuwendungen war das Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) auch im Jahr 2013 größter einzelner Zuwendungsgeber.

68,4 Mio. € wurden für die Förderung gesellschafts- und strukturpolitischer Maßnahmen zugewendet.

Zusätzlich zu diesen Mitteln wurden 11,1 Mio. € als Verwaltungskostenzuschüsse gewährt. Darüber hinaus erhielt die Stiftung vom BMZ 513 T€ als Sondermittel für die Gesellschaftliche Krisenreaktions- und Stabilisierungshilfe sowie 2,0 Mio. € für den Internationalen Klima- und Umweltschutz. Die enthaltenen Verwaltungskostenzuschüsse betrugen 290 T€. Der Gesamtbetrag aller Zuwendungen des BMZ belief sich mithin auf 82 Mio. €.

Das Bundesministerium des Innern ist Zuwendungsgeber des Globalzuschusses zur Förderung der gesellschaftspolitischen und demokratischen Bildungsarbeit. Der Zuschuss i. H. v. 31,9 Mio. € wird für die satzungsmäßigen Aufgaben der Friedrich-Ebert-Stiftung gewährt, die sie im Inland erfüllt, insbesondere für die Durchführung von Seminaren, Tagungen und Kolloquien, die Beschaffung von Lehr- und Lernmitteln, die Vergabe von Forschungsvorhaben mit gesellschaftspolitischer Zielsetzung sowie für die Archivierung zeitgeschichtlich bedeutsamer Materialien von Parlamentariern. Der Globalzuschuss dient auch der Finanzierung der dazu gehörenden Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten. In dem o.g. Betrag sind 28 T€ als Zuschuss für die Zeitschriften der Politischen Stiftungen enthalten.

Neben dem Globalzuschuss erhielt die Stiftung vom Bundesministerium des Innern 3,0 Mio. € für die Baukosten des zweiten Hauses in Berlin.

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung ist mit 17,7 Mio. € Zuwendungsgeber für die Vergabe von Stipendien an deutsche Studierende im Grund- oder Aufbaustudium, in der Promotion sowie für Betreuungsmaßnahmen. 2,2 Mio. € wurden dabei als Verwaltungskostenpauschale bewilligt.

Das Auswärtige Amt fördert mit 2,5 Mio. € die Vergabe von Stipendien sowie die Betreuung und Nachbetreuung ausländischer Studierender und Graduierter in der Bundesrepublik. Weitere 4,8 Mio. € werden für internationale gesellschaftspolitische Maßnahmen zugewendet. Die Vorhaben dienen dem Informations-, Meinungsund Erfahrungsaustausch sowie der Schulung gesellschaftlicher und politischer Schlüsselgruppen.

Überdies gewährte das Auswärtige Amt der Stiftung Mittel i. H. v. 957 T€ zur Intensivierung der europäischen Integration sowie 223 T€ zur Förderung demokratischer Strukturen in Nordafrika.

Auf Verwaltungskostenzuschüsse entfallen beim Auswärtigen Amt insgesamt 1,2 Mio. \in .

Insgesamt erhöhten sich die Bundes-Zuwendungen gegenüber 2012 um 0,9 Mio. €, wobei die Mittel des BMZ um 1,2 Mio. € und die Mittel des BMI um 0,6 Mio. € sanken, während die AA-Mittel um 1,1 Mio. € und die BMBF-Mittel um 1,6 Mio. € stiegen

Die Bundesländer und andere Gebietskörperschaften gewährten zweckbestimmte Zuwendungen zur Deckung regional bezogener direkter Veranstaltungskosten für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit. Mit 1,6 Mio. € ist das Land Nordrhein-Westfalen der größte Zuwendungsgeber. Die Zuwendung erfolgt für gesellschaftspolitische Bildungsarbeit, u.a. im Rahmen des Weiterbildungsgesetzes.

Bei den sonstigen Zuwendungsgebern wurden zur Durchführung entwicklungspolitischer Maßnahmen im Ausland von verschiedenen Organisationen vor Ort insgesamt 87 T€ zugewendet.

Sonstige Einnahmen und Ausgaben

Die zur Finanzierung von aktivierungspflichtigen Aufwendungen gewährten Zuschüsse werden ab 1986 für Baumaßnahmen und ab 1991 auch für das übrige Anlagevermögen als Sonderposten aus Zuwendungen für Anlagevermögen passiviert (siehe Bilanz). Dieser Sonderposten wird in der Position »Erträge aus der Auflösung des Sonderpostens aus Zuwendungen für Anlagevermögen« entsprechend der Abschreibung erfolgswirksam aufgelöst.

Die Position »Sonstige Erträge« umfasst Erlöse aus der Durchführung von Gast- und Fremdveranstaltungen sowie aus den Kantinenbetrieben in Bonn und in den Bildungsstätten (insgesamt $819\,\mathrm{T}$ E), Erträge aus Vermietung und Verpachtung ($30\,\mathrm{T}$ E), Publikations- und Eintrittserlöse ($168\,\mathrm{T}$ E), Kostenerstattungen ($109\,\mathrm{T}$ E), Erträge aus Anlageerlösen ($1\,\mathrm{T}$ E) sowie übrige Erträge ($329\,\mathrm{T}$ E).

Die unter »Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit« genannten Positionen beziehen sich auf die im Textteil des vorangegangenen Jahresberichtes für 2013 beschriebenen Aktivitäten. Sie enthalten auch die mit der Durchführung dieser Aufgaben unmittelbar verbundenen Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten.

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter und für die zeitlich befristet angestellten Aushilfen betrug insgesamt 31,1 Mio. ϵ und setzt sich wie folgt zusammen: Lohn- und Gehaltskosten 24,6 Mio. ϵ , Sozialabgaben und sonstige soziale Aufwendungen 6,5 Mio. ϵ .

In den Ausgaben für Stipendien an deutsche und ausländische Studenten sind Betreuungsmaßnahmen für die Stipendiaten (Seminarveranstaltungen und Exkursionen) von 2,0 Mio. € enthalten

Die Ausgaben für die staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit beziehen sich

auf Seminarveranstaltungen, Tagungen, Kongresse, Ausstellungen und auf die Erstellung von Publikationen. Die Veranstaltungen fanden in den Häusern in Berlin und Bonn sowie in der stiftungseigenen Akademie und in angemieteten Veranstaltungsorten in der gesamten Bundesrepublik statt.

Die Position »Internationale Zusammenarbeit, Völkerverständigung und Partnerschaft zu den Entwicklungsländern« enthält die Ausgaben für die Auslandsarbeit der Stiftung in Entwicklungsländern, den Ländern Mittel- und Osteuropas und in einigen Industrieländern. Der hier enthaltene Personalaufwand für Auslandsmitarbeiter beträgt 15.5 Mio. €.

Die Fachausgaben der Position »Forschungsprojekte« setzen sich zusammen aus 19 T€ für Forschungsprojekte und -aufträge sowie 1,1 Mio. € für Bücher und Zeitschriften der Bibliothek in Bonn, für Archivalien des Archivs der sozialen Demokratie in Bonn sowie für die Verwaltung des Karl-Marx-Hauses in Trier.

Das Sachanlagevermögen der Stiftung betrug zum 31.12.2013 insgesamt 62,0 Mio. € (siehe Bilanz).

Zur Position »Zuführung zum Sonderposten ...« siehe Bilanz, Passiva, B I – IV.

Die »Sonstigen Betriebs- und Verwaltungsaufwendungen« enthalten die Personal-, Verwaltungs- und Betriebskosten der Gemeinkostenstellen in den Häusern in Bonn und Berlin.

Eigene Einnahmen und Spenden

Die privaten Spenden für die allgemeinen und wissenschaftlichen Satzungszwecke der Stiftung sowie für den Solidaritätsfonds der Studienförderung beliefen sich auf 732 T€. Die Spenden sind eine wertvolle Ergänzung der öffentlichen Zuwendungen.

737 T€ wurden als Beiträge durch die Teilnehmer an den Bildungsveranstaltungen gezahlt. Weitere 1,5 Mio. € wurden erlöst durch sonstige Leistungen der Stiftung (Bewirtungen, Vermietung und Verpachtung, Verkauf von Publikationen und von Reproduktionen historischer Fotos, Eintritt für das Karl-Marx-Haus etc.).

Von besonderer Bedeutung sind die Erträge aus den unselbständigen Stiftungen. Diese Vermögen i. H. v. derzeit 8,5 Mio. € aufgrund von Testamenten oder Schenkungen stellen eine ganz besondere Verpflichtung für die Stiftung dar. Mit den Erträgen aus diesen Vermögen können im Sinne und im Namen der Spender Aufgaben dauerhaft übernommen werden, für die öffentliche Mittel sonst nicht ausreichend zur Verfügung stehen.

Gesamtübersicht aller im Haushalt 2015 zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben

STAND: 30.01.2015

Angaben in Euro

I. Einnahmen	
1. Zuwendungen und Zuschüsse	
Zuwendungen der Bundesministerien	150.021.117
Zuwendungen der Länder und anderer Gebietskörperschaften	2.575.000
Sonstige Zuwendungsgeber	1.187.000
2. Spenden	430.000
3. Teilnehmergebühren	717.000
4. Sonstige Einnahmen	599.000
II. Ausgaben	
1. Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben	
Förderung von Studenten und Graduierten	27.617.620
Staatsbürgerliche und gesellschaftspolitische Bildungsarbeit (Tagungen und Seminare)	21.164.285
Internationale Zusammenarbeit	85.471.231
Veröffentlichungen	
Forschungsprojekte	5.711.850
Förderung von Kunst und Kultur, Sonstige Projektausgaben	157.500
2. Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter *	31.055.340
3. Sächliche Verwaltungsaufgaben	
Sonstige Betriebs- und Verwaltungskosten	14.428.585
4. Sonstige Betriebsaufwendungen	
5. Übrige Ausgaben	
6. Ausgaben für Investitionen / Aufwendungen für Abschreibungen	978.046
III. Voraussichtliches Jahresergebnis	0

^{*} Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter ist bereits in den Positionen

Der Personalaufwand für Inlandsmitarbeiter beträgt insgesamt:31.055.340 €Darin enthalten sind für Löhne und Gehälter enthalten:24.800.734 €Die sozialen Abgaben betragen:6.676.606 €

^{1 (}Aufwendungen aus der satzungsmäßigen Tätigkeit/Projektausgaben) und

^{3 (}Sächliche Verwaltungsaufgaben) enthalten.

Zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung und die Hanns-Seidel-Stiftung haben ihr Selbstverständnis formuliert und ihren Standort bestimmt. Ihre gemeinsame Erklärung ist Selbstverpflichtung und Information der Öffentlichkeit zugleich.

Nachfolgend die Zusammenfassung der Erklärung:

Die Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Naumann-Stiftung, Hanns-Seidel-Stiftung und die Heinrich-Böll-Stiftung sind die der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, der Freien Demokratischen Partei, der Christlich Sozialen Union in Bayern und der Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen nahe stehenden Politischen Stiftungen. Mit der Wahrnehmung ihrer satzungsmäßigen Aufgaben wollen sie zur Gestaltung der Zukunft unseres Gemeinwesens beitragen. Ihre gesellschaftspolitische und demokratische Bildungsarbeit, Information und Politikberatung im In- und Ausland, die auf den Prinzipien der freiheitlich demokratischen Grundordnung aufbauen und den Grundsätzen der Solidarität, Subsidiarität und gegenseitigen Toleranz verpflichtet sind, haben insbesondere zum Ziel:

- durch Vermittlung politischer Bildung die Beschäftigung der Bürger mit politischen Fragen anzuregen sowie ihr politisches Engagement zu fördern und zu vertiefen;
- durch Wissenschaftsförderung, politische Forschung und Beratung Grundlagen politischen Handelns zu erarbeiten sowie den Dialog und Wissenstransfer zwischen Wissenschaft, Politik, Staat und Wirtschaft zu vertiefen;
- die geschichtliche Entwicklung der Parteien sowie der politischen und sozialen Bewegungen zu erforschen;
- mit Stipendien und studienbegleitenden Programmen die wissenschaftliche Aus- und Fortbildung begabter junger Menschen zu fördern;
- durch Veranstaltungen, Stipendien und Pflege und Erhalt von Kulturwerken Kunst und Kultur zu fördern;
- durch Informationen und internationale Begegnungen die europäischen Einigungsbestrebungen zu unterstützen und zur Völkerverständigung beizutragen;
- mit Programmen und Projekten entwicklungspolitische Hilfe zu leisten und zum Aufbau demokratischer, freiheitlicher und rechtsstaatlicher Strukturen, die den Menschen- und Bürgerrechten verpflichtet sind, beizutragen.

Es gehört zum Selbstverständnis der Politischen Stiftungen, ihre Ressourcen mit größtmöglichem Nutzen einzusetzen und darüber öffentlich Rechenschaft abzulegen.

Die Information der Öffentlichkeit über ihre Tätigkeit und die Verwendung ihrer Mittel ist eine selbstgesetzte Verpflichtung der Politischen Stiftungen und stärkt das öffentliche Vertrauen in ihre Arbeit. Auch aus diesem Grund sind die Politischen Stiftungen übereingekommen, die Empfehlungen der vom Bundespräsidenten berufenen Kommission unabhängiger Sachverständiger aufzugreifen, ohne insoweit auf eine etwaige gesetzliche Regelung zu warten. In dieser gemeinsamen Erklärung stellen sie ihr Selbstverständnis insbesondere im Hinblick auf die staatliche Finanzierung ihrer Arbeit und die öffentliche Rechenschaftslegung dar.

Der vollständige Text kann bei der Friedrich-Ebert-Stiftung angefordert werden.

Telefon 0228 883-0 Telefax 0228 883-9207

presse@fes.de

Mitglieder des Vorstandes

STAND: JUNI 2015

Vorsitzender

Kurt Beck

Stellvertretende Vorsitzende

Hannelore Kraft Michael Sommer

Geschäftsführendes Vorstandsmitglied und Geschäftsführer

Dr. Roland Schmidt

Mitalieder

Prof. Dr. Peter Brandt Dr. Barbara Hendricks Barbara Ludwig Dr. Werner Müller Dr. Rolf Mützenich Matthias Platzeck

Prof. Dr. Jürgen Zöllner

Ehrenvorsitzende

Holger Börner † Anke Fuchs

Anschrift für Vorstand, Verein und Kuratorium

Postadresse:

Friedrich-Ebert-Stiftung

53170 Bonn

Haus-/Lieferadresse: Friedrich-Ebert-Stiftung Godesberger Allee 149

53175 Bonn

Mitglieder des Vereins

STAND: JUNI 2015

Dr. Gerd Andres Prof. Dr. Egon Bahr

Kurt Beck

Prof. Dr. Helmut Berding

Dr. Christine Bergmann

Erik Bettermann

Jens Böhrnsen Klaus Brandner

Prof. Dr. Peter Brandt

Anke Brunn

Ilse Brusis

Heinz Bühringer

Edelgard Bulmahn

Dr. Jürgen Burckhardt

Hans Martin Bury

Wolf-Michael Catenhusen

Prof. Dr. Herta

Däubler-Gmelin

Heide Dörrhofer-Tucholski

Malu Drever Garrelt Duin

Martin Dulig

Prof. Dr. Horst Ehmke

Hans Eichel

Dr. Gernot Erler

Petra Ernstberger

Nancy Faeser

Elke Ferner

Anke Fuchs

Sigmar Gabriel

Irmgard Gaertner-Fichtner

Günter Gloser

Reinhard Grätz

Prof. Dr. Helga Grebing

Bettina Hagedorn

Nina Hauer

Dr. Volker Hauff

Dr. Horst Heidermann

Hubertus Heil

Dr. Barbara Hendricks Dr. Diether Hoffmann

Reiner Hoffmann

Eva Högl

Prof. Dr. Uwe Holtz

Antje Huber

Berthold Huber

Klaas Hübner

Hedda Jungfer

Johannes Kahrs

Sabine Kaspereit

Reinhard Klimmt

Hans-Ulrich Klose

Walter Kolbow

Hannelore Kraft

Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp

Klaus-Dieter Kühbacher

Ute Kumpf

Dr. Gerlinde Kuppe

Prof. Dr. Manfred Lahnstein

Dr. Klaus Dieter Leister

Dr. Jürgen Linde

Barbara Ludwig

Dr. Anke Martiny Christoph Matschie

Dr. Werner Müller

Franz Müntefering

Dr. Rolf Mützenich

Andrea Nahles

Dietmar Nietan Thomas Oppermann

Aydan Özoguz

Johannes Andreas Pflug

Matthias Platzeck

Konrad Porzner

Joachim Poß

Florian Pronold

Prof. Christa Randzio-Plath

Dr. Hermann Rappe

Karl Ravens

Walter Riester

Dr. Harald Ringstorff

Dr. Wolfgang Roth

Prof. Heinz Ruhnau

Dr. Karl-Peter Schack-

mann-Fallis

Axel Schäfer

Thorsten Schäfer-Gümbel

Rudolf Scharping

Harald Schartau Günter Schlatter

Dr. Nils Schmid

Helmut Schmidt

Renate Schmidt

Dr. Roland Schmidt

Ulla Schmidt

Wilhelm Schmidt

Hubertus Schmoldt

Carsten Schneider

Prof. Dr. Hans-Peter

Schneider

Dr. Herbert Schnoor

Olaf Scholz

Gerhard Schröder

Günter Schröder

Prof. Dr. Richard Schröder

Dr. Manfred Schüler

Dieter Schulte Martin Schulz

Werner Schulz

Dr. Angelica Schwall-Düren

Rolf Schwanitz

Manuela Schwesig

Heide Simonis

Michael Sommer

Peer Steinbrück

Dr. Frank-Walter Steinmeier

Dr. Manfred Stolpe

Franz Thönnes

Michael Vassiliadis Ute Vogt

Dr. Klaus von Dohnanyi

Dr. Henning Voscherau

Dr. Klaus Wedemeier

Ernst Welteke

Detlef Wetzel Heidemarie Wieczorek-Zeul

Dr. Bettina Wieß

Klaus Wowereit

Dr. Monika Wulf-Mathies

Prof. Dr. Jürgen Zöllner

Prof. Dr. Christoph Zöpel

78

STAND: JUNI 2015

Vorsitzende:

Ingrid Matthäus-Maier

Doris Ahnen Richard Becker Prof. Dr. Wilhelm Bender Prof. Dr. Helmut Berding Siegfried Bleicher Dr. Rolf Böhme Ulla Burchardt Prof. Dr. Friedrich Buttler Wolf-Michael Catenhusen Harro Uwe Cloppenburg Rudolf Dreßler Dr. Ursula Engelen-Kefer Dr. Erhard Eppler Dr. Katharina Focke Ingeborg Friebe Florian Gerster Prof. Dr. Helene Harth

Ingrid Häußler Dr. Peter Heinemann Dr. Christine Hohmann-Dennhardt Helmut Hubacher Roland Issen Gerhard Jochum Prof. Dr. Dr. Karl Kaiser Dr. Karl Kauermann Prof. Dr. Jürgen Keßler Prof. Dr. Dr. Jürgen Kocka Carmen König-Rothemund Prof. Dr. Heiko Körner Prof. Tomas Kosta Ursula Kraus Prof. Dr. Jürgen Kromphardt Prof. Dr. Hans-Jürgen Krupp Moritz Leuenberger Markus Meckel

Siegmar Mosdorf Prof. Dr. Julian Nida-Rümelin Edith Niehuis Dr. Winfried Polte Dr. Hermann Rappe Steffen Reiche Edzard Reuter Prof. Dr. Gerhard A. Ritter Nikolaus Schneider Wolfgang Schneiderhan Karin Schubert Rolf Schwanitz Dr. Mario Soares Prof. Dr. Hartmut Soell Karl Starzacher Dr. Ralf Stegner Ludwig Stiegler Prof. Dr. Johano Strasser

Helmut Teitzel
Dr. Gerald Thalheim
Dr. Carl Tham
Wolfgang Tiefensee
Dr. Gottfried Timm
Dr. Hans-Jochen Vogel
Dr. Klaus von Dohnanyi
Gerd Walter
Gerd E. Weers
Dr. Rosemarie Wilcken
Dr. Monika Wulf-Mathies
Brigitte Zypries

Mitglieder des Auswahlausschusses

STAND: JUNI 2015

Ehrenvorsitzender:

Prof. Dr. Helmut Berding

Vorsitzende:

Prof. Dr. Helene Harth

1. Stellvertretender Vorsitzender:

Prof. Dr. Jürgen Keßler

2. Stellvertretende Vorsitzende:

Dr. Simone Raatz

Prof. Dr. Dr. Sefik Alp Bahadir Prof. Dr. Hans-H. Bass Prof. Dr. Christian Bernzen Christine Biehler Prof. Dr. Monika Böhm Prof. Dr. Dr. Franz-Josef Brüggemeier Pia Bungarten Dr. Michael Dauderstädt Prof. Dr. Dorothée de Nève Prof. Dr. Frank Engehausen Prof. Dr. Christine Färber Prof. Dr. Hermann Frister Prof. Dr. Charlotte Gaitanides Prof. Dr. Brigitte Georgi-Findlay Dr. Yvette Gerner Dr. Uwe Gottschalk Prof. Eberhard E. Grötsch Prof. Dr. Harald Hagemann Prof. Dr. Uwe Haneke Prof. Dr. Peter Hantel Hartmann, Jana Prof. Dr. Dr. Ernest W.B. Hess-Lüttich Prof. Dr. Gunther Hirschfelder

Prof. Dr. Anke Holler Prof. Dr. Wolfgang Honnen Dr. Hans-Gerhard Husung Prof. Dr. Rainer Jonas Dr. Alexander Kallweit Prof. Dr. Heidrun D. Kämper Dr. Thomas Keidel Dr. Ernst-J. Kerbusch Prof. Dr. Christopher Kopper **Evelin Manteuffel** Dr. Regine Mehl Prof. Dr. Nils Metzler-Nolte Prof. Dr. Christoph Meyer PD Dr. Melanie Morisse Prof. Dr. Andreas Müglich Prof. Dr. Thomas J. J. Müller Dr. Yvonne Ott Prof. Dr. Rachid Ouaissa Prof. Dr. Anita Pfaff Petra Popp

Schäfer
Prof. Dr. Emanuel Richter
Prof. Dr. Hermann Rösch
Prof. Dr. Michael Schmidt
Dr. Petra Schmitt-Frister
Dr. Ilja-Kristin Seewald
Dr. Ralf Stegner
Prof. Dr. Franz Streng
Prof. Dr. Jochen Struwe
Prof. Dr. Walter Thomi
Prof. Dr. Katina Warendorf
Prof. Dr. Ulrike
Wendeling-Schröder

Prof. Dr. Walter Reese-

Vertrauensdozentinnen und Vertrauensdozenten

STAND: JUNI 2015

AACHEN

Dr. Mayssoun Zein Al Din

Fachhochschule

Prof. Dr. Markus Fredebeul-Krein

Technische Hochschule

Prof. Dr. Gerhard Gründer Prof. Dr. Helmut König

Prof. Dr. Hermann Wagner

AUGSBURG

Dr. Florian Freund

Hochschule Augsburg

Prof. Dr.-Ing. Marcus Reppich

Universität Augsburg

Prof. Dr. Natascha Sojc Prof. Dr. Dietmar Süß

BAD DÜRRHEIM

Prof. Dr. Dr. Norbert Grulke

BAMBERG

Universität

Prof. Dr. Frank Westerhoff

BAYREUTH

Universität

Prof. Dr. Manfred Miosga Prof. Dr. Herbert Popp

BERLIN

Dr. Stefan Klose

Dr. Hans-Peter Böhm
Prof. Dr. Ernst Cloer
Dr. Andrä Gärber
Prof. Dr. Dr. Hans Joachim Giessmann
Prof. Dr. Lydia Haustein
Dr. Ernst Hillebrand
Dr. Marius Hofmeister
Axel Hutschenreuther

Gerhard Lechleitner

Dr. Raphael L'Hoest

Dr. Andreas Linde

Norbert, Lippok

Dr. Klaus Lommatzsch

Prof. Dr. Günther Maihold

Prof. Dr. Daniela Münkel

Dr. Timo Noetzel

Bettina Schattat

Dr. Hans-Jörg Schmedes

Prof. Dr. Ulrich Schöler

Prof. Dr. C. Katharina Spieß

Prof. Dr. Manuela Spindler

Dr. Nicolai von Ondarza

Dr. Almut Wieland-Karimi

Alice Salomon-Fachhochschule

Prof. Dr. Heinz Stapf-Finé

Freie Universität

Prof. Dr. Rolf-Peter Janz

Prof. Dr. Nina Kolleck

Prof. Dr. Sabine Kropp

Prof. Dr. Eun-Jeung Lee

Prof. Dr. Martin Lücke

Prof. Dr. Stefan Rinke

Prof. Dr. Eberhard Sandschneider

Hertie-School of Governance

Prof. Dr. Anke Hassel

Prof. Dr. Andrea Römmele

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Sebastian Dullien

Prof. Dr. Sabine Spelthahn

Hochschule für Wirtschaft und Recht

Prof. Dr. Holger Rogall

Humboldt-Universität

Prof. Dr. Ulrike Auga

Dr. Holger Brohm

Prof. Dr. Peter Burschel

Prof. Dr. Philipp Dann

Prof. Dr. Andreas Eckert

PD Dr. Roland Francis

Dr. Kurt Graulich

Prof. Dr. Bernd Henningsen

Prof. Dr. Thomas Mergel Prof. Dr. Herfried Münkler Dr. Julia Laura Rischbieter Prof. Dr. Wolfgang Scholl Prof. Dr. Julia von Blumenthal

Prof. Dr. Gerhard Werle

Katholische Hochschule für Sozialwesen

Prof. Dr. Axel Bohmeyer Prof. Dr. Jens Wurtzbacher

Technische Universität

Prof. Dr. Thorsten Beckers Dr. Sascha Buchholz Prof. Dr. Etienne Emmrich Prof. Dr. Gert G. Wagner

BIEBERACH

Hochschule

Prof. Dr. Ismail Kasikci

BIELEFELD

Universität

Prof. Dr. Alfred Greiner Prof. Dr. Wolfgang Jütte Prof. Dr. Dr. Heinrich Schäfer Prof. Dr. Thomas Welskopp

Prof. Dr. Jan Wirrer

Prof. Dr. Véronique Zanetti

BOCHUM

Universität

Prof. Dr. Stefan Berger Prof. Dr. Bernd Faulenbach

Prof. Dr. Stefan Goch

Prof. Dr. Traugott Jähnichen

Prof. Dr. Klaus Kost

Prof. Dr. Karsten Rudolph

Prof. Dr. Adina C. Rusu-Klappheck

Prof. Dr. Manfred Wannöffel

BONN

Dr. Christian von Haldenwang Dr. Alexandra von dem Knesebeck

Dr. Anja Kruke

Universität

Prof. Dr. Frank Decker Prof. Dr. Dieter Dowe Prof. Dr. Solvay Gerke

Prof. Dr.-Ing. Matthias Hullin Dr. Christian Krell

Prof. Dr. Doris Lucke Prof. Dr. Karlheinz Niclaus Prof. Dr. Michael Schneider Dr. Arne Schneidewind

BRANDENBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Burghilde Wieneke-Toutaoui

BRAUNSCHWEIG

Technische Universität

Prof. Dr. Katja Koch Prof. Dr. Hermann Wätzig

BREMEN

Prof. Dr. Gerd Turowski

Hochschule

Prof. Dr. Corinna Grühn Prof. Dr. Ernst Mönnich

Jacobs University

Prof. Dr. Phillip Genschel

Prof. Dr. Gerd-Volker Röschenthaler Prof. Dr. Günther K. H. Zupanc

Universität

Prof. Dr. Andreas Fischer-Lescano Prof. Dr. Jutta Günther Dr. Yvonne Pörzgen

Prof. Dr. Ursula Rust

PD Dr. Cordula Weißköppel

Dr. Janna Wolff Dr. Arndt Wonka

CHEMNITZ

Technische Universität

Prof. Dr. Rudolf Boch Prof. Dr. Stefan Garsztecki

COBURG

Fachhochschule

Iris Piper

COTTBUS

Dr. Tilo Biesecke

DARMSTADT

Technische Universität

Prof. Dr. Gerd Lautner Dr. Sonja Zmerli

DORTMUND

Prof. Dr. Stefan Lennardt

Universität

Prof. Dr. Wilfried Bos Prof. Dr. Frank Lobigs

DRESDEN

Technische Universitat

Prof. Dr. Peter Gründler Prof. Dr. Wolfgang Melzer Prof. Dr. Christian Prunitsch Prof. Dr. Karl-Siegbert Rehberg

Dr. Marina Scharlaj Dr. Mike Schmeitzner Dr. Swen Steinberg

DUISBURG

Dr. Thomas Reichel

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Tobias Debiel Prof. Dr. Rolf Dobischat Prof. Dr. Heike Roll

DÜSSELDORF

Fachhochschule

Prof. Dr. Gisela Losseff-Tillmanns

Universität

Prof. Dr. Helmut Frister Dr. Katharina Hilbig-Lugani Prof. Dr. Guido Thiemeyer

EBERSWALDE

Fachhochschule für Forstwirtschaft

Prof. Dr. Peter Spathelf

EICHSTÄTT

Katholische Universität

Prof. Dr. Stefan Schieren

EISENACH

Prof. Dr. Dorothea Hegele

ERFURT

Fachhochschule

Prof. Dr. Eckhard Giese Prof. Dr. Klaus Merforth

Universität

Prof. Dr. Manfred Baldus
Prof. Heike Grimm

Prof. Dr. Fritz-Wilhelm Neumann

ERLANGEN-NÜRNBERG

Universität

Prof. Dr. Werner K. Blessing Dr. Susanna Brogi-Däufel Prof. Dr. Peter Dabrock Dr. Karin Falkenberg Prof. Dr. Ludwig Fesenmeier Prof. Dr. Andreas Funke Prof. Dr. Christian Merkl

ESSEN

Universität Duisburg-Essen

Prof. Dr. Peter Ulrich Hein

ESSLINGEN

Hochschule

Prof. Dr. Reiner Marchthaler Prof. Dr. Karin Reiber

FLENSBURG

Universität

Prof. Dr. Herbert Bruhn Prof. Dr. Uwe Danker

FRANKFURT / MAIN

Dr. Ulrich Walter

FRA School of Finance & Management

Prof. Dr. Adalbert Winkler

Universität

Prof. Dr. Lothar Brock Prof. Dr. Volker Dötsch Prof. Dr. Alexander Ebner Prof. Dr. Ingwer Ebsen Dr. Nicole Kramer Dr. Nina Morgner Prof. Dr. Astrid Wallrabenstein

FRANKFURT / ODER

Europa-Universität Viadrina

Prof. Dr. Eva Kocher Prof. Dr. Albrecht Söllner

FREIBURG

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Albert Scherr

Universität

Prof. Dr. Ulrich Bröckling Prof. Dr. Sabine Dabringhaus Prof. Dr. Tim Epkenhans Prof. Dr. Wolfgang Eßbach Prof. Dr. Johanna Pink Prof. Dr. Ralf Poscher

FULDA

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Haller Prof. Dr. Helen Knauf

FURTWANGEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Strobach

GELSENKIRCHEN

Westfälische Hochschule

Prof. Dr. Andreas Heinecke Prof. Dr. Stephan Kress Prof. Dr. Karl-Martin Obermeier

Prof. Dr. Diethard Reisch

GIESSEN

Prof. Dr. Michael Bäuerle

Technische Fachhochschule

Prof. Dr. Frank Runkel

Universität

Prof. Dr. Jürgen Bast Prof. Dr. Stephan Bröchler Prof. Dr. Ulrich Ellinghaus Prof. Dr. Gerhard Kurz Prof. Dr. Klaus Lange Prof. Dr. Friedrich Lenger Prof. Joybrato Mukherjee Dr. Sascha Weber

GÖTTINGEN

Universität

Prof. Dr. Stephan Klasen Prof. Dr. Volker Lipp Prof. Dr. Rainer Marggraf Prof. Dr. Franz Walter

GREIFSWALD

Universität

Prof. Dr. Dr. Hans-Robert Metelmann Prof. Dr. Marko Pantermöller Dr. Klavdia Smola

HAGEN

Fernuniversität

Prof. Dr. Frank Hillebrandt Prof. Dr. Reinhard Wendt

HALLE

Universität

Prof. Dr. Gunnar Brands

HAMBURG

Dr. Stephan Bakan Dr. Arnim Karthaus Staatssekretär Dr. Ralf Kleindiek Prof. Dr. Friedrich Koch Dr. Torsten Sevecke Dr. Sven Tode Prof. Dr. Jürgen Voss

Bucerius Law School

Prof. Dr. Thomas Rönnau

Evang. Hochschule für Soziale Arbeit Prof. Dr. Tilman Lutz

Fachhochschule für Ökonomie und Management

Prof. Dr. Marco Zimmer

Hochschule für angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Simon Andreas Güntner Prof. Dr. Julia Neumann-Szyszka

Hochschule für Bildende Künste

Prof. Dr. Barbara Martwich

Universität

Prof. Dr. Holger Brecht-Heitzmann Dr. Marcel du Moulin Dr. Hans-Georg Ehrhart Prof. Dr. Kathrin Fahlenbrach Prof. Dr. Peter Heisig Prof. Dr. Kai-Oliver Knops Prof. Dr. Franklin Kopitzsch Prof. Dr. Reiner Lehberger

Prof. Dr. Dieter Schimanke Prof. Dr. Arndt Schmehl Prof. Dr. Benno Stinner

Prof. Dr. Barbara Vogel

HANNOVER

Hochschule

Prof. Dr. Rolf Hüper Dr. Monika Pinski

Medizinische Hochschule

Dr. Thela Wernstedt

Universität

Prof. Dr. Knut Gerlach PD Dr. Alexander Kochinka Prof. Dr. Manfred Walther

HEIDELBERG

Dr. Morna Gruber

Prof. Dr. Walter Mühlhausen

Universität

Prof. Dr. Sebastian Harnisch

Dr. Felix Hörisch

Prof. Dr. Herbert Kronke

Prof. Dr. Andreas Kruse

Prof. Dr. Dieter Nohlen

Prof. Dr. Hartmut Soell

Prof. Dr. Mathias Witzens-Harig

Prof. Dr. Edgar Wolfrum

HILDESHEIM

Hochschule für angewandte Wissenschaft und Kunst

Prof. Dr. Gazi Caglar Prof. Dr. Lutz Finkeldey

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Schneider Prof. Dr. Wolfgang Schröer

ILMENAU

Technische Universität

Prof. Dr. Joachim Weyand

ISERLOHN

Prof. Dr. Volker Busch Prof. Dr. Stefan Lennardt

JENA

Universität

Prof. Dr. Klaus Dörre

Prof. Dr. Hermann Funk

Prof. Dr. Hans-Werner Hahn

Prof. Dr. Ulrich Hilpert

Prof. Dr. Thomas Kroll

Prof. Dr. Georg Schmidt

KAISERSLAUTERN

Technische Universität

Prof. Dr. Michael Schroda

Prof. Dr. Hans-Jürgen Seimetz

Prof. Dr. Bernd Streich

Prof. Dr. Michael von Hauff

Prof. Dr. Jürgen Wilzewski

KARLSRUHE

Universität und Institut für Technologie

Prof. Dr. Ulrich Schurath
Prof. Dr. Manfred Wilhelm

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Hagen Krämer

KASSEL

Universität

Dr. Minou Isabel Banafsche

Prof. Dr. Sonja Buckel

Prof. Dr. Helmut Holzapfel

Prof. Dr. Wolfgang Schroeder

Prof. Dr. Felix Welti

KEHL

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung

Prof. Dr. Ewald Eisenberg

KIEL

Fachhochschule

Prof. Dr. Doris Weßels

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Biesterfeld

Prof. Dr. Federico Foders

Prof. Dr. Gerhard Igl

Dr. Linda Kleemann

Prof. Dr. Karl-Heinrich Pohl

Prof. Dr. Klaus Potthoff

KOBLENZ/LANDAU

Universität

Prof. Dr. Werner Sesselmeier

KÖLN

Dr. Matthias von Hellfeld

Dr. Christiane Kling-Mathey

Prof. Dr. Harald Kundoch

Prof. Dr. Alexander Lechleuthner

Fachhochschule

Prof. Dr. Harald Hofmann

Katholische Hochschule

Prof. Dr. Werner Schönig

Sporthochschule

Prof. Dr. Jürgen Mittag

Universität

Prof. Dr. Ralph Jessen

Dr. Claudia Nikodem

Dr. Meik Woyke

KONSTANZ

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Gestaltung

Prof. Dr. Karen-Sibyll Schirmer

Universität

Prof. Dr. Thomas Dekorsy

Prof. Dr. Sven Jochem

Prof. Dr. Bianka Pietrow-Ennker

Prof. Dr. Wolfgang Seibel

Prof. Dr. Clemens Wischermann

LANDAU

Dr. Dirk Kratz

LEIPZIG

Dr. Jens A. Katzek

Fachhochschule Nordhessen Zweigstelle Leipzig

Prof. Dr. Lars Garlepp

Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur

Prof. Dr. Andrea Nikolaizig

Universität

Prof. Dr. Alexander Deeg

Prof. Dr. Hartmut Elsenhans

Prof. Dr. Cornelia Exner

Prof. Dr. Christian Fandrych

Dr. Thilo Fehmel

Prof. Dr. Birgit Harreß

Prof. Dr. Alfons Kenkmann

Prof. Dr. Thomas Lenk

Prof. Dr. Harald Morgner

Prof. Dr. Wolfgang F. Schwarz

LÜBECK

Universitätsklinikum

Prof. Dr. Sebastian Stehr

LUDWIGSBURG

Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Finanzen

Prof. Dr. Eleonora Kohler-Gehrig

LUDWIGSHAFEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Karin A. Kersting Prof. Dr. Fritz Unger

LÜNEBURG

Universität

Prof. Dr. Sebastian Elischer

Prof. Dr. Ulrich Günther

Prof. Dr. Axel Halfmeier

Prof. Dr. Claus-Dieter Krohn

Prof. Dr. Tonio Oeftering

Prof. Dr. Wolfgang Ruck

Prof. Dr. Michael Schefczyk

LÜNEBURG/SCHNEGA

Prof. Dr. Hermann H. Kallfass

MAGDEBURG

Hochschule Magdeburg-Stendal

Dr. Irmtraut Mecke

Prof. Dr. Susanne Metzner

Prof. Dr. Claudia Wendel

Prof. Dr. Ilona Melanie Wuschig

Universität

Prof. Dr. Horst Gischer

Prof. Dr. Klaus Erich Pollmann

Prof. Dr. Wolfgang Renzsch

MAINZ

Dr. Katarina Barley

Silke Hillesheim (Wendelsheim)

Fachhochschule

Prof. Jean Ulysses Voelker

Universität

Prof. Dr. Thorsten Faas

Prof. Dr. Gerd Mielke

Prof. Dr. Johannes Paulmann

Prof. Dr. Oliver Scheiding

MANNHEIM

Andrea Gronemeyer

Prof. Dr. Klaus Schönhoven

Universität

Prof. Dr. Peter Steinbach

Prof. Dr. Peter Vorderer

MARBURG

Dr. Fabio Longo

Universität

Prof. Dr. Volker Mergenthaler

Prof. Dr. Thomas Noetzel

Prof. Dr. Harald Renz

MERSEBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Erich Menting

Prof. Dr. Malte Thran

MÖNCHENGLADBACH

Hochschule

Prof. Dr. Ulrich Nissen

MÜNCHEN

Dr. Meret Forster

Prof. Dr. Yolanda M. Koller-Tejeiro

Dr. Ludwig Maaßen

Michael Marco Schönlein

Dr. Hans Wegner

Dr. Jürgen Zarusky

Hochschule für Angewandte Wissenschaften

Prof. Dr. Peter Hammerschmidt

Prof. Dr. Stefan Rappenglück

Katholische Fachhochschule

Prof. Dr. Birgit Dorner

Prof. Dr. Constanze Giese

Staatliche Akademie

der Bildenden Künste

Prof. Dr. Maria Isabel Peña Aguado

Technische Universität

Prof. Dr. Manfred Broy

Prof. Dr. Jutta Roosen

Universität der Bundeswehr

Prof. Dr. Stephan Stetter

Universität

Prof. Dr. Christian Albrecht Dr. Christian Alexander Braun Prof. Dr. Martin H. Geyer Dr. Jan-Christoph Heilinger Dr. Susanne Krones Dr. Anna Leuchtweis

Prof. Dr. Carsten Reinemann Prof. Dr. Berthold Rittberger

Porf. Dr. Elke Seefried

Dr. Jasmin Siri

Prof. Dr. Rudolf Tippelt Dr. Till Zimmermann

MÜNSTER

Fachhochschule

Prof. Dr. Bernhard Frevel

Universität

Prof. Dr. Christian Blodau Prof. Dr. Siegfried Echterhoff Dr. Matthias Freise Prof. Dr. Thomas Großbölting

Prof. Dr. Norbert Schläbitz

Dr. Damir Softic

Prof. Dr. Christoph Weischer

NÜRNBERG (STEIN)

Dr. Andrea König

NÜRTINGEN

Fachhochschule

Prof. Dr. Willfried Nobel

OLDENBURG

Prof. Dr. Ernst Kuper

Universität

Prof. Dr. Dr. Volker Boehme-Neßler Prof. Dr. Gunilla-Friederike Budde

OSNABRÜCK

Hochschule

Prof. Dr. Peter Mayer

Universität

Prof. Dr. Wolfgang Junge Prof. Dr. Helmut Voelzkow

OSNABRÜCK (BÜNDE)

Dr. Andrea Behrenswerth

PADERBORN

Universität-Gesamthochschule

Dr. Dirk Prior

Prof. Dr. Birgit Riegraf

PASSAU

Prof. Dr. Klaus P. Hansen

Universität

Prof. Dr. Guido Pollak

POTSDAM

Universität

Prof. Dr. Ulrich Jann Prof. Dr. Andreas Köstler Prof. Dr. Thomas von Winter

RAVENSBURG

Duale Hochschule Baden-Württemberg

Prof. Dr. Ernst Deuer

REGENSBURG

Universität

Dr. Sonja Emmerling Prof. Dr. Thorsten Kingreen Prof. Dr. Tonio Walter

REUTLINGEN

Fachhochschule

Prof. Henning Eichinger Prof. Dr. Rudolf Kessler

SAARBRÜCKEN

Prof. Dr. Roland Rixecker

Universität

Jun.-Prof. Dr. Thomas Blank Prof. Dr. Lutz Götze Prof. Dr. Volker Köllner Dr. Luitpold Rampeltshammer Prof. Dr. Lucia Scherzberg Dr. Magdalena Telus

SANKT AUGUSTIN

Fachhochschule Bonn-Rhein-Sieg

Prof. Dr. Hartmut Ihne Prof. Dr. Marlis von der Hude

SIEGEN

Universität

Prof. Dr. Sigrid Baringhorst Prof. Dr. Heiko Ihmels Prof. Dr. Tim Spier

SPEYER

Universität für

Verwaltungswissenschaften Prof. Dr. Gisela Färber Staatssekretär Dr. Hannes Kopf

STRALSUND

Fachhochschule

Prof. Dr. Jürgen L. Dräger

STUTTGART

Dr. Christine Heinke

Hochschule für Technik

Prof. Dr. Elke Sohn

Universität

Prof. Dr. Dr. Ulli Arnold Prof. Dr. Gerd de Bruyn Prof. Dr. Rudolf Large

TRIER

Hochschule

Prof. Dr. Michael Bottlinger

Universität

Prof. Dr. Laszlo Goerke

Prof. Dr. Uwe Jun

Prof. Dr. Helga Schnabel-Schüle

Jun.-Prof. Dr. Stefan Wurster

TÜBINGEN

Universität

Prof. Dr. Thomas Diez

Prof. Dr. Ewald Frie

Prof. Dr. Klaus Gestwa

Dr. Lars Schneider

TUTZING

Dr. Michael Mayer

ULM

Universität

Prof. Dr. Birgit Liss

VECHTA

Universität

Prof. Dr. Gertrud M. Backes

Prof. Dr. Karl-Heinz Breier

WEINGARTEN

Pädagogische Hochschule

Prof. Dr. Michael Henninger

WERNIGERODE

Hochschule Harz für Wirtschaft und Technik

Prof. Dr. Armin Willingmann

WIESBADEN

EBS Univ. Wirtschaft und Recht

Dr. Markus Ogorek

Hochschule RheinMain

Prof. Dr. Regina-Maria Dackweiler

Prof. Dr. Jiri Sobota

WILDAU

Fachhochschule für Technik

Prof. Dr. Marco Althaus

WISMAR

Hochschule für Technik und Wirtschaft

Prof. Dr. Andreas Bücker

Prof. Dr. Bodo Wiegand-Hoffmeister

WITTEN / HERDECKE

Universität

Prof. Dr. Wolfgang H. Arnold

WUPPERTAL

Bergische Universität

Prof. Dr. Georg Pegels

Prof. Dr. Ute Planert

Prof. Dr. Ronald Schettkat

Prof. Dr. Andreas Schlenkhoff

Prof. Dr. Roy Sommer

Prof. Dr. Paul J.J. Welfens

WÜRZBURG

Fachhochschule

Prof. Dr. Peter Bradl

Prof. Dr. Lutz Frühbrodt

Universität

Prof. Dr. Gisela

Müller-Brandeck-Bocquet

BELGIEN

Ausland

Dr. Rudolf Mögele Paul F. Nemitz

DÄNEMARK

Prof. Dr. Wolfgang Gerstlberger

FRANKREICH

Dr. Falk Bretschneider

GROSSBRITANNIEN

Prof. Dr. Holger Afflerbach

Prof. Dr. Andreas Gestrich

Prof. Dr. Benjamin Ziemann

KOSOVO

Prof. Dr. Wulf Lapins

NIEDERLANDE

Prof. Dr. Frank Biermann

Dr. Thomas Conzelmann

Dr. Sebastian Krapohl

Dr. Benjamin Müller

Prof. Dr. Wolfgang Wagner

SCHWEIZ

Prof. Dr. Klaus Neumann-Braun

Dr. Karim El-Haschimi

Dr. Sascha Quanz

Prof. Dr. Dr. Gerhard Rogler

Dr. Oliver Thränert

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Prof. Dr. Hans Leo Krämer

Anschriften

STAND: JUNI 2015

FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Zentrale Bonn

Postadresse: 53170 Bonn Haus-/Lieferadresse: Godesberger Allee 149 53175 Bonn Telefon 0228 883-0 Telefax 0228 883-9207

Zentrale Berlin

Hiroshimastraße 17 und 28 10785 Berlin Telefon 030 26935-6 Telefax 030 26935-9244

ARCHIV DER SOZIALEN DEMOKRATIE

Dr. Anja Kruke Godesberger Allee 149 53175 Bonn Telefon 0228 883-9046 (Information Archiv) Telefax 0228 883-9209 archiv.auskunft@fes.de www.fes.de/archiv

BIBLIOTHEK DER FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG

Jacques Paparo Godesberger Allee 149 53175 Bonn Telefon 0228 883-9056 (Information Bibliothek) Telefax 0228 883-9220 ausleihe@fes.de fachauskunft@fes.de fernleihe@fes.de www.library.fes.de

ABTEILUNG STUDIENFÖRDERUNG

Pia Bungarten Godesberger Allee 149 53175 Bonn Telefon 0228 883-7902 Telefax 0228 883-9225 www.fes.de/studienfoerderung

Landes- und Regionalbüros

BADEN-WÜRTTEMBERG

Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg

Dr. Sabine Fandrych Werastraße 24 70182 Stuttgart Telefon 0711 248394-3 Telefax 0711 248394-50 info.stuttgart@fes.de www.fritz-erler-forum.de

BAYERN

BayernForum

Alina Fuchs
Prielmayerstraße 3
80335 München
Telefon 089 515552-40
Telefax 089 515552-44
bayernforum@fes.de
www.bayernforum.de

Regionalbüro Regensburg

Harald Zintl Richard-Wagner-Straße 5 93055 Regensburg Telefon 0941 794759 Telefax 0941 795613 regensburg@fes.de www.fes-regensburg.de

Partnerakademien

Gesellschaft für Politische Bildung e. V. Akademie Frankenwarte

Karl-Heinz Spiegel Leutfresserweg 81–83 97082 Würzburg Telefon 0931 80464-0 Telefax 0931 80464-26 info@frankenwarte.de www.frankenwarte.de

Georg-von-Vollmar-Akademie e. V. Bildungsstätte Kochel Schloss Aspenstein

Roland Eichmann Am Aspensteinbichl 9 –11 82431 Kochel am See Telefon 08851 78-0 Telefax 08851 78-23 info@vollmar-akademie.de www.vollmar-akademie.de

BERLIN

Forum Berlin Arbeitsbereich BerlinPolitik

Dr. Irina Mohr Hiroshimastraße 17 10785 Berlin Telefon 030 26935-7307 Telefax 030 26935-9240 forumberlin@fes.de www.fes-forumberlin.de

BRANDENBURG

Landesbüro Brandenburg

Eugen Meckel Hermann-Elflein-Straße 30/31 14467 Potsdam Telefon 0331 292555 Telefax 0331 2803356 potsdam@fes.de www.fes.de/Potsdam

BREMEN, HAMBURG, SCHLESWIG-HOLSTEIN

Julius-Leber-Forum
Büro für die Bundesländer
Bremen, Hamburg,
Schleswig-Holstein

Dr. Peter Hurrelbrink Rathausmarkt 5 20095 Hamburg Telefon 040 325874-0 Telefax 040 325874-30 hamburg@fes.de www.julius-leber-forum.de

HESSEN

Landesbüro Hessen

Nicole Nestler Marktstraße 10 65183 Wiesbaden Telefon 0611 341415-0 Telefax 0611 341415-29 landesbuero.hessen@fes.de www.fes.de/hessen

MECKLENBURG-VORPOMMERN

Landesbüro Mecklenburg-Vorpommern

Frederic Werner Arsenalstraße 8 19053 Schwerin Telefon 0385 5125-96 Telefax 0385 5125-95 info.schwerin@fes.de www.fes-mv.de

NIEDERSACHSEN

Landesbüro Niedersachsen

Urban Überschär Theaterstraße 3 30159 Hannover Telefon 0511 357708-30 Telefax 0511 357708-40 niedersachsen@fes.de www.fes.de/niedersachsen

NORDRHEIN-WESTFALEN

Landesbüro NRW

Petra Wilke Godesberger Allee 149 53170 Bonn Telefon 0228 883-7202 Telefax 0228 883-9208 landesbuero-nrw@fes.de www.fes.de/landesbuero-nrw

RHEINLAND-PFALZ

Landesbüro Mainz

Rheinland-Pfalz/Saarland Dr. Martin Gräfe Große Bleiche 18 –20 55116 Mainz Telefon 06131 96067-0 Telefax 06131 96067-66 mainz@fes.de www.fes.de/mainz

SACHSEN

Landesbüro Sachsen

Matthias Eisel
Burgstraße 25
04109 Leipzig
Telefon 0341 960-2431
Telefax 0341 960-5091
sachsen@fes.de
www.fes.de/sachsen

Außenstelle Dresden

Christoph Wielepp Obergraben 17a 01097 Dresden Telefon 0351 80468-03 Telefax 0351 80468-05 sachsen@fes.de www.fes.de/sachsen

SACHSEN-ANHALT

Landesbüro Sachsen-Anhalt

Dr. Ringo Wagner Otto-von-Guericke-Straße 65 39104 Magdeburg Telefon 0391 56876-0 Telefax 0391 56876-15 info.magdeburg@fes.de www.fes.de/magdeburg

THÜRINGEN

Landesbüro Thüringen

Dr. Paul Pasch Nonnengasse 11 99084 Erfurt Telefon 0361 59802-0 Telefax 0361 59802-10 info.erfurt@fes.de www.fes-thueringen.de

MUSEUM KARL-MARX-HAUS

Elisabeth Neu
Brückenstraße 10
54290 Trier
Telefon 0651 97068-0
Telefax 0651 97068-140
info.trier@fes.de
www.fes.de/karl-marx-haus

Impressum

Herausgeber

Friedrich-Ebert-Stiftung e.V. Referat Kommunikation und Grundsatzfragen Godesberger Allee 149 53175 Bonn www.fes.de

Bild- und Textredaktion

Referat Kommunikation und Grundsatzfragen

Korrektorat

Werner Kurzawa

Übersetzung

TL Translationes GmbH

Herstellung

Katja Ulanowski

Gestaltung

NORDSONNE IDENTITY, Berlin

Druck und Verarbeitung

Brandt GmbH, Bonn

Printed in Germany 2015

ISSN 0940-0702

Geschichte *History*

WWW.FES.DE/DE/STIFTUNG/GESCHICHTE/

1925

Sozialdemokrat Friedrich Ebert, erster demokratisch gewählter Reichspräsident der ersten deutschen Republik, stirbt am 28. Februar im Alter von 54 Jahren. The Social Democrat Friedrich Ebert, the first democratically elected president of the first German Republic, dies on February 28th at the age of 54.

1925

Am 2. März wird die Friedrich-Ebert-Stiftung gegründet. Sie soll im Sinne Eberts der politischen Bildung von Menschen aller Schichten im demokratischen Geiste, der Unterstützung begabter junger Menschen und der Förderung des Verständnisses zwischen Deutschland und anderen Ländern dienen. On March 2nd the Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) is founded. Its purpose is, in the spirit of Friedrich Ebert, to further the political education of all Germans, regardless of their class, toward democracy, to support financially talented young students, and to promote a better understanding between Germany and other countries.

1933

Verbot durch die Nationalsozialisten. Prohibited by the National Socialists.

1946

Wiederbegründung der Friedrich-Ebert-Stiftung. *The FES is refounded.*

1956

Eröffnung der ersten Heimvolkshochschule der Friedrich-Ebert-Stiftung zur politischen Bildung. The FES's first adult political education center with boarding facilities is opened.

1963

Aufbau der durch das BMZ geförderten Entwicklungszusammenarbeit.
The development cooperation program is launched, financed by the Federal Ministry for Economic Cooperation and Development.

1969

Eröffnung des Archivs der sozialen Demokratie und der Bibliothek in Bonn. The Archive of Social Democracy and the FES Library are opened in Bonn.

1990

Aufbau der Vertretungen in den neuen Bundesländern und den Staaten Mittel- und Osteuropas. FES offices in the new federal states and in the countries of Middle and Eastern Europe are established.

1999

Eröffnung eines Konferenz- und Tagungszentrums in Berlin. A new conference center is opened in Berlin.

Heute

ist die Friedrich-Ebert-Stiftung als die älteste politische Stiftung Deutschlands eine private, gemeinnützige, kulturelle Institution, die den Ideen und Grundwerten der Sozialen Demokratie verpflichtet ist.

Today the Friedrich-Ebert-Stiftung – the first political foundation in Germany – is a private, non-profit cultural institution committed to the ideals and values of Social Democracy.

